

Politische Berichte



24. April 1982
Jg. 3 Nr. 9

G 7756 D Preis:
2,50



„Das Wort Apartheid ist vielleicht keine glückliche Bezeichnung, weil es zu falschen Vorstellungen führt. Sicher ist ihr Hintergrund nicht eine Herrenrassenideologie, sondern eine Art religiöse Verantwortung.“

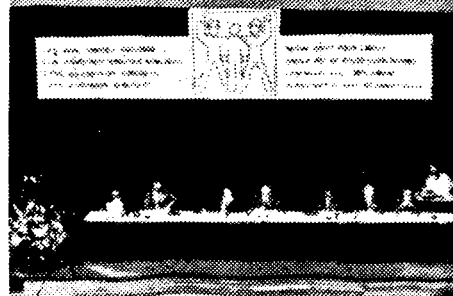
F.J. Strauß in „Die Welt“ vom 11.5.1966



Ostermarsch 1982: Politisch klare Forderungen beginnen sich durchzusetzen
Seite 8



Malwinenkonflikt: Britische Regierung in Bedrängnis
Seite 12



Europäischer Gewerkschaftsbund: Ohne gegenseitige Unterstützung können die Gewerkschaften die Angriffe der Kapitalisten kaum zurückweisen
Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Azania: Die Arbeiterbewegung sammelt ihre Kräfte für den Sturz des Siedlerregimes und die Beseitigung imperialistischer Ausbeutung	Seite 3
Afrikanische Gewerkschaften: bedeutende Kraft gegen Kolonialismus und Imperialismus	Seite 4
Westdeutscher Kapitalelexport	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Lohnlage: Die Kapitalisten legen wachsende Unsummen im Ausland an	Seite 7
Druckindustrie: Druckkapitalisten wollen Lohnsenkung	Seite 7
Ostermarsch 1982: Politisch klare Forderungen beginnen sich durchzusetzen	Seite 8
Treuepflicht abgestuft: Kein Fortschritt gegen das Beamtenrecht	Seite 9
BVG-Urteil: Heuern und Feuern als Sozialstaatsprinzip	Seite 9
CDU/CSU: Anfrage über „Militarisierung in der DDR“ soll Expansionspolitik verdecken	Seite 10
DISK-Prozeß: Bastürk darf nicht auf die Anklage antworten	Seite 11
Malwinen-Konflikt: Britische Regierung in Bedrängnis	Seite 12
Europäischer Gewerkschaftsbund: Ohne gegenseitige Unterstützung können die Gewerkschaften die Angriffe der Kapitalisten kaum zurückweisen	Seite 13
Ausländerbeschäftigung in der EG: Die Reaktion will das „Rotationssystem“ wieder einführen	Seite 14
Auszüge aus Aktionsprogramm und Entschließung des EGB 79–82	Seite 16
Gegenseitige Unterstützung der europäischen Gewerkschaften	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
MAN AG: Kann eine Erhöhung der Effektivlöhne über den Tarif hinaus erreicht werden?	Seite 19
DruPa-Jugend: Tarifvertrag für Buchbinderauszubildende!	Seite 19
Wyhl-Urteil: CDU-Landesregierung will KKW-Bau beginnen	Seite 20
Disziplinarverfahren: Remmers macht Nazi wieder zum Schulleiter	Seite 21
HBV Kiel: Lebhaftige Debatte über die Aufgaben	Seite 21
Gesamthafenbetrieb Hamburg: Voller Lohnausgleich für Kurzarbeit kann durchgesetzt werden	Seite 22

Blühendes Geschäft mit Leih-Schwestern	Seite 22
Stadt Essen: Gedenken an Ph. Müller soll verhindert werden	Seite 23
Hauskrankenpflege: ÖTV kritisiert Konzept des CDU-Senats	Seite 23
Schülerbewegung: Aktionen beim Juniorenländerspiel	Seite 24
Nordrhein-Westfalen: Schwierts Neuordnung der Hochschulen	Seite 24
Einzelhandel/Lohnkampf: Schwierige Ausgangslage — Lohnsenkung soll durch „variable Arbeitszeit“ betrieben werden	Seite 25
Einzelhandel Bayern: Über 50% der Unternehmen bleiben unter 250000 DM Jahresumsatz	Seite 26
Stichwort: Teilzeitarbeit	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
VR Polen: Umschuldung mit den westlichen Banken für 1981 vereinbart, Tilgung 1982 offen	Seite 29
VR China: Mehr ideologische Erziehung der Bauern ...	Seite 29
Seerecht: BRD maßgeblich an Erpressung beteiligt	Seite 30
Belgien: Kann die Regierung triumphieren?	Seite 30
Bolivien: Zähe Kämpfe der Arbeiter gegen Militärjunta	Seite 31
Algerien: Kongreß des Gewerkschaftsbundes UGTA ...	Seite 31
US-Justiz: Strafrechtsreform geplant als Grundlage einer verschärften Strafverfolgung	Seite 29
Jugendstrafvollzug in den USA: brutale Unterwerfung zum Lohnsklaven	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
„Die Kadetten von Bunker Hill“: Kein militaristischer Film, aber eine verlogene Kritik an Militarismus und reaktionären Verführern	Seite 34
Versicherungskrimi: „Asphalthyänen“	Seite 34
Adelsschwulst für Jugendliche ab 10	Seite 34
Roar: Ein Privatzoo	Seite 35
Theater: Augusto Boal: „Theater der Unterdrückten“	Seite 35
Bürgerschaftswahlen: GRÜNE Hamburg und Alternative Liste kandidieren gemeinsam	Seite 36
Goethes Parteinarbeit: Für den Feudalismus, gegen das revolutionäre Frankreich	Seite 37
Wer profitiert beim Splitting?	Seite 38
Aus dem Antragsmaterial zum SPD-Parteitag zur Steuerpolitik	Seite 38

Die Arbeiterbewegung sammelt ihre Kräfte für den Sturz des Siedlerregimes und die Beseitigung imperialistischer Ausbeutung

Drei Arten von Meldungen erreichten uns in den letzten Wochen und Monaten aus Südafrika, der letzten Bastion des Kolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent, die die widersprüchliche Entwicklung kennzeichnen.

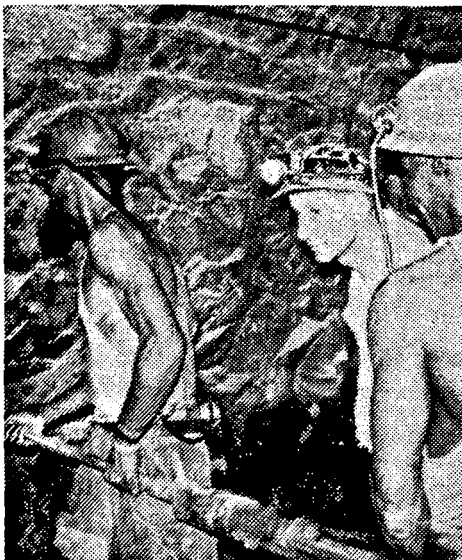
Die Imperialisten bauen ihre Beziehungen zu dem Siedlerregime, das ihnen die Verfügung über große Reichtümer und die Ausbeutung großer Arbeiterheere verbürgt, kräftig aus. Die BRD befindet sich dabei an vorderster Front. Wie jetzt bekannt wurde, konnte sie 1981 ihren Warenexport nach Südafrika um 34,1% auf 2,6 Mrd. Rand, umgerechnet ca. 6,4 Mrd. DM, steigern und damit die US-Konkurrenten von Platz 1 der Lieferanten für das Siedlerregime verdrängen. In krassem

Bank mit Südafrika über einen neuen 200 Mio. \$-Eurokredit. Südafrika kündigte dabei wachsende Kreditnachfrage an: Das Siedlerregime braucht Geld.

Geld vor allem für die weitere Ausrüstung. Im März kündigte die Regierung die erneute Erhöhung des Militärbudgets um 8% auf 2,6 Mrd. Rand an. Fast gleichzeitig brachte sie einen Gesetzentwurf ein zur Revision der Mobilmachung und der Wehrpflicht. Bisher wurden alle männlichen Weißen für zwei Jahre dienstverpflichtet und mußten dann an 240 Tagen innerhalb von acht Jahren an Wehrübungen teilnehmen. Diese Zeit soll jetzt auf 720 Tage innerhalb von zwölf Jahren erhöht werden. Auch die über 40jährigen müssen zukünftig einen 30tägigen

Organisationen des azanischen Volkes in Südafrika selbst mindestens 80 erfolgreiche bewaffnete Anschläge gegen Einrichtungen des Siedlerstaates durchführen; dies bedeutet einen deutlichen Aufschwung des bewaffneten Widerstandes. Entscheidend für die weitere Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes ist derzeit jedoch vor allem das Erstarken der organisierten Arbeiterbewegung.

Am 24./25.4. werden die unabhängigen azanischen Gewerkschaften ihre zweite gemeinsame Konferenz durchführen. Auf ihrer ersten Konferenz im August 81 hatten die Gewerkschaften, die in den Kämpfen der letzten Jahre aufgebaut wurden und inzwischen fast 200000 azanische Arbeiter organisieren, eine gemeinsame Haltung und gegenseitige Unterstützung gegen das Antistreikgesetz des Regimes beschlossen. Dies mag mit dazu beigetragen haben, daß die große Streikbewegung, die 1980 einsetzte, bis heute nicht abgegrissen ist, trotz der schweren Bedingungen. Für 1981 sind 170 von unabhängigen Gewerkschaften geführte, d.h. zugleich illegale Streiks bekannt geworden. Ihre tatsächliche Zahl wird jedoch noch viel höher sein; denn allein VW in Uitenhage war von Januar bis November von 32 Arbeitsniederlegungen betroffen. Auch im vergangenen März streikten wiederum zigtausende azanische Arbeiter, so 200 bei dem westdeutschen Chemiekonzern Henkel und jeweils einige hundert in mehreren Betrieben v.a. der Metall- und Bekleidungsindustrie, in den meisten Fällen für Lohnerhöhungen. Henkel z.B. zahlt nach eigenen Angaben, die nach einschlägigen Erfahrungen eher noch beschönigend sind, den schwarzen Arbeitern einen Lohn von lediglich 30–35% über dem staatlich angegebenen Existenzminimum, wobei dieses Existenzminimum wirklich nur die nackte Existenz und mehr nicht garantiert. Im Ermelo-Kohlebergwerk zwangen 700 revoltierende schwarze Bergarbeiter die Kapitalisten zu Verhandlungen über ihre Forderung, daß wenigstens jeder letzte Samstag im Monat arbeitsfrei ist, damit sie ihre Familien in den Reservaten besuchen können. Gerade in den Bergwerken, so wird berichtet, ist die Lage äußerst angespannt. Hier beuten die Kapitalisten weitgehend immer noch Arbeiter mit meist einjährigem Kontrakt aus, die nach Kontraktablauf wie Vieh wieder in die Reservate abgeschoben werden.



Links: Für die schwere Arbeit in den Bergwerken suchen die Kapitalisten die kräftigsten Arbeiter in den Reservaten aus, verpflichten sie auf einige Zeit und schieben sie dann, wenn ihre Arbeitskraft verbraucht ist, wieder in die Reservate ab. Rechts: Unterkunft von Wanderarbeitern

Widerspruch zu den regelmäßigen Anti-Apartheids-Bekundungen der Bundesregierung steht dabei die Tatsache, daß ein Großteil der Exporte durch staatliche Bürgschaften gedeckt ist (diese betrugen Mitte letzten Jahres fast 3,9 Mrd. DM). Die direkten und indirekten Kapitalanlagen der BRD in Südafrika erreichten 1981 die Rekordhöhe von rund 10 Mrd. DM. Die ausgewiesenen Direktinvestitionen stiegen dabei um 4,7%. Auch die Kreditgeschäfte entwickeln sich zur Zufriedenheit der westdeutschen Großbanken. Erst im März/April verhandelten die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und je eine Schweizer und britische

Grunddienst ableisten und sich dann bis zum 65. Lebensjahr jährlich zu 15tägigen Wehrübungen melden. Der Plan, für alle weiblichen Weißen und für die asiatischen und farbigen Azanier die Wehrregistrierung einzuführen, wurde vorerst auf Eis gelegt, aber nicht fallengelassen. Das Regime begründet seine Maßnahmen mit „zunehmenden terroristischen Aktionen in Südafrika und Namibia“.

Die dritte Art von Meldungen bestätigt die Furcht des Siedlerstaates, der sich mit grausamer Entschlossenheit auf die Verteidigung der imperialistischen Herrschaft über Azania vorbereitet. 1981 konnten die Befreiungsor-

Könnten die unabhängigen Gewerkschaften hier Fuß fassen, das ganze System der Knechtung der schwarzen Arbeitskraft erhielte einen derben Schlag.

Auf ihrer zweiten Konferenz nun wollen die Gewerkschaften eine gemeinsame Haltung gegenüber den offiziellen Industrieausschüssen festlegen, in denen die Kapitalisten und die weißen Siedlergewerkschaften Tarifverträge und Arbeitsbedingungen festlegen. Eine kleine Zahl azanischer Gewerkschaften hat sich bisher daran beteiligt, die übergroße Mehrheit boykottiert sie. Der gemeinsame Boykott stärkt die unabhängige azanische Gewerkschaftsbewegung und schwächt das System der Zwangsschlichtung. Weiter wollen die Gewerkschaften ihren Kampf gegen den Polizeiterror koordinieren. Daß sie dabei viel ausrichten können, hat schon der gemeinsam organisierte Streik aus Anlaß des Todes des Gewerkschaftsführers Aggett, der nach Folterung in Polizeihaft umkam, angedeutet. Auch an dieser Front ist Einheit dringend. In dem brutalen Versuch, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, hat das Regime seit letztem Sommer etliche hundert Gewerkschafter verhaftet. So versuchte es, durch die Festnahme von 205 Mitglie-

dern der SAAWU im „unabhängigen“ Homeland Ciskei diese Gewerkschaft zu vernichten. Insgesamt sind Tausende azanischer Gewerkschafter in den Gefängnissen der Siedler eingesperrt, zusammen mit weiteren Tausenden Befreiungskämpfern, Schülern, Studenten, Bauern. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, denn die meisten werden ohne Anklage und Prozeß verhaftet und monate-, ja jahrelang gefangengehalten. — Auch die Massenentlassungen streikender Arbeiter erschweren den Aufbau starker unabhängiger Gewerkschaften. Der BRD-Konzern Henkel beantwortete den Streik mit der Entlassung aller Streikenden und berief sich dabei kaltblütig auf die Kolonialgesetze. Kann Henkel sich durchsetzen, dann sind diese 200 Arbeiter nach denselben terroristischen Gesetzen von der Abschiebung in die Reservate bedroht, dann ist auch die Existenz der Industriegewerkschaft der Chemiewerker bei Henkel gefährdet, jedenfalls auf einige Zeit. Doch: noch immer halten die Arbeiter aus; ihre Gewerkschaft hat sich nicht einschüchtern lassen, hat die Geschäftsleitung zu Verhandlungen über die Rücknahme der Entlassungen gezwungen und kämpft nun schon seit über sechs Wochen für ihr Recht.

Wenn die azanischen Gewerkschaften trotz der erbarmungslosen Unterdrückung sich behaupten und viele Kämpfe in den letzten Jahren gewinnen konnten, wenn sie ihre Mitgliedschaft innerhalb eines Jahres fast verdoppeln und ihren Einfluß auf mehr Betriebe ausweiten konnten, wenn sie den Spaltungsversuchen trotzen, ihre Unabhängigkeit verteidigen und die Überwindung ihrer Differenzen und Zersplitterung in Angriff nehmen konnten, dann beweisen sich darin die Kraft und die Entschlossenheit, die die noch junge azanische Arbeiterbewegung zur führenden Rolle im Kampf für die nationale und soziale Befreiung des azanischen Volkes befähigen.

In diesem Kampf trifft sie auf viele Gegner, auch auf die westdeutschen Imperialisten, die das Siedlerregime unterstützen und finanzieren, die die Reichtümer des azanischen Volkes plündern und maßgeblich an der Ausbeutung azanischer Arbeiter beteiligt sind. Dies bürdet zugleich der westdeutschen Arbeiterbewegung eine große Verantwortung für die rückhaltlose Unterstützung ihrer afrikanischen Klassengenossen auf. Es ist deshalb überhaupt nicht einzusehen, daß beispielsweise die IG Metall immer noch

Afrikanische Gewerkschaften: bedeutende Kraft gegen Kolonialismus und Imperialismus

Vom 24. bis 27. März versammelten sich in der libyschen Hauptstadt Tripoli Vertreter von 150 Gewerkschaften aus 60 schwarzafrikanischen, arabischen, lateinamerikanischen Staaten sowie aus der VR China zu einer Solidaritätskonferenz mit den Arbeitern und Völkern von Palästina, Namibia und Südafrika. Die Konferenz wurde organisiert durch die „Internationale Konföderation arabischer Gewerkschaften“ und die „Organisation der afrikanischen Gewerkschaftseinheit“, seit 1973 der Dachverband aller schwarzafrikanischen Gewerkschaften.

Die Konferenz, die über Möglichkeiten der besseren Unterstützung des Befreiungskampfes in Palästina, Namibia und Südafrika beriet, ist das vorläufig letzte Beispiel für die bedeutende Rolle, die die Gewerkschaften für den Befreiungskampf der afrikanischen Völker in der Vergangenheit gespielt haben und weiter spielen.

Die ersten afrikanischen Gewerkschaften wurden schon kurz nach der Oktoberrevolution von Arbeitern der Plantagen, Bergwerke, Häfen, bei Eisenbahn und im Straßenbau der Kolonialisten gebildet. Den Kolonialherren gelang es aber, diese Gewerk-

schaften nach mehreren großen Streiks in den 20er Jahren mit brutalem Terror zu zerschlagen.

Das änderte sich nach dem 2. Weltkrieg. So waren 1949 von den 35000 Arbeitern in den Kupferbergwerken Sambias 28000 in einer Gewerkschaft organisiert. Nachdem sie große Lebensmittelvorräte angelegt hatten, traten die Arbeiter im September 1952 in den Streik für Lohnerhöhungen. Nach mehreren Wochen, in denen sie vergeblich die Streiks auszuhungern versuchten, mußten die Kolonialisten nachgeben. Seitdem bildeten die Gewerkschaften in Sambia eine entscheidende Kraft des Befreiungskampfes.

Auch in anderen Ländern bedeuteten große Streiks der Arbeiter oft das Signal für das nahende Ende der Kolonialherrschaft. So bildete in Ghana die 1941 errichtete Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter mit der Bergarbeitergewerkschaft das Rückgrat für einen wochenlangen Streik ab Ende 1949, der die Kolonialisten zur Zulassung von Wahlen zu einer ersten gesetzgebenden Versammlung zwang, bis Ghana 1957 als erstes schwarzafrikanisches Land unabhängig wurde. In Tansania führten die fast 80000 Arbeiter auf den großen Sisalplantagen 1956 bis 1958 ei-

ne ganze Serie großer Streiks durch. 1960, ein Jahr vor der Unabhängigkeit, streikten insgesamt 60000 Landarbeiter im ganzen Land.

1961 verfügten die im Panafrikanischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften bereits über 2,5 Mio. Mitglieder, angesichts von 4 bis 5 Mio. Lohnabhängigen in den schwarzafrikanischen Staaten zur damaligen Zeit ein bedeutender Organisationsgrad.

Heute bilden die Gewerkschaften in vielen unabhängigen afrikanischen Staaten eine bedeutende Kraft. In heftigen Kämpfen setzten sie gegen die immer noch in ihren Ländern anwesenden Imperialisten und gegen die Regierungen einen Lohnstandard durch, der in vielen Ländern z.B. deutlich über dem Lohn- und Lebensstandard der azanischen Arbeiter liegt. So sind in dem nigerianischen „Nigerian Labour Congress“ heute über vier Millionen Lohnabhängige organisiert. In einem eintägigen Generalstreik zwangen sie im Mai vergangenen Jahres die Regierung zu Verhandlungen über die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 300 Naira (ca. 1100 DM im Monat) sowie über die Einführung einer gesetzlichen Mindestrente.

Quellenhinweis: J. Geiss, Gewerkschaften in Afrika, Hannover 1965; Afrika, Gegenwärtige soziale Prozesse und Strukturen, Berlin (Ost), 1976; Xinhua News Agency, 12.5. und 13.5.1981, 26.3. und 1.4.1982

IKWEZI

6,50 DM

Eine schwarze Befreiungsschrift für politische Analysen Südafrikas und des südlichen Afrikas

Sonderausgabe April 1982



Interview mit J.N. Pheko (PAC)

SPQ: Interessen an der Ausbeutung Azanias

Südafrika als Garant der Ausbeutungsschicht

Kampf gegen das Apartheidregime: Die Entschärfung der schwarzen Arbeiterbewegung

Internationale: Rassenmordgesprächen und Polizeieinsatz

Die politischen Parteien des Regimes

Dokumente aus Witwatersrand

Ikwezi – Sonderdruck

Ein deutschsprachiger Sonderdruck, der die Fragen des Befreiungskampfes in Azania behandelt. Preis: 6,50 DM. Zu beziehen über: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5 Köln 1, Kamekestr. 19 Spendenkonto: Bennie Bunsec, BfG Köln, Kto.Nr. 1141878900

Beziehungen mit den meist rassistischen weißen Siedlergewerkschaften unterhält, die nach wie vor Mitglied im Internationalen Metallgewerkschaftsbund sind; daß der IMB und die IGM ihren Einfluß auf einige azanische Metallgewerkschaften, die ebenfalls IMB-Mitglieder sind, zu Bevormundung nutzen, so etwa mit dem „Ratschlag“, sich mit den Siedlergewerkschaften „zusammenzuschließen“. Auch ist nicht einzusehen, daß die IG Metall die Kritik azanischer Arbeiter an den Ausbeutungsbedingungen bei westdeutschen Monopolen, abgedruckt im „Gewerkschafter“ 1/82, mit der Bemerkung kommentiert, dies decke sich aber nicht mit den Erfahrungen der IG Metall, wo diese Kritik schließlich die tausendfachen Erfahrungen der azanischen Arbeiter wiedergibt; daß sie nicht gerade selten die „Leistungen“ westdeutscher Monopole in Südafrika herausstreicht, anstatt bedingungslos die Verletzungen der sozialen und politischen Rechte der azanischen Arbeiter durch ebendiese Monopole anzuprangern und für das Verbot westdeutschen Kapitalexports nach Südafrika einzutreten. Auch, daß IMB und IGM die Forderung vieler azanischer Organisationen und der UNO nach vollständiger Isolierung Südafrikas nicht unterstützen und stattdessen für „selektiven Druck“ eintreten, ist der Unterstützung für die azanische Arbeiterbewegung nicht dienlich.

Quellenhinweis: IKWEZI, Sonderausgabe April 82; Facts and reports, 7.3., 20.3., 1.4.82; Der Gewerkschafter, Monatschrift für die Funktionäre der IG Metall, 1980 bis März 82; IMB, Entschließungen des 25. Weltkongresses vom 24. – 29.5.1981 in Washington; Handelsblatt v. 11.11.81; Internationales Afrikaforum 1/82

Westdeutscher Kapitalexport

Anfang Februar gab die deutsch-südafrikanische Handelskammer in Johannesburg die neuesten Zahlen über die Entwicklung der Kapitalanlagen westdeutscher Konzerne in Südafrika bekannt. Nach Großbritannien ist die BRD jetzt der größte Einzelinvestor in Südafrika. Die Handelskammer – der rund 700 Betriebe und Personen angehören – schätzt die westdeutschen Direktinvestitionen auf rund 6 Mrd. DM, die von 450 Betrieben kontrolliert würden. Gegenüber dem Vorjahr steigerten westdeutsche Imperialisten ihre Direktanlagen 1981 um 4,7% auf 710,5 Mio. DM. Nach Angaben der südafrikanischen Regierung machen direkte und indirekte Investitionen 10 Mrd. DM aus. (Handelsblatt, 11.11.81).

Die Steigerung hat ihre Ursachen auch in der Lockerung der Beschränkungen für Hermes-Exportkredite nach Südafrika, die die Bundesregierung im Juli 1981 beschloß. Joachim Stracke von der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer sagte damals: „Die Entscheidung der deutschen Regierung wird größeren Einfluß auf die deutschen Investitionen in diesem Land als auf den Handel haben“ (Rand Daily Mail, 17.7.81).

Mehr als 45000 Arbeiter werden von westdeutschen Kapitalisten in Südafrika direkt ausgebeutet. Insgesamt sind etwa 600 Betriebe mit Werken, Niederlassungen oder Büros vertreten.

In den letzten Jahren verstärken westdeutsche Monopole ihre Kapitalanlagen gerade in strategischen Bereichen der Produktionsmittelindustrie.

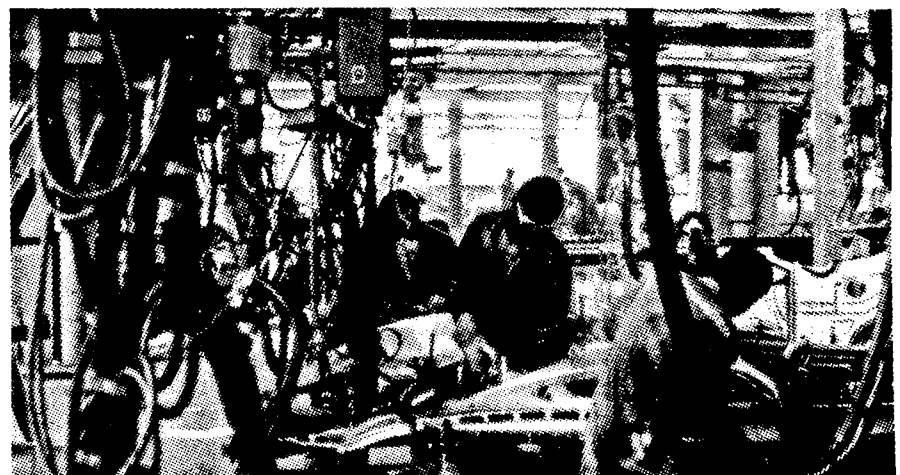
Z.B. errichtete das Chemiemonopol Hoechst 1981 eine südafrikanische Gesellschaft seiner Tochterfirma Uhde GmbH, nachdem Uhde GmbH 15 Jahre lang nur über ein Büro in Südafrika verfügte. Die Uhde GmbH baut chemische und verwandte Fabriken und tritt z.B. bei fast allen Kohleverflüssigungs- und Vergasungs-

Projekten in Westdeutschland als Konstruktionsfirma auf. In Südafrika arbeitet Uhde eng mit der staatlichen SASOL zusammen, deren Kohleverflüssigungsanlagen SASOL I und SASOL II eine Weiterentwicklung deutscher Vorbilder aus dem 3. Reich sind.

Finanziert werden SASOL I und SASOL II von imperialistischen Banken – allen voran Banken aus der Schweiz und Westdeutschland.

Nach Informationen des Lutherischen Weltbundes (Lutherische Weltinformation 15/81) stammten 1979 80% aller Anleihen des südafrikanischen Kolonialstaats aus westdeutschen und schweizerischen Quellen. Zu den Banken, die sich an der Stützung des Kolonialregimes bereichern, gehören die Dresdner Bank, die Deutsche Bank, die Commerzbank, die Bayerische Vereinsbank, die Westdeutsche Landesbank sowie 15 weitere Landesbanken und Girozentralen, die staatlicher Kontrolle unterliegen. Die Banken sind es auch, die südafrikanische Firmen an der Frankfurter Börse einführen – 1980 als erstes den Barlow-Konzern. Seit dem 11. März 1981 kann sich jeder Kapitalist auch Aktien des De Beers-Konzerns in Frankfurt kaufen und auf diesem Wege an der Ausbeutung azanischer Bergleute beteiligen. Der ebenfalls für seine Schinderei bekannte Konzern General Mining Union Corporation (Gencor) folgte im September – als Sponsor trat die Commerzbank auf. Mit der Zulassung an der Frankfurter Börse bezwecken die westdeutschen Imperialisten, größeren Einfluß auf diese vor allem in britischer und amerikanischer Hand befindlichen Konzerne zu gewinnen. De Beers z.B. ist der größte Diamanten-Produzent und kontrolliert fast den gesamten Roh- und Industriediamantenmarkt.

Quelle: Ikwezi, Sonderausgabe, April 1982



Aktionen zum SPD-Parteitag

An den Aktionen anlässlich des SPD-Bundesparteitages in München nahmen ca. 25000 Menschen teil. Begonnen hatten die Aktionen mit einer Kundgebung der „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen“, an der sich 10000 beteiligten. Eingeladen waren als „prominente“ Hauptredner so Leute wie Mechttersheimer, Bahro, Uta Ranke-Heinemann, Petra Kelly. Der Beitrag des Kabarettisten Ruge gegen Chauvinismus und deutschen Nationalismus wurde durch die Art der Gesamtveranstaltung völlig an den Rand gedrückt, da die Hauptredner ungehindert massiv Chauvinismus verbreiten konnten. Mechttersheimer, als wohl weit aus „bekanntester Friedensbewegler“ angekündigt, wandte sich gegen die atomare Aufrüstung und huldigte dem konventionellen Waffenarsenal als

Kriegsmittel. Bahro rief unter Hinweis auf die „erstarkte Friedensbewegung in der DDR“ dazu auf, am besten jetzt eine deutsch/deutsche Bewegung als Volksbewegung zu schaffen. Die Perspektive der Friedensbewegung liege darin, einen „neuen deutschen Patriotismus“ ins Leben zu rufen. Man solle sich dabei an dem großen „deutschen“ Politiker Bismarck orientieren, wobei der „neue deutsche Patriotismus“ ja nicht gleich bis ehemals Ostpreußen gehen müsste. Die ganze Kundgebung der „Vereinigten Münchner Friedensinitiativen“ richtete so gut wie keinen Angriff auf die Ziele der Reaktion; das NATO-Bündnis als Aggressionsbündnis und die Rolle der BRD darin stand wenig zur Debatte. Insofern konnte diese Kundgebung überhaupt nicht fördernd wirken, Kräfte zu

sammeln gegen die Vorhaben der Reaktion mit nächstem Zeitpunkt anlässlich des Reagan-Besuches. Zu sehr bestimmend waren Chauvinismus und Geschrei, daß die SPD wieder einmal verraten habe usw. usf. Anstatt langsam zur Kenntnis zu nehmen, daß die SPD halt eine reformistische Partei, das Lamentieren darüber nicht der Kampf gegen die Reaktion ist. Die Demonstration der Jungsozialisten und Falken, der sich die Kundgebungsteilnehmer der „Münchner Friedensinitiativen“ angeschlossen hatten, endete mit einer Kundgebung auf dem Königsplatz. Dort sprach sich Juso-Vorsitzender Piecyk gegen den Rüstungsexport und die Türkeihilfe aus. Kindsmüller, Vorsitzender der Falken, stellte fest, daß es weder im Frieden noch im Krieg eine Gemeinsamkeit mit dem Klassenfeind gebe und griff den Rüstungshaushalt, der vom Profitkapital diktiert sei, an.

Abschiebengeschäft wird vorbereitet

Während die Regierung seit November eine „interministerielle Arbeitsgruppe“ mit Rückkehranreizen für Ausländer beschäftigt und vor allem vor „völlig unzutreffenden Vorstellungen“ (Staatssekretär Buschfort) warnt, hat das Land Baden-Württemberg für die CDU im Bundesrat die den Ausländern aufzuzwingenden Geschäftsbedingungen bereits in Gesetzesform gegossen. Die CDU stellt eine „Kapitalisierung“ des Arbeitslosengeldes und eine „Erleichterung der Beitragserstattung aus der Rentenversicherung“ als „Rückkehrhilfe“ vor. Späth verspricht eine „nicht unerhebliche Kostenentlastung für die Bundesanstalt für Arbeit“. In der Tat, denn: „Für die Bemessung der Höhe ... wäre vor allem die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aller ausländischer Arbeitnehmer ... und die Verbraucher-geldparität im Herkunftsland zu berücksichtigen“. (Wochendienst Nr. 12 des Staatsministeriums Baden-Württemberg)

Wie diese Berücksichtigung ausfallen soll, kann man anhand der Kindergeldzahlung für türkische Kinder in der Türkei ermesen: statt wie hier für das erste Kind 50 DM wird

für dieses bloß 10 DM gezahlt, 20% also. Für die Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen gilt gegenwärtig noch eine Wartezeit von 2 Jahren. Diese soll als „Erleichterung“ fortfallen. Erstattet wird ausschließlich der Arbeitnehmerbeitrag, also die Hälfte, und weder „dynamisiert“, noch „inflationiert“ oder wenigstens verzinst: nach Angaben der Regierung in den gegenwärtigen Erstattungen durchschnittlich 8000 DM (sozialpolitische Informationen v. 8.4.). Gleichzeitig verweigert die westdeutsche Regierung rigoros die Verhandlung über die seit 1978 wiederholt von der türkischen Rentenversicherungsanstalt geforderte Auszahlung sämtlicher Rentenversicherungsbeiträge türkischer Arbeiter in der BRD an die türkische Versicherung.

Angriff auf Lohnfortzahlung

Auf Betreiben der F.D.P. und deren Graf Lambsdorff hatte die Bundesregierung das Arbeits-, Innen- und Justizministerium beauftragt, einen Bericht über mögliche Eingriffe in die bestehende Lohnfortzahlungsregelung vorzulegen. Zwar liegt der Bericht noch nicht vor, aber dem Vorschlag

des Arbeitgeberverbandes, auch die Beamten bei der Einschränkung der Lohnfortzahlung einzubeziehen, scheinen Bundesregierung und CDU/CSU zu folgen. Dabei sind sie auf ein weiteres Problem gestoßen. Die Lohnfortzahlung bei Arbeitern und Angestellten ist größtenteils durch Tarifverträge gesichert. Kann eine gesetzliche Änderung überhaupt eine tarifliche Änderung nach sich ziehen? Dies scheint vor allem aber eine politische Frage zu sein, wie weit Errungenschaften der Arbeiterbewegung beseitigt werden können. Eine Unionskommission erarbeitet auch Vorschläge: Teilkrankschreibung, Verschärfung der Kriterien für Krankmeldungen aus dem Ausland, Ausschließung des Doppelbezuges sozialer Leistungen, Streichung der Lohnfortzahlung bei Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch, stärkere Einschaltung der Vertrauensärzte im möglichen Rahmen, Konkretisierung der Leistungsverweigerungsrechte des Arbeitgebers bei schuldhafter Versäumung von Pflichten durch den Arbeitnehmer und Verschärfung der Ärzte-Richtlinien für die Arbeitsunfähigkeitsschreibung. Arbeitsminister Ehrenberg hat sich gegen solche Pläne ausgesprochen. Ob er im Ministeramt verbleibt?

Publikationen des BWK

Reihe Arbeitshefte:

Arbeitsheft 1
Lohnstandard und Gewerkschaftsbewegung

Arbeitsheft 2
Liberales Innenpolitik

Arbeitsheft 3
Die ideologische Reaktion sammelt sich

Arbeitsheft 4
Bildungsreform von der Kinderkrippe bis zur Promotion

Arbeitsheft 5
Die Außenpolitik des BRD-Imperialismus

Preis pro Heft: 3 DM
Sammelband (ganzleinen): 20 DM

*

Ergebnisse der zweiten ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK
(Februar 1982)
Preis: 3 DM

*

Entschließung zur Politik gegen imperialistischen Krieg und Reaktion
(Zweite ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK)
Preis: 1 DM

*

Entschließung zur Lohnpolitik
(Zweite ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK)
Preis: 1 DM

*

Programm und Statut des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
Preis: 0,50 DM

(alle Preisangaben ohne Porto)

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1
Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517457



Streik bei Ideal-Standard in Neuss

Lohnlage

Die Kapitalisten legen wachsende Unsummen im Ausland an

Die Kapitalistenpropaganda hetzt: Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen! Was verbraucht wird, kann nicht investiert werden! Lohnforderungen erzeugen Arbeitslosigkeit! Lohnpause wäre geboten, zumindest in Problembranchen wären Lohnsenkungen erforderlich! Jede Branche kann eine Problembranche werden! Spart an den Löhnen, solange Zeit ist! – Diese allseits bekannte Reklame erweckt den Eindruck, die Profite der Kapitalisten seien so niedrig, daß für Investitionen kein Geld da wäre. Und das trifft nicht zu.

1980 zum Beispiel hat der DM-Wert der in der BRD und Westberlin vorgenommenen Ausrüstungsinvestitionen rund 132 Mrd. DM ausgemacht. Im selben Jahr exportierten die BRD-Kapitalisten rund 8 Mrd. Kapital ins Ausland. Über diese direkten Unternehmensbeteiligungen hinaus hatte man noch ein rundes Sümmchen von 7 Mrd. übrig, um sich durch Kauf zum Beispiel festverzinslicher Wertpapiere – wiederum im Ausland – ein Polster zu verschaffen. Zusammen ein Betrag von etwa 11,4% der in der BRD und Westberlin vorgenommenen Ausrüstungsinvestitionen. Das ist schon was. Das muß erst einmal übrig gemacht werden. Aber vielleicht war 1980 ein Ausnahmejahr?

1981 machten die Ausrüstungsinvestitionen in der BRD und Westberlin 133 Mrd. DM aus. Inflationsbereinigt also ein Rückgang der Investitionstätigkeit. Für Kapitalexport und Polsterbildung allerdings hatten die Kapitalisten 16,6 Mrd. übrig. Das waren schon 12,5% der Summe, die sie im selben Jahr in Ausrüstungen in der BRD und Westberlin investiert hatten. Keinerlei Knappheit machte sich bemerkbar.

Die ersten Monatszahlen für 1982 deuten an: Man wird in diesem laufenden Jahr noch mehr Kapital ins Ausland schaffen. Dies trotz des Gejammeres über die schlechte Geschäftslage, die hohen Lohnkosten usw. uf., man kennt den Gesang.

Übrigens ist das Ausmaß dieses Geschäfts schon was Neues in der Wirtschaftsgeschichte der BRD. 1975 z.B. machten die entsprechenden Posten erst 9,2% der damaligen Inlandsinvestitionen für Ausrüstung aus, in den Jahren vorher noch weniger. Und der Überlegung wert ist auch, daß die Zahl von Arbeitern und Angestellten, die in anderen Ländern für das Wohl des BRD-Kapitals sich schinden müssen, der Zahl der Arbeitslosen in der BRD in ungefähr gleichkommt.

Was zieht das Kapital ins Ausland? Nicht nur Gründe der internationalen Konkurrenz. Immerhin hat die BRD nach dem zweiten Weltkrieg sehr lange Zeit keinen nennenswerten Kapitalexport getätigt. Das Geschäft lief, wie innerlich, trotzdem gut. Vielleicht sogar zu gut. Denn, wie viele auch noch wissen, entstanden für die Kapitalisten Probleme von wegen des verfügbaren Arbeitskräftepotentials. So wie jetzt, ist's viel praktischer: Man schafft wachsende Teile des Profits ins Ausland. Das liefert gleichzeitig die Möglichkeit, den inländischen Arbeitsmarkt zu entlasten. Man kann aus der reduzierten Zahl von Beschäftigten noch mehr herausholen. Man kann sich gnädig von Regierungsseite helfen lassen. Zu einer Beschäftigungszunahme muß man's nicht kommen lassen, da sei Gott und Graf Lambsdorff davor. Man wird noch mehr Kapital exportieren.

Die Strategen von Arbeitsplatzbeschaffung müßten sich vielleicht ent-

schließen, Forderungen gegen die Freiheit des Kapitalverkehrs aufzustellen. Das wär allerdings nicht marktwirtschaftlich. Wieso konnten die Kapitalisten die Gewerkschaftsbewegung derartig in die Zwickmühle nehmen? Das Tor zum Kapitalexport wurde geöffnet durch die Rüstungspolitik. Seitdem die Stellung der BRD im NATO-Bündnis und in der EG so erstarkt ist, wird das westdeutsche Kapital wagemutig. Wer Kapital exportiert, muß es auch zu schützen wissen.

Das Lumpenspiel der Kapitalisten kann aber durchkreuzt werden. Daß ihnen so viel Geld bleibt, muß nicht sein. Zu politischen Forderungen nach Einschränkung des Kapitalexports wird es nach Lage der Dinge aber erst kommen, wenn die Belegschaften beginnen, sich der verstärkten Ausbeute, der Kombination von Entlassungen und Überstunden, von Lohnsenkung und Beschleunigung des Arbeitstempos zu widersetzen.

Übrigens meldet dieser Tage IG Metall, bei Ideal-Standard in Neuss hätte die Belegschaft die Arbeit niedergelegt, weil die Geschäftsleitung sich weigert, den Lohnabschluß auf den Effektivlohn auszu zahlen. Das wird nicht der einzige Streik in diesem Jahr bleiben.

Quellenhinweis: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, März 82, Reihe 4, April 82

Druckindustrie Druckkapitalisten wollen Lohnsenkung

Die IG Druck und Papier ist mit folgender Forderung in die Tarifausschusssetzung gegangen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7,5 Prozent, Vorweganhebung der untersten Gehaltsgruppen, soweit die Eingangsstufen in den regionalen Angestelltentarif-



Hohe Übertarife erhalten Facharbeiter an der Repronik. Die tarifliche Absicherung soll mit der neuen Lohnstruktur erreicht werden. 7,5% mehr und die Struktur sind für eine Hilfskraft in LG II zwischen 151 DM und 385 DM mehr im Monat brutto.

verträgen unter der Eingangsgruppe der Hilfskräfte im Lohnstarifvertrag liegen, auf z. Zt. 1362 DM; Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf ... vom Facharbeiterecklohn: 1. Ausbildungsjahr 50% minus 200 DM, 2. Ausbildungsjahr 50% minus 100 DM, 3. Ausbildungsjahr 50% und danach 50% plus 100 DM. Mit den Löhnen soll eine neue Lohnstruktur verhandelt werden, die vorsieht: Erhöhung der Eingangsstufe für Hilfskräfte um 1% auf 75% vom Facharbeiterecklohn für das erste Jahr der Beschäftigung, danach automatische Höhergruppierung, die Möglichkeit für Hilfskräfte, bis auf 100% des Ecklohns zu kommen, bei den Facharbeitern Öffnung der Lohnstaffelung bis zu 130% vom Ecklohn und Öffnung für alle Facharbeiter der Druckindustrie (bisher waren 120% die höchste Staffel und nur den Maschinensetzern vorbehalten). Die Begründung dieser Forderungen: Höhere Absicherung der Effektivverdienste, Reduzierung der Lohngruppen für die grafischen Hilfskräfte, tarifliche Aufstiegsmöglichkeiten.

Von Anfang an weigerten sich die Druckkapitalisten, über die neue Lohnstruktur und die Ausbildungsvergütungen zu verhandeln. „Jedes Augenmaß für das wirtschaftlich Vertretbare“ sei zu vermissen, sagte Gerold Mack, BVD-Vizepräsident, und „eine Steigerung der Ausbildungsvergütungen ... sei geradezu widersinnig“. Am 30.3. erklärte die IG Druck und Papier die Verhandlungen für gescheitert und lehnte auch das 4,2%-Angebot ab, die Schlichtung begann. Die Absicht der Druckkapitalisten ist folgende: Senkung des Lohnstandards, Verhandlungen über die neue Lohnstruktur zusammen mit den Manteltarifverhandlungen und auf 1983 bezogen, Abblockung der anstehenden Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden mit dem Hinweis auf die Strukturverhandlungen.

Die Schwierigkeiten im Zusammenschluß gegen die Kapitalisten bestehen in dieser Tarifaufeinandersetzung darin, daß Einheit und Kampfbereitschaft auf Basis einer Lohnforderung hergestellt werden müssen, die nicht geeignet ist, den Reallohnabbau zu verhindern. Zwar hat die IG Druck und Papier die Forderungen als Einheit aufgestellt, sie ist aber bereit, Zugeständnisse beim Lohn zugunsten der Struktur zu machen. „Wenn die Unternehmer uns 5% anböten, würden wir sofort abschließen“, sagte ein Mitglied der Großen Tarifkommission. Nach einem Abschluß, der eindeutig Reallohnverlust bedeutet, noch einmal die Kräfte zu sammeln, um die neue Lohnstruktur ohne Abstriche durchzusetzen, wird schwierig. Abstriche bei den Hilfsarbeiterlohngruppen dürfen auf keinen Fall hingenommen werden.

Ostermarsch 1982

Politisch klare Forderungen beginnen sich durchzusetzen



Kellinghusen bei Hamburg: Bundeswehrsoldaten nehmen trotz Strafandrohung an der Demonstration teil
Foto: Meyborg, UZ



Dies berichtet die bürgerliche Presse ... Kundgebung in Frankfurt
Foto: FAZ



... und dies berichtet sie nicht Ostermarsch Ruhr 82, Dortmund
eigenes Foto



10000 nehmen an der Abschlußkundgebung in Nürnberg teil, auf der der Bevollmächtigte der IG Metall spricht. Krankenhausbeschäftigte demonstrieren, wie sie nach einem Atomangriff zwischen mehr oder weniger verseuchten Patienten unterscheiden müßten.
Foto: Nürnberger Nachrichten

An den Ostermärschen dieses Jahres beteiligten sich mehrere Hunderttausend. Die Nachrichten über den im einzelnen recht unterschiedlichen Verlauf der Aktion lassen doch erkennen, daß der religiös eingefärbte, politisch aber unbestimmte Pazifismus der früheren Jahre weithin durch das Bestreben abgelöst wird, politisch eindeutige Forderungen beispielsweise gegen die Rüstungspolitik der BRD, gegen deren NATO-Mitgliedschaft, gegen ihre Machenschaften in der Türkei zu vertreten. Dieser politische Entwicklungsprozeß von Hunderttausenden verläuft nicht widerspruchsfrei, die Aktion war auch von politischen Differenzen geprägt. Seitdem die große Demonstration im letzten Herbst sich stumm und dumm von nationalistischen Bühnengesängen Epplers, Albertz' und anderer überfahren ließ, bringen diese Leute in Schwang, es sei gerade dieser Nationalismus gewesen, der die Mobilisierung so vieler ermöglicht hätte. Seither ist landauf, landab jede Bemühung, gegen die friedensgefährdende und kriegsvorbereitende Politik der BRD vorzugehen, belastigt von Hinweisen, man müsse für die Abrüstung anderer Mächte unbedingt, unbedingt gleichzeitig, vielleicht sogar als Voraussetzung für die Schritte der BRD eintreten.

Die Ritter dieser Richtung suchten und fanden einiges Glück in der Aktion. Anders jedoch als noch bei der Bonner Kundgebung tut sich inzwischen ein Bedürfnis auf, dem zu entgegen. Zu Bochum sang der unselige Biermann einer Versammlung von 20000 z.B. sein Lied vom Soldaten in Uniform vor, das auf die Zeile endet „Soldaten sind sich alle gleich ...“ Als nächster Redner entgegnete ihm ein Gefreiter der Bundeswehr, er lege Wert auf den Unterschied, der zwischen den Soldaten der Bundeswehr und den Generalen der Bundeswehr bestünde. Er hatte die Kundgebung auf seiner Seite. Versucht man eine allgemeine Bewertung der Aktion, so ergibt sich: Der bürgerlichen Propaganda ist es nicht gelungen, den Wunsch nach Frieden zu einem Wunsch nach Abrüstung vornehmlich anderer Länder umzuformen. Die bürgerliche Politik hat vielmehr zunehmend mit klaren Forderungen gegen die Rüstungs- und Kriegsvorbereitungspolitik der BRD zu rechnen. Viele Leute verstehen, daß für Aggressoren der Pazifismus, den sie bei ihren eigenen Truppen so abscheulich finden, auf Seiten naheliegender Opfer eine feine Sache ist. Der Gefühlsdampf der Bonner Kundgebung lüftet sich, wahrscheinlich, weil immer mehr Leute sich mit den Interessen befassen, die der kriegsvorbereitenden Politik der westdeutschen Monopolbourgeoisie zugrunde liegen. Das ist wirklich ermutigend.

Treuepflicht abgestuft Kein Fortschritt gegen das Beamtenrecht

Am 28. April will das Bundeskabinett über einen Gesetzentwurf aus dem Innenministerium beraten, angeblich mit dem Ziel, die Verfassungstreuepflicht von Beamten von oben nach unten hin abzuschwächen, betreffs der disziplinarischen Ahndung außerdienstlicher Dienstvergehen von Beamten. Nach dem Entwurf sollen bei der Entscheidung, ob ein außerdienstliches Verhal-



Zwangseinsatz von Postbeamten in Hamburg im Streik der DPG für mehr Freizeit bei Schichtarbeit

ten im Hinblick auf die dem Beamten obliegenden Pflichten ein Dienstvergehen ist, Art und Ausmaß des Verhaltens sowie die dem Beamten übertragenen Aufgaben zu berücksichtigen sein. Ein Dienstvergehen sei dann anzunehmen, wenn das außerdienstliche Verhalten auch unter Beachtung der dem Beamten zustehenden Grundrechte, insbesondere des Rechts auf freie Meinungsäußerung, nicht hingenommen werden kann.

Zwar schon im November 1980 in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers angekündigt, war diese Gesetzesinitiative anscheinend zurückgestellt worden, bis die Entscheidung im sogenannten Peter-Prozeß gefallen war, denn die erste Instanz hatte 1980 auf Freispruch für Peter entschieden. 1978 war gegen den im CDU-regierten Baden-Württemberg beschäftigten Postbeamten Peter ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden wegen Mitgliedschaft und Aktivität in der DKP seit 1970. Verletzung der Treuepflicht war zwar festgestellt worden, aber keine schuldhaft, da erst 1975 das Bundesverfassungsgericht die politische Treuepflicht über die Wirkung des Parteiprivilegs stellte. Seither ist die Mit-

gliedschaft in einer politischen Partei, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, mit Entfernung aus oder Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst zu ahnden, unabhängig davon, ob ihre Verfassungswidrigkeit durch Urteil des BVerfG festgestellt ist oder nicht. Darauf stützte sich der Bundesdisziplinaranwalt in der Berufung, und im Oktober 1981 entschied das Bundesverwaltungsgericht auf Entlassung des Beamten Peter, indem es die Ziele der DKP als verfassungsfeindlich deklarierte (siehe Pol. Berichte Nr. 1/82).

Im Februar 1982 will die CDU/CSU-Opposition im Bundestag dann wissen, in wieviel Fällen aufgrund des „Peter-Urteils“ mit einem Disziplinarverfahren zu rechnen sei, und hat gegen den Gesetzentwurf ebenfalls unter Berufung auf das „Peter-Urteil“ Verfassungsklage angekündigt. Sie sieht Beeinträchtigung im einfachen und mittleren Dienst genauso wie im höheren. Ein einfacher „verfassungsfeindlicher“ Fernmeldebeamter könne ganze Anlagen insbesondere in Krisenzeiten außer Funktion setzen.

Am 27. April sollen die Beamtenverbände zu dem Entwurf gehört werden. Der Deutsche Beamtenbund kritisiert ganz ähnlich wie die CDU/CSU den Entwurf als verfassungswidrig. Die ÖTV bekräftigte erst im Dezember 1981 ihre Ansicht, daß die Dreiteilung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur noch historisch erklärbar und überholt sei und fordert ein einheitliches Grundsätzen orientiertes Personalrecht, das die Tarifautonomie auf alle Bereiche des öffentlichen Dienstes ausdehnt. Es ist nicht zu erwarten, daß der vorgelegte Gesetzentwurf zur Verwirklichung dieser Forderung beiträgt.

Quellenhinweise: Versch. Drucksachen der Bundesregierung (Anfragen der CDU/CSU); NJW 14/82 (Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom 29.10.81 - 1D 50/80; ÖTV-Magazin 12/81

BVG-Urteil Heuern und Feuern als Sozialstaatsprinzip

Am 6. April hatte das Bundesverfassungsgericht verkündet: Die grundgesetzliche Rundfunkfreiheit gebietet, daß die „freien Mitarbeiter“ kein Recht auf ein unbefristetes Arbeitsverhältnis haben. Seit 1976 hatte dagegen das Bundesarbeitsgericht den Klagen von ständig beschäftigten „freien Mitarbeitern“ auf einen Arbeitsvertrag zugestimmt. Diese Arbeitsgerichtsurteile wurden jetzt als grundgesetzwidrig aufgehoben. Der WDR, der über diesen Klageweg 400 Beschäftigten einen Arbeitsvertrag hatte zugestehen müssen, feierte den „bedeutenden Rückge-

winn an Programmfreiheit“. Der WDR hatte, wie auch andere ARD-Anstalten und das ZDF, Beschäftigungssperren gegen „freie Mitarbeiter“ verhängt.

WDR-Intendant F.-W. v. Sell veröffentlichte nach dem Urteil: „Die Rundfunkanstalten werden künftig den mittlerweile ausgetrockneten Markt für freie Mitarbeiter wieder beleben.“ Eine Woche später schritt der WDR zur Tat und kündigte fristlos den Beschäftigten, deren ArbeitsgerichtsUrteile das Bundesverfassungsgericht jetzt aufgehoben hatte. „Heuern und Feuern“ griff die Rundfunk-Fernseh-Film-Union, eine Abteilung der DGB-Gewerkschaft Kunst, mit einem im Betrieb verteilten Flugblatt vom 16.4. die „Willkür des Intendanten“ an.

Laut Gericht gehört das schrankenlose Auswechseln der beschäftigten Journalisten, Reporter, Kameramänner und Cutter notwendig zur grundgesetzlichen Rundfunkfreiheit. Der WDR-Intendant: „Herr des Programms sei, wer über das Rundfunkpersonal verfügt.“ Wer dagegen das

Recht auf einen Arbeitsvertrag und Kündigungsschutz fordert, schränkt nicht die Willkür des Dienstherrn ein, sondern handelt unsozial, laut Begründung des Bundesverfassungsgerichts, das allein in der Beseitigung des Rechts auf einen Arbeitsvertrag die „sozial gerechte Ordnung“ verwirklicht sieht: „... der arbeitsrechtliche Bestandschutz ... entfaltet eine Sperrwirkung und verschlechtert damit die Chancen derjenigen, welche sich die Mitarbeit im Rundfunk zur Aufgabe machen wollen, ... die im anderen Falle, wenn auch ohne feste Anstellung, Arbeit und Verdienst finden würden. Diese Auswirkung kann schwerlich im Sinne des Sozialstaatsprinzips liegen, das die Verwirklichung einer sozial gerechten Ordnung für alle gebietet, also gerade auch zur Sorge für diejenigen verpflichtet, die keinen Arbeitsplatz haben.“

Die RFFU, bei der 3000 „freie Mitarbeiter“ organisiert sind, fordert die Aufhebung der Beschäftigungssperren und „akzeptable tarifvertragliche Regelungen“ mit Kündigungsschutz.

Quellenhinweis: Bundesverfassungsgericht, Urteil in dem Verfahren I BvR 848/77 u.a.

die Verfassung der BRD in der Präambel: „Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Die CDU/CSU weist in ihrer Propaganda auf die noch weitergehenden Festlegungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag von 1973 hin:

„Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken – das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Inneren wachzuhalten und nach außen beharrlich zu vertreten – und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde.“

Die Wiedervereinigung auf der Verfassung der BRD ist eine klare Bedrohung der DDR. Ob die Ansprüche auf „deutsche Gebiete“ sogar die Grenzen von 1937 einschließen, wie der Beschluß der Kultusminister das vorsieht, ist unter den bürgerlichen Parteien strittig. Wenn der Grundlagenvertrag „Gewaltverzicht“ gegenüber der DDR festlegt und immer wieder die „friedliche“ Einverleibung der DDR hervorgehoben wird, so ist doch die Propagandastrategie der CDU offensichtlich: Pazifismus in den Reihen des Gegners zu verbreiten, um eine Einverleibung der DDR möglichst leicht und gewaltfrei durchsetzen zu können. Welchen Grund könnte die CDU/CSU anders verfolgen, die in der BRD Hauptkraft in der Aufrüstung der

CDU/CSU

Anfrage über „Militarisierung in der DDR“ soll Expansionspolitik verdecken

Nachdem am 4. April auf der Aktionskonferenz zur Reagan-Demonstration, die am 10. Juni stattfinden soll, ein schlechter Aufruf beschlossen wurde, der vielen zu rechts ist, erklärten dagegen die Grünen, diesen Aufruf nicht unterstützen zu können, weil im Aufruf die Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung fehle. Zuvor hatte Rudolf Bahro – für die Grünen – die DKP als Agentur der Sowjetunion beschimpft und die DKP als Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges bezeichnet. Petra Kelly von den Grünen erklärte, die Friedensbewegung sei unfähig zu handeln.

Wenige Tage vor diesen Auftritten hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eine Große Anfrage zur „Militarisierung in der DDR“ eingebracht, dies hätte auch dem Bundesvorstand der Grünen bekannt sein können. Diese Große Anfrage ist Teil einer Propagandakampagne der CDU/CSU gegen die DDR. Bereits vor Monaten hat die CDU/CSU mehrere Anfragen und Anträge an den Bundestag gerichtet: Einen Antrag über die „Presse- und Informationsfreiheit in der DDR“ und über „Wahlen zur Volkskammer der DDR“ und eine Anfrage über den Stand der „Koalitionsfreiheit in der DDR“. 24 Fragen richtet

die CDU/CSU in der Großen Anfrage zur „Militarisierung in der DDR“ an die Bundesregierung. Da sich die Bundesregierung der reaktionären Propaganda sicher nicht entziehen wird und zwischen den Parteien in der „deutschen Frage“ große Übereinstimmung herrscht, wird eine detaillierte Beantwortung der CDU/CSU noch weiteren Stoff für ihre Propaganda liefern. Um die 24 Fragen zu beantworten, wird die Bundesregierung sich aber nicht nur in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen, sondern auch noch sämtliche Spitzelmaterialien über die DDR mit einer frechen Selbstverständlichkeit veröffentlichen, wie sie dies bereits öfter getan hat. Zusammenfassend stellt die CDU/CSU fest: „Angesichts dieser Situation ist es notwendig, die Militarisierung in der DDR zum Gegenstand einer politischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland zu machen.“

Ob die CDU/CSU überhaupt ein Recht hat, sich mit Propagandakampagnen in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen, ist für sie keine Frage. Sie geht vom „Wiedervereinigungsgebot“ aus, mit dem die BRD Ansprüche auf das DDR-Staatsgebiet erhebt. Was die politischen Grundlagen der Wiedervereinigung sind, sagt



DDR-Grenzmarkierungen werden auf dem Bild „nur“ erneuert

Bundeswehr ist und seit jeher war? Welchen anderen Grund kann diese Partei verfolgen, der die Verteidigungsausgaben der Bundesregierung viel zu gering sind und die schon immer gegen die Wehrdienstverweigerer größere Hetzkampagnen startete?

Die DDR hat 1974 ihre Verfassung geändert und alle Bestimmungen nach Wiedervereinigung aus der Zeit der Gründung der DDR aus der Verfassung gestrichen. So hieß der Artikel 1

Vor allem auf die Kirchen in der DDR beruft sich die CDU/CSU in ihrer Großen Anfrage zur „Militarisierung in der DDR“. Zahlreiche kirchliche Stellen in der DDR sollen ihre Besorgnis vor einer fortschreitenden Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in der DDR formuliert haben. Vor allem wird immer wieder die Tagung der Synode des Bundes der Evangelischen Kirche vom September letzten Jahres zitiert. Diese ist der Schutz-



Helmut Kohl (CDU) spaziert selbstbewußt auf den Straßen der DDR

der Verfassung der DDR bis 1974: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation.“ Jetzt heißt es in der geltenden Verfassung: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“ Die DDR vertritt seitdem eine „Zwei-Nationen-Theorie“. Die Verfassung stellt militärische und revanchistische Propaganda unter Strafe und verbietet Eroberungskriege.

Die BRD bedroht die DDR und nicht umgekehrt. Daß in der DDR die Wehrausbildung stark betrieben wird, ist bekannt. Es stellt sich aber auch für diejenigen, der Vorbehalte gegen die Politik der DDR hat, die Frage, ob und in welchem Zusammenhang eine verstärkte Wehrerziehung mit der revanchistischen Hetze der BRD steht. Oder soll sich die DDR auf einem Silbertablett der Einverleibung der BRD hingeben? Das ist der Wunschtraum der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Der DDR-Staatsrat verhält sich zu den inneren Widersprüchen im eigenen Land. Da die Absicht der Einverleibung offensichtlich ist, sind sowieso alle kritischen Äußerungen in der BRD gegenüber der DDR mit äußerster Vorsicht zu genießen.

befohlene der politischen Parteien in der BRD; die evangelische Kirche in der DDR erhebt unentwegt Ansprüche auf Unterstützung durch die BRD. Die Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR stellt dazu fest:

„Der Bund bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland. In der Mitverantwortung für diese Gemeinschaft nimmt der Bund Aufgaben, die alle evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam betreffen, in partnerschaftlicher Freiheit durch seine Organe wahr.“

Der Schutz der „Christenheit Deutschlands“ und des „gemeinsamen Evangeliums“ in den beiden unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen findet aber bereits umfangreich statt. „Die Kirchen in der DDR erhalten dafür (Investitionen in Krankenhäusern und Heimen) und für andere Aufgaben beträchtliche Hilfe von den Kirchen in der Bundesrepublik, deren Höhe jedoch niemals öffentlich beziffert worden ist“, schreibt R. Henkys im Handbuch der Bundesregierung über die DDR. 90% der Kirchenneubauten in

der DDR bezahlen Kirchenkassen der BRD-Kirchen. In einer WDR-Sendung am 10.11.81 über die DDR-Synode konnte man von Henkys erfahren, daß etwa 60% aller Ausgaben der Kirchen in der DDR die Kirchen der EKD bezahlen. Seit 1976 sollen mit diesen Geldern u.a. 51 Krankenhäuser mit 6841 Betten, 89 Heime für Behinderte mit 6240 Betten, 117 Erholungs- und Freizeitheime mit 3633 Betten und 326 Kindertagesstätten mit 17256 Plätzen finanziert worden sein.

Seit Jahren arbeiten die Kirchen der DDR und der BRD eng zusammen. Politiker wie Erhard Eppler, der von sich selber behauptet, „wertkonservativ“ zu sein, sind im Vorstand der EKD. Seine deutsch-nationale Predigt auf der Bonner Demonstration am 10. Oktober ist für viele unvergesslich.

Wenn die Kräfte in der evangelischen Kirche der DDR die neue Friedensbewegung in der DDR darstellen sollen, was man gelegentlich hört, kann man nur raten: Vorsicht – nicht anfassen! Diese Kräfte sind mit einer „Friedensbewegung“ in der BRD nicht vergleichbar, die in der BRD gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen kämpft, aber auch gegen die aggressiven und expansionistischen Ziele des westdeutschen Imperialismus, wieder ein „Deutschland“ in den Grenzen von 1937 zu errichten.

Wenn man diesen reaktionären Zielen entgegenzutreten will, wird man nicht umhinkommen, sich mit der Forderung nach „Anerkennung der DDR“ auseinanderzusetzen. Wer meint, diese Forderung nicht unterstützen zu können, wird reaktionären und nationalen Zielen der Reaktion immer wieder aufsitzen.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Drucksachen: 9/1047, 9/1054, 9/1057, 9/1091, 9/1236 und 9/1550; CDU-Bundesgeschäftsstelle: Deutschlandpolitik, Mehr tun für Deutschlands Einheit, Beschluß des 30. Bundestages; Unser Land braucht einen neuen Anfang; Evangelischer Pressedienst (epd) Nr. 43/81; Politische Berichte Nr. 26/81; Verfassung der BRD und der DDR

DISK-Prozeß Bastürk darf nicht auf die Anklage antworten

Nach siebenwöchiger Unterbrechung wird seit dem 14. April vor dem Kriegsgericht in Istanbul der Prozeß gegen 52 Funktionäre des verbotenen türkischen Gewerkschaftsbundes DISK fortgesetzt. Nachdem bis Anfang März die über 800 Seiten lange Anklageschrift verlesen worden war, hätte nun der DISK-Vorsitzende Abdullah Bastürk als erster der Angeklagten eine Prozeßerklärung abgeben müssen. Wie ein Korrespondent der „taz“ aus Istanbul berichtet, hatte Bastürk eine 400seitige

Antwort auf die Anklage vorbereitet. Kaum jedoch hatte er das Wort ergriffen, wurde er schon unterbrochen, und das Gericht untersagte ihm, seine Stellungnahme abzugeben.

Ein weiteres Mal wurden die Angeklagten also eines grundlegenden Rechtes beraubt. Zu Beginn des Prozesses hatte das Gericht bereits entsprechend der neu eingeführten Kriegsprozeßordnung die Zahl der Verteidiger eingeschränkt und jeden Verteidiger auf einen Mandanten begrenzt, so daß die gemeinschaftliche Verteidigung der Angeklagten unmöglich ist. Zugleich versucht der Militärstaatsanwalt, durch verschiedenste Schikanen gegen die Verhafteten und ihre Angehörigen andere, ihm genehme Verteidiger zu erzwingen.

Wie schon berichtet, wurde der frühere Hauptverteidiger im DISK-Prozeß inzwischen selbst verhaftet. Darüber hinaus ist den Angeklagten jede Verteidigung erschwert durch das Verbot des Kriegsrechtskommandanten, sich während der Verhandlung mit ihren Verteidigern zu beraten.

Auch versucht die Junta, die Gewerkschaftsfunktionäre von jeder Unterstützung abzuschneiden. Geldsammlungen für die Angeklagten etwa werden als „Raub“ unter Strafe gestellt; die Bankkonten der Angeklagten wurden beschlagnahmt; jedes Hilfsangebot durch den Europäischen und den Internationalen Gewerkschaftsbund hat für die Verhafteten neue Verhöre zur Folge. – Daß die Junta in jedem Falle die Verurteilung der DISK-Funktionäre anstrebt – der Staatsanwalt hat bereits die Beantragung der Todesstrafe angekündigt –, wird deutlich auch an den „Instruktionstreffen“, die Militärrichter und -staatsanwälte allwöchentlich durchführen. Überdies sind Aussagen über Folterungen, die die Verhafteten vor dem Haftrichter zu Protokoll gaben, spurlos aus den Akten verschwunden.

Trotz der Folterungen, trotz der Unterdrückung aller ihrer Rechte und trotz der Bedrohung mit der Todesstrafe sind die meisten Angeklagten, wie das Beispiel Bastürks zeigt, nicht gebrochen; sie kämpfen. In der Vernehmung erklärte der DISK-Vorsitzende, daß die Gewerkschaft, der er angehört, den Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus führt, und auf die Frage nach der Gewerkschaftssatzung, in der sich DISK auf den Klassenkampf verpflichtet – ein Anklagepunkt –, antwortete er, daß DISK auf dem Boden der Verfassung wirtschaftlich, sozial und politisch alles Reaktionsnäre bekämpft.

Am 8. Mai finden in Duisburg und Köln Demonstrationen und Kundgebungen gegen Hinrichtungen und Folter in der Türkei und Kurdistan und

gegen Massaker gegen das kurdische Volk statt.

Für Duisburg (König-Heinrich-Platz), 11 Uhr, rufen Birkom, FIDEF und weitere Organisationen auf.

Für Köln (Neumarkt), 11.30 Uhr, rufen Halkin Kurtulusu und andere auf.

Quellenhinweis: die tageszeitung, 14.4. und 16.4.82

Malwinen-Konflikt Britische Regierung in Bedrängnis

Die argentinische Militärjunta läßt zur Zeit jeden Abend einen Fernsehkurzfilm zeigen. Zu sehen ist ein Wasserglas, das Tropfen für Tropfen langsam gefüllt wird. 1833 war das Glas leer. Am 2. April 1982 lief es über.

1833 besetzte Großbritannien die Malwinen-Inseln, die zum gerade unabhängig gewordenen Argentinien gehörten. Seitdem verlangt Argentinien die Rückgabe.

Die Rückeroberung der Malwinen findet weite Unterstützung in Argentinien. Die Guerilla-Organisation Monteneros erklärte, sie würde sich an einer Regierung der nationalen Einheit zur Verteidigung gegen Großbritannien beteiligen. Die Gewerkschaften sagten ih-



re Unterstützung gegen Großbritannien zu, wenn gewerkschaftliche Rechte wiederhergestellt werden.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Junta, die am 30. März eine Gewerkschaftsdemonstration brutal zusammenschlagen ließ und Tausende ermordeter Arbeiter und Bauern auf dem Gewissen hat, diese Forderung erfüllt. Sie ist verschuldet und in vielen Dingen abhängig von den Imperialisten, vor allem von den USA.

Nur so konnte Außenminister Haig Argentinien Zustimmung zu dem „Kompromiß“ erreichen, der eine gemeinsame Verwaltung Großbritannien/Argentinien (mit Polizei), Rückzug der argentinischen Truppen und der britischen Flotte und Klärung der Souveränität zu einem späteren Zeitpunkt vorsah.

Die britische Regierung lehnt diesen „Kompromiß“ ab. Sie verlangt, daß die britische Herrschaft über die Inseln wiederhergestellt wird, dann könne verhandelt werden. Die „Falkländer“ sollten „frei entscheiden“. Thatcher als Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechts?

Die Inseln gehören der Falkland-Inland-Company, die mehrheitlich im Besitz des Chemiekonzerns Charington Coalite ist.

Die britische Sunday Times zur Lage der „Falkländer“: „Die meisten Familien sind Pächter bei der Falkland-Inland Company. Ihre Häuser sind in Wirklichkeit ‚tied cottages‘ (etwa: Betriebswohnungen für Landarbeiter), und wenn sie zu alt sind zur Arbeit, müssen sie gehen, meistens nach Neuseeland oder England.“ (4.4.)

Nach Neuseeland deshalb, weil mehr als 400 Erwachsene und auf der Insel geborene Kinder laut dem 1981 verabschiedeten Staatsbürgerschaftsgesetz Staatsbürger zweiter Klasse sind und ausdrücklich sich nicht in Großbritannien ansiedeln dürfen.

Die britische Flotte soll die Interessen der britischen Imperialisten an der profitablen Ausbeutung von Bodenschätzen in der Antarktis und im Seegebiet zwischen den Malwinen und Argentinien wahren.

In diesen Tagen erreichen die Kriegsschiffe den Südatlantik. Der Kriegsplan sieht einen Überfall auf die kaum befestigte, 1000 km vor den Malwinen liegende Insel Süd-Georgien vor, danach soll die Flotte argentinische Häfen blockieren. Einen Angriff auf die Malwinen selbst zieht die Regierung nicht ernsthaft in Erwägung, eine Niederlage wäre wahrscheinlich.

Die Regierung Thatcher verliert jetzt die Unterstützung der Oppositionsparteien. In der Labour-Partei fordert der linke Flügel: „Leistet Widerstand gegen die Kriegspläne der Tories.“ (Labour Herald) Die Vorsitzende der Labour-Partei verlangte im Parlament, die Flotte zu stoppen. Der Parlamentarische Vorsitzende Foot kommt in Bedrängnis, seine Unterstützung für die Regierung aufzugeben. Auch wenn die westdeutsche Presse es gern anders hätte: Unter den britischen Arbeitern und Angestellten ist der Feldzug zutiefst unpopulär.

Quellenhinweis: Financial Times, Times, versch. Ausgaben, Socialist Worker, 10.4., BBC-Nachrichten

Ohne gegenseitige Unterstützung können die Gewerkschaften die Angriffe der Kapitalisten kaum zurückweisen

Vom 19. bis 23. April führt der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) seinen IV. ordentlichen Kongreß durch. Neben dem Tätigkeitsbericht über die vergangenen drei Jahre liegt dem Kongreß der Entwurf einer „Allgemeinen Entschlieûung“ vor, die dem EGB erleichtern soll, eine Strategie zu finden, die Angriffe, die die verschiedenen Kapitalistenklassen und Regierungen in Westeuropa angesichts der Krise ihrer Wirtschaft auf die Lohnabhängigen führen, zurückzuschlagen. Darüber hinaus muß sich der Kongreß befassen nicht nur mit der Ratifizierung der Aufnahmen, die der Exekutivausschuß in den vergangenen drei Jahren getätigt hat, sondern auch mit den Verfahrensgrundsätzen über die Neuaufnahme von Gewerkschaftsbünden.

1973 beschlossen 17 Gewerkschaftsbünde aus 15 westeuropäischen Ländern die Gründung des EGB. Die Bünde, „die alle dem Internationalen Bund der Freien Gewerkschaften angeschlossen sind und sich folglich ohne Vorbehalt zu den Grundsätzen des freien demokratischen Gewerkschaftswesens bekennen, beschlossen, die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer auf der Ebene Europas im allgemeinen und bei allen europäischen Institutionen im besonderen – einschließlich der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Freihandelszone – zu vertreten und zu fördern.

Sie werden über die Erhaltung und Verstärkung der Demokratie in Europa wachen.

Zur Erreichung dieses Zieles erarbeitet der Europäische Gewerkschaftsbund ein Grundsatzprogramm und koordiniert die Tätigkeit der angeschlossenen Organisationen durch europäische Aktionsprogramme.“ (1)

In dieser kurzen Zeit seines Bestehens ist der EGB schnell gewachsen. Mittlerweile gehören ihm 34 Gewerkschaften aus 19 westeuropäischen Ländern an, insgesamt 43 Millionen Gewerkschaftsmitglieder faßt er zusammen. Der erste große Fortschritt kündigte sich an, als es im Mai 1974 gelang, eine Einigung mit dem christlich orientierten Weltverband der Arbeit (WVA) zu erzielen. Die europäische Sektion des WVA trat geschlossen in den EGB ein, es folgten weitere Gewerkschaftsbünde. Im selben Jahr beschloß der Exekutivausschuß die Aufnahme des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL, der bis dahin

Mitglied im Weltgewerkschaftsbund (WGB) gemeinsam mit Gewerkschaften sozialistischer Länder war. Der EGB war in der Mehrheit nicht bereit, gleichzeitige Mitgliedschaft im WGB und im EGB zuzulassen, der CGIL verwandelte daraufhin seine Mitgliedschaft im WGB in eine assoziierte Mitgliedschaft. Die Zahl der organisierten Gewerkschaftsmitglieder stieg damit von 29 Millionen zur Zeit der Gründung auf 37 Millionen Lohnabhängige aus 17 westeuropäischen Staaten.

Die rasche Entwicklung des Zusammenschlusses zeugt von den Bemühun-

tionsprogramm verabschiedet, das auch in den folgenden Jahren gültig sein soll.

Sowohl das Aktionsprogramm wie auch die dem Kongreß vorliegende „Allgemeine Entschlieûung“ zeugen von der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaftsbünden: Auf der einen Seite enthalten beide Dokumente eine Fülle Forderungen, die die Interessen der Lohnabhängigen in den verschiedenen europäischen Staaten widerspiegeln, die Willkür der Kapitalisten einzuschränken. Auf der anderen Seite ist es einigen Gewerkschaftsbün-



Kundgebung der Stahlarbeiter in Dortmund im Herbst 1981. Große Anstrengungen haben die europäischen Metallgewerkschaften darauf verwandt, die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie in allen Staaten zum gleichen Zeitpunkt durchzuführen. Mit dem diesjährigen Tarifsabschluß hat die IG Metall den schon erreichten Zusammenschluß wieder durchbrochen.

gen der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern, die Konkurrenz untereinander einzuschränken und gemeinsam zu handeln. Der Einigungsprozeß im EGB ist schwierig, es müssen Gewerkschaftsbünde christlicher, sozialistischer, kommunistischer Prägung mit Einheitsgewerkschaften zusammenwirken, um gemeinsame Forderungen zu erreichen. Die Entfaltung einer erfolgreichen Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn sich alle Gewerkschaftsbünde verpflichtet sehen, ohne Bedingungen die Interessen der Lohnabhängigen zu verfechten und die Kämpfe der Arbeiterbewegung in allen Ländern zu unterstützen. Die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms ist bisher nicht abgeschlossen, der EGB hat 1976 auf dem III. ordentlichen Kongreß ein Ak-

den gelungen, Positionen und Forderungen unterzubringen, die vor allem die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Kapitalisten fördern sollen.

In den Kämpfen der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder entscheidet sich, welche dieser Positionen sich durchsetzt, und damit entscheidet sich auch, ob die westeuropäischen Finanzbourgeoisien Erfolge erzielen in ihrem Bemühen, das Niveau dessen, was einem Arbeiter oder Angestellten abverlangt werden kann, auf das niedrigst vorzufindende zu drücken.

Allein innerhalb der Staaten, die der EG 1972 angehörten, betrug der Unterschied zwischen den niedrigsten und den höchsten Arbeitsstundenkosten 3,12 DM. Die Arbeitsstundenkosten für Arbeiter und Angestellte erfassen

Lohn, Steuern, Versicherungsbeiträge einschließlich des Anteils der Kapitalisten. Für 1972 gibt die EG-Statistik die niedrigsten Kosten für Italien mit 9,19 DM pro Stunde an, die höchsten für die BRD mit 12,31. Mit der Ausweitung der EG verschafften sich die europäischen Kapitalistenklassen den Zugriff auf einige Niedriglohnländer, der Abstand zu den höchstgezahlten Löhnen und Versicherungsbeiträgen vergrößerte sich. 1979 zahlten die Kapitalisten für den Ankauf von Arbeitskraft je Stunde in Belgien 25,35 DM, in der BRD 23,09 DM, in Luxemburg 22,60 DM, in Dänemark 21,33 DM, in Frankreich 18,07 DM, in Italien 13,80 DM, in Großbritannien 11,05 DM und in Griechenland 7,90 DM. (Für Irland liegen keine Angaben vor, die Berechnung erfolgte auf Grund der ECU-Angaben der EG-Statistik nach dem Wechselkurs 1979.)

Der Ausgleich solcher Lohndifferenzen erfordert große Geschlossenheit und Kampfkraft, ohne gegenseitige Unterstützung der verschiedenen Gewerkschaftsbewegungen ist dies nicht zu erreichen.

Die Bemühungen der Kapitalisten, die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften zu verhindern, sind heftig. Jede westeuropäische Regierung und jede Kapitalistenklasse führt in den derzeitigen wie in den früheren Lohnauseinandersetzungen die hohe Zahl der Arbeitslosen ins Feld, um Besserung ihrer Wirtschaftslage mittels Lohnsenkung zu begründen.

Obwohl der EGB mit 13 Millionen registrierten und einigen Millionen nicht registrierten Arbeitslosen in Westeuropa rechnet, findet sich in keinem seiner Dokumente ein Hinweis, daß die Gewerkschaftsbünde darin einen Grund sehen, Lohnverzicht zu üben. Im Gegenteil, für die Lohnauseinandersetzungen 1981/82 verpflichteten sich alle Mitgliedsbünde im EGB, einzutreten 1. für die besondere Anhebung der Niedriglöhne in den einzelnen Staaten, 2. für die Beseitigung von rechtlosen Arbeitsverhältnissen wie Aushilfsarbeit, Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge und 3. für das tariflich oder gesetzlich garantierte Recht der Gewerkschaften und der Vertretungen der Lohnabhängigen, bei Einführung neuer Technologien unterrichtet zu werden durch die Kapitalisten und Einspruchsrechte zu erhalten. Dabei sei insbesondere darauf zu achten, daß nicht „Beschäftigungsrückgang, Dequalifizierung, Schichtarbeit, repetitive und monotone Arbeit“ (2) die Folgen solcher Änderungen der Produktion sind.

In seinem Tätigkeitsbericht trifft der Exekutivausschuß die Einschätzung: „In einigen Monaten werden wir vor der Aufgabe stehen, die Bilanz dieser

Ausländerbeschäftigung in der EG: Die Reaktion will das „Rotationssystem“ wieder einführen

Wenn sich bürgerliche Politiker über die Europäische Gemeinschaft auslassen, dann kann man sicher sein, daß sie blitzgeschwind ein penetranter Ammenmärchen hervorkehren werden: das von der angeblichen „Harmonisierung“ der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen, der sich die Imperialisten mit Bildung der EG verschrieben hätten. Welche Ziele die Imperialisten aber in Wirklichkeit verfolgten und auch heute verfolgen, hatte Ende 1956 das damalige „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ verlauten lassen. In einer Broschüre unter dem Titel „Internationale Lohngefälle“ schrieb es:

„Es wäre ... verhängnisvoll, wenn nun auf europäischer Plattform bilaterale Mammutmonopole einander auf dem Arbeitsmarkt gegenüber treten würden, die europäische Einheitslöhne aushandeln. Das wäre das Ende einer funktionsfähigen europäischen Wirtschaft.“ Denn: da in Gebieten mit niedrigem Lohnstandard auch die „Leistung“ der Lohnabhängigen gering wäre, würde dort eine Massenarbeitslosigkeit ausbrechen. „Die Meinung, daß die Arbeitslosen dann von selbst in die Gebiete mit Arbeitermangel abwandern

bringen.“ „Der Tariflohn der Länder mit höchster Arbeitsproduktivität darf auf der anderen Seite nicht so hoch festgesetzt werden, daß die Unternehmer nicht mehr die Neigung haben, ausländische Arbeiter einzustellen. Deshalb empfiehlt sich ein Tariflohn, der sich als Mindestlohn vom Effektivlohn dadurch unterscheidet, daß er niedriger liegt, damit in dem Spielraum zwischen Effektivlohn und tariflichem Mindestlohn die Marktgesetzmäßigkeiten spielen können und ausländische Arbeitnehmer den Marktlohn (relativ oder absolut) bis zum Tariflohn herabdrücken können.“

Diese Interessen – Senkung des „Marktlohns“ in Ländern mit vergleichsweise hohem Lohnstandard durch Rekrutierung ausländischer Lohnabhängiger und Kontrolle dieser „Wanderungszüge“ ausschließlich durch die Kapitalisten und die Regierungen – haben sämtliche Imperialisten schon vor Gründung der EWG verfolgt.

Die BRD etwa schloß 1951 mit Frankreich, 1952 mit Belgien und 1953 mit Italien erste „Gastarbeitnehmer“-Abkommen. 1955, nach einem neuen Abkommen mit Italien, begann sie ihre erste große Rekrutierungsaktion. Tausende süditalienischer Landarbeiter, die wegen der Weitergeltung faschistischer Zwangsgesetze nicht in den Norden des Landes ziehen konnten, wurden zum Ernteeinsatz in die BRD rekrutiert. Bestimmender Grundsatz solcher Abkommen war das „Rotationsprinzip“: Die ausländischen Lohnabhängigen wurden für eine befristete Zeit angeworben, nach Erschöpfung in ihre Heimatgebiete zurückgejagt und durch frische Arbeitskräfte ersetzt.

In dieser ersten Rekrutierungsaktion der BRD traten die Grundzüge aller folgenden schon offen zutage: Keine Freizügigkeit für die Lohnabhängigen, sondern polizeilich-gesetzliche Beschränkung, um die Lohnabhängigen nach Belieben anwerben und abstoßen zu können. Nach der Bildung der EWG widersetzten sich die Kapitalisten jahrelang der Freizügigkeit für Lohnabhängige aus den Mitgliedsstaaten. Vor allem aber verlegten sie sich auf die Anwerbung von Lohnabhängigen aus „Drittländern“, deren Aufenthaltsrecht mit ihrem Arbeitsvertrag begann und auch endete.

Anfang der 60er Jahre erlebte diese Sorte „Geschäft“ dann einen ungeahnten Aufschwung. Die Arbeitskraftreserven – mit Ausnahme Italiens –



„Schwerpunktbranchen“ der Ausbeutung ausländischer Lohnabhängiger in der BRD: Textilindustrie ...

würden, ist schon auf nationaler Ebene nicht richtig, weil die Menschen nicht so leicht von ihrer Heimat Abschied nehmen. Man muß ihnen das – durchaus ehrenwerte und soziologisch nicht einmal zu verdammende – Recht belassen, zu niedrigerem Lohn in ihrem Stammland zu bleiben“. Nur die Kapitalisten könnten „Arbeitskräftewanderungen“ zuwe-



8000 der 26000 Lohnabhängigen bei Ford-Köln waren 1981 türkischer Nationalität

waren trotz beschleunigtem Bauernlegen weitgehend erschöpft, die Imperialisten, besonders die BRD, der nach dem Bau der Mauer auch der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR versiegt war, standen vor der akuten Gefahr, weitgehenden Zugeständnissen bei den unteren Lohngruppen, wenn nicht sogar deren völliger Beseitigung zustimmen zu müssen, wenn sie nicht rasch umfangreich billige Arbeitskraft herbeischaffen konnten. Dies gelang durch Zugriff auf die „Drittländer“, in denen die Vernichtung der kleinen Bauern durch Warenexporte und Kreditplünderung große Bauernmassen für die Ausbeutung „freisetzte“.

Die BRD schloß '60 Anwerbeabkommen mit Griechenland und Spanien, '61 mit der Türkei, '64 mit Portugal, '69 mit Jugoslawien, '69 mit Marokko und Tunesien. Alle Verträge beruhten auf dem „Rotationsprinzip“.

Die Elendszüge von Lohnabhängigen, die die Imperialisten so einleiteten, waren ungeheuerlich. Die belgischen Imperialisten verzeichneten in den Jahren 1960 bis 1977 zusammen 1209455 „Einwanderungen“ und 788639 „Auswanderungen“, die niederländischen von 1964 bis 1976 999294 „Einwanderungen“ und 654520 „Auswanderungen“. Die französischen Imperialisten erreichten von 1958 bis 1975 5,047 Mio. „Einwanderungen“. 50–80% dieser Lohnabhängigen stammten aus „Drittländern“.

Die Spitzenstellung aber verzeichneten die BRD-Imperialisten. Sie saugten von 1958 bis 1979 insgesamt 15180310 „Einwanderer“ an und stießen 10237157 nach vollzogener Ausbeutung als „Auswanderer“ wieder ab. Alle EG-Staaten zusammen, ist die Zahl von 30 Mio. „Einwanderungen“ von 1958 bis 1979 eher niedrig geschätzt, die „Auswanderungen“ dürften 15 bis 20 Mio. betragen haben.

Millionen Arbeiter aus „Drittländern“ wurden um ihre Gesundheit und Arbeitskraft gebracht, ihre Familien vernichtet, die Steuern und Versicherungsgelder dieser Lohnabhängigen blieben „nebenbei“ in den Fängen der Imperialisten.

Terroristische Unterdrückung der Arbeiter und Bauern in diesen Ländern durch Diktaturen vom Schlage Francos, Salazars, der griechischen Militärjunta seit 1967 und jetzt der türkischen Militärjunta sowie Ausnahme Gesetze für diese Lohnabhängigen in den „Aufnahmeländern“ war und ist ein notwendiger Bestandteil dieses „Arbeitskraft-Ansaug-, Ausbeutungs- und Abstoß-Systems“ der Imperialisten. Dort, wo die Arbeiter und Bauern sich von dieser Bedrückung befreien konnten, wie in Spanien, Griechenland und Portugal, setzte sofort eine rasche Rückwanderung ein.

Die Gewerkschaften in den EG-Staaten wurden durch diese von den Imperialisten organisierten Rekrutierungsströme vor gewaltige Probleme gestellt. Zur Verschärfung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen durch die Bildung der EG traten Millionen unter Ausnahme Gesetze gestellte Lohnabhängige aus „Drittländern“. Um so bedeutender ist, daß es ihnen gelang, den Lohn- und Lebensstandard weitgehend zu verteidigen, auf jeden Fall aber schwere Einbrüche der Kapitalisten zu verhindern.

Diesen „Mißerfolg“ ihrer Ausländerpolitik unter Ausnutzung der gestiegenen Arbeitslosigkeit jetzt zu beseitigen, ist denn auch das Ziel der Reaktion in der BRD und den anderen EG-Staaten. In der Bundestagsdebatte über die Ausländerpolitik am 4.2. legte die CDU/CSU ihr Konzept vor, von dem sie sich „Auswirkungen über die Jahrtausendgrenze hinaus“ verspricht: Verweigerung der Einbürgerung der ausländischen Lohnabhängigen, Ausweisung aller, die sich nicht ausbeuten lassen, Wiedereinführung des „Rotationsprinzips“, Familienzusammenführung „in erster Linie durch Förderung der Rückkehr in die Heimat“, Ausbau des Gewaltapparates gegen die ausländischen Lohnabhängigen, keine Freizügigkeit für die Lohnabhängigen in Spanien, Portugal und der Türkei im Fall eines EG-Beitritts bzw. der Fortdauer der Assoziierung.

Die Ähnlichkeit dieser Politik mit dem Apartheidsystem des südafrikanischen Kolonialregimes und der Versklavung von Zwangsarbeitern durch die Faschisten ist erschreckend.

Die Reaktion versucht so, sämtliche von der Arbeiterbewegung erkämpften Mindeststandards einzureißen. Mit der Einführung praktisch gar nicht bezahlter Zwangsarbeit für Asylanten wird

ein neuer Standard für die Lohnsenkung gesetzt. Mit den Ausländerunterkünften wird jeder Wohnstandard eingerissen, mit der Möglichkeit, Ausländeransammlungen razzienmäßig zu überfallen, ein Maßstab für den offenen Terror gesetzt, der gegen die Arbeiterklasse „erlaubt“ ist. Die Beseitigung der Versicherungsansprüche der ausländischen Lohnabhängigen ist nur der Auftakt für entsprechende Angriffe auf die Versicherungsrechte der westdeutschen Lohnabhängigen.

Die Gewerkschaftsbewegung steht damit vor einer schweren Aufgabe. Immerhin hat sie eine Fülle von Forderungen gegen diese Ziele der Reaktion aufgestellt. So fordert der EGB u.a. das Verbot jeder zwangsweisen Rückführung der ausländischen Lohnabhängigen, die Aufhebung der Koppelung von Arbeitsplatz und Aufenthaltsberechtigung, gleiche Versicherungsansprüche für alle ausländischen Lohnabhängigen, berufliche Ausbildung und Sprachkurse für ausländische Lohnabhängige, die die Kapitalisten und Regierungen zahlen sollen. Die Gewerkschaften täten aber gut daran, diese Forderungen durch eine entscheidende um ergänzen, die etwa der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO seit Jahren erhebt: die Forderung nach sofortiger Einbürgerung aller ausländi-



... und Bergbau. 23000 der 100000 Bergleute in der BRD sind Ausländer, 87% von ihnen Türken

schen Lohnabhängigen. Nur so kann den Zielen der Reaktion, die die chauvinistischen Spaltung in „inländische“ und „ausländische“ Lohnabhängige beinhalten, ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden.

Quellenhinweis: M. Boni, Freizügigkeit und Integration, Frankfurt/Main und Bern 1976; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Internationale Lohngefälle, Bonn 1956; United Nations, Demographic Year Book 1977; Bundestagsprotokoll vom 4.2.82; Drucksachen 9/1154, 9/1288 vom 9.12.81 und 21.1.82

Arbeiten zu ziehen. Jeder Bund hat sich verpflichtet, einen Bericht über die von ihm erzielten Resultate bei der Weiterverfolgung der gemeinsam festgelegten Forderungen zu verfassen.

Man darf sich jedoch nicht verhehlen, daß der Erfolg bzw. das Scheitern dieses Experiments ein Gradmesser für die Fähigkeit der Gewerkschaftsbewegung ist, konkret und in koordinierter Form das Schicksal der Arbeitnehmer verbessernd mitzugestalten.“ (3)

Der DGB wird angesichts der bisher in der BRD getätigten Tarifabschlüsse nicht über Erfolge in der Durchsetzung der Ziele berichten können. Die Lohnabschlüsse, die bisher getätigt wurden in seinem Wirkungsbereich, sind eine große Belastung für die Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern.

Geht es den europäischen Gewerkschaftsbünden in den Lohnverhandlungen darum, weitere Abspaltung der Niedriglöhner zu verhindern, so haben sie sich in anderen Bereichen zum Ziel gesetzt, den besten erreichten Standard allgemein durchzusetzen bzw. diesen Standard insgesamt zu heben. In den Fragen der Sozialversicherungen z.B. besteht Einigkeit darüber, daß das je-

weils beste Niveau in allen Ländern erreicht werden soll und auf jeden Fall die Entrechtung der ausländischen Arbeiter in den einzelnen Ländern beseitigt werden muß. Intensiv tätig sind fast alle westeuropäischen Gewerkschaftsbünde, um eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen, und zwar sowohl der wöchentlichen Arbeitszeit wie eine Verlängerung des Jahresurlaubs und Senkung des Rentenalters. Die Bestrebungen der verschiedenen Regierungen und Kapitalistenverbände, die Teilzeitarbeit auszuweiten, weist der EGB entschieden zurück und verlangt, daß die Mitgliedsbünde insbesondere darauf achten sollen, daß bei Einführung neuer Produktionstechniken keine Vermehrung der Teilzeitarbeitsplätze und der Heimarbeit stattfindet.

Alle Gewerkschaftsbünde im EGB haben sich verpflichtet, der Spaltung der westeuropäischen Arbeiter in einheimische und „Wanderarbeiter“ entgegenzuwirken. Der Exekutivausschuß im EGB wandte sich in verschiedenen Stellungnahmen an die Behörden der EG und der EFTA, in denen er die Maßnahmen der EG und der verschiedenen Regierungen angreift, die aus-

ländischen Arbeiter zu völlig rechtlosen Arbeitskräften zu degradieren. Der EGB besteht auf der Freizügigkeit innerhalb Westeuropas für alle Lohnabhängigen und ihre Familien sowie auf politischen und gewerkschaftlichen Rechten für die ausländischen Arbeiter in dem Land, in dem sie gerade leben.

Alle dargestellten Forderungen des EGB sind Bestandteil des Programms zur „Förderung der Beschäftigung und des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs“. Zur Bekräftigung dieser Forderungen führte der EGB erstmalig im vergangenen Jahr drei internationale Kundgebungen zu den Europäischen Gipfelkonferenzen durch, an denen sich mehrere tausend Arbeiter und Angestellte beteiligten.

Die bisher erzielte Einigung der Gewerkschaftsbünde kann auf der Grundlage dieser Forderungen gekräftigt werden. Gefährliche Blößen geben sich die westeuropäischen Gewerkschaftsbünde, wenn sie sich für den Konkurrenzkampf der Kapitalistenklassen einspannen lassen und deren Ruf nach Steigerung des Waren- und Kapitalexports und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit durch Senkung der Pro-

Auszüge aus Aktionsprogramm und EntschlieÙung des EGB 79 – 82

Der Kongreß hält es für unbedingt notwendig, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum vorrangigen Ziel der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftspolitik im allgemeinen erklärt wird ...

Der EGB wird sich dafür einsetzen, daß die Bestimmungen, die den Anspruch auf Arbeitslosengeld festlegen, in ganz Europa nach oben harmonisiert werden.

Der Kongreß wird nun zu gewährleisten versuchen, daß in naher Zukunft eine Verkürzung der Arbeitszeit um 10% bei vollem Lohnausgleich erfolgt ... Die Verkürzung der Arbeitszeit darf weder mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen erkauft noch durch Arbeitsintensivierung vereitelt werden.

Grundsätzlich stellt sich der EGB gegen jeden Arbeitszeitplan, der dem täglichen Lebensrhythmus zuwiderläuft. Der EGB ist sich jedoch bewußt, daß es bei bestimmten Tätigkeiten nicht möglich ist, die Arbeitszeit auf einen Teil des Tages zu beschränken.

Um jedem Mißbrauch in diesem Bereich vorzubeugen, muß für jede Arbeit, die außerhalb eines normalen Zeitplans geleistet wird, eine Genehmigung eingeholt werden, nachdem der Antragsteller den Nachweis für

ihre Berechtigung erbracht hat und vorhergehende Beratungen oder Absprachen mit den Gewerkschaftsorganisationen stattgefunden haben.

Die Teilzeitarbeit kann vielleicht bestimmt einzelne Probleme lösen, aber ihre allgemeine Einführung ist auszuschließen ... Im übrigen darf die Arbeitslast für eine bestimmte Zeitdauer keineswegs höher sein als die eines Vollzeitarbeitnehmers.

Entlohnungssysteme:

Gleiche Entlohnung für Männer und Frauen bei gleicher und gleichwertiger Arbeit; ein einziges Statut für alle Arbeitnehmer, unabhängig von ihrer Qualifikation, sowohl in bezug auf Löhne als auch hinsichtlich sozialer Vergünstigungen (Beispiel: Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle); überall, wo es zu große Verzerrung gibt, Verringerung der Unterschiede bei der Lohnskala durch Anhebung der niedrigsten Löhne; Reduzierung der Lohnunterschiede zwischen Branchen und Regionen, wobei die niedrigsten Löhne anzuheben sind, und Aufwertung der manuellen Tätigkeit bei den Arbeitern wie bei den Angestellten durch eine raschere Anhebung der Niedriglöhne; Schutz der Arbeitnehmer gegen jede Abstufung in bezug auf Löhne und Qualifikation infolge des technischen oder organisatorischen Wandels, ins-



Der III. satzungsgemäÙe EGB-Kongreß in München beschloÙ das Aktionsprogramm

besondere durch eine Garantie der Einkommen für ältere Arbeitnehmer.

Ferner wird er sich dafür einsetzen, daß die Wanderarbeitnehmer nicht als erste, vor allem durch Entlassungen großen Umfangs, der Krise zum Opfer fallen und daß sie in bezug auf Rechte und Garantien mit den inländischen Arbeitnehmern gleichgestellt werden. Dies beinhaltet auch das Stimmrecht für politische Wahlen auf lokaler Ebene im Gastland nach 5 Jahren Wohnsitz.

Quellenhinweis: Aktionsprogramm, Allgemeine EntschlieÙung und EinzelentschlieÙungen 1979 – 1982, Brüssel 1979

duktionskosten unterstützen. Die Allgemeine Entschließung enthält auch solche Abschnitte, und die Ankündigung des Bundeskanzlers Schmidt, er wolle in Den Haag auf dem Kongreß sprechen, läßt befürchten, daß er eben solchen Forderungen zur Durchsetzung verhelfen will.

Neben der Entscheidung über die „Allgemeine Entschließung“ wird der Kongreß beraten die Grundsätze über die Neuaufnahme von Gewerkschaftsbünden. Über die Aufnahme neuer Bünde gibt es immer wieder Auseinandersetzungen im Exekutiv Ausschuß des EGB. Die Aufnahme der französischen CGT ist erneut mehrheitlich abgelehnt worden, weil die CGT die Mitgliedschaft im WGB aufrechterhält. Die Aufnahme des größten spanischen Gewerkschaftsbundes CCOO ist durch den DGB blockiert worden mit dem Hinweis, wenn die CCOO aufgenommen würden, ginge der DGB. Die UGT und die STV-ELA, die spanischen Mitgliedsbünde, hatten gegen die Aufnahme kein Veto eingelegt. Das Verhalten des DGB gegenüber der Aufnahme der beiden portugiesischen Gewerkschaften UGT und Intersindical zeugt nicht von dem Bestreben, die Einheit der Arbeiterklasse in Westeuropa zu stärken. Hier befürwortet er lediglich die Aufnahme der UGT und beteiligt sich damit daran, drei große und in ihren Ländern bedeutende Gewerkschaften vom EGB abzuspalten.

Über die Gründe, die den Exekutiv Ausschuß bewogen haben, den Aufnahmeantrag der DISK erneut zurückzustellen, haben wir keine Kenntnis. Der Kongreß hat die Möglichkeit, die Aufnahme zu verlangen, das wäre eine Lösung, die die Unterstützungsaktionen des EGB und verschiedener Gewerkschaftsbünde tatsächlich bekräftigt und weitere wirkungsvolle Unterstützung möglich macht.

Die EGB-Bünde sehen die Gefahr, die entsteht, wenn es der imperialistischen Bourgeoisie, z.B. der westdeutschen, gelingen sollte, die Abspaltung einzelner Gewerkschaftsbünde durchzusetzen: „Diese Errungenschaften aufgeben, hieße, die wirtschaftsregulierenden Kräfte der Vergangenheit wieder in ihre Rechte einzusetzen, d.h. Kräfte, die die Armut unter den Arbeitnehmern und die sie benachteiligenden Ungerechtigkeiten verewigt und den Frieden und die Sicherheit in der Welt bedroht haben.“ (4)

(1) Europäischer Gewerkschaftsbund, Satzung, beschlossen von der Gründungsversammlung Brüssel, 8. Februar 1973, abgeändert durch die Kongresse von Kopenhagen (Mai 1974) und von London (April 1976); (2) Anhang zum Tätigkeitsbericht 1979–1981 des EGB, hier: Tarifverhandlungen – Gemeinsame in den Tarifgesprächen in allen westeuropäischen Ländern zu verfechtende Forderungen, Brüssel 1982; (3) Tätigkeitsbericht 1979–1981, S. 68, Brüssel 1982; (4) Entwurf der Allgemeinen Entschließung für den Kongreß von Den Haag, Brüssel 1982; Weitere Quellenhinweis: W. Olle (Hrsg.), Einführung in die internationale Gewerkschaftspolitik, Bd. 1, Westberlin 1978.

Gegenseitige Unterstützung der europäischen Gewerkschaften

Als das italienische Reifen- und Kabelunternehmen Pirelli wegen zunehmender Arbeitsintensivierung durch drei italienische Chemiegewerkschaften bestreikt wird, versuchen die Pirelli-Kapitalisten, in Niederlassungen in Großbritannien, Belgien und der BRD Überstunden durchzusetzen. Nach Einschaltung der Internationalen Föderation von Chemie- und Facharbeiterverbänden beschließen die verschiedenen nationalen Gewerkschaften die Verweigerung der Überstunden.

Als britische Fordarbeiter für eine Angleichung ihrer Löhne an die Löhne der Chrysler-Arbeiter streiken, drohen die Fordkapitalisten mit Verlagerung der Produktion in andere europäische Staaten. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund und die Metallgewerkschaften in Belgien, den Niederlanden und der BRD verweigern daraufhin jegliche Zustimmung zu Mehrarbeit und lehnen alle Streikbrecheraufträge ab.

Bei einem Streik der Fordarbeiter in Genk/Belgien für die Angleichung der Löhne und Arbeitsbedingungen an die bei Ford in Köln versuchen die Kapitalisten, Streikbrecher als Aushilfskräfte zu schicken. Der Europäische Metallgewerkschaftsbund, die IG Metall und der Ford-Betriebsrat in Köln setzen eine Vereinbarung mit der Geschäftsleitung durch, daß keine Aushilfskräfte für die Dauer des Streiks geschickt werden dürfen.

Durch den Einsatz gemeinsamer Ausschüsse vor allem auf Konzernebene verbessern die europäischen Gewerkschaftsbünde diese Ansätze zu Koordination.

Gegen Entlassungen, Betriebs-schließungen und Kurzarbeit infolge von Rationalisierungsmaßnahmen bei Dunlop Pirelli rufen erstmals französische, englische und italienische Gewerkschaften gemeinsam zum Streik auf. Die Koordination erfolgt über den gesamteuropäischen Konzernausschuss. Nachdem über den EGB bekannt wird, daß der Streik von 15 000 britischen Michelin-Arbeitern für Lohnerrhöhung scheiterte, weil es Michelin gelang, in Frankreich und Italien Überstundenarbeit durchzusetzen, treffen sich die Vertrauensleute aus Frankreich, Italien und Großbritannien, und rufen eine Woche später zum gemeinsamen Streik auf, der erfolgreich beendet wird.

Nach zweiwöchiger Betriebsbesetzung gelingt es den Ford-Beschäftig-

ten in den Niederlanden, die Betriebsschließung für ein halbes Jahr aufzuschieben. Nach Koordination über den EGB-Ausschuß sorgen die IG Metall und die britische Metallge-



Kundgebung des EGB zur Unterstützung des Aktionsprogrammes in Luxemburg im Juni 1981

werkschaft CMB dafür, daß keinerlei Wagen oder Ersatzteile über die Grenze an die Ford-Einzelhändler geliefert werden.

Die Koordination der europäischen Gewerkschaften weiter zu verbessern, ist eines der Ziele, die sich der EGB in seinem Aktionsprogramm 79–82 gesetzt hat. Dazu soll vor allem, neben der verstärkten Einrichtung von gemeinsamen Ausschüssen, die Arbeit des 1978 gegründeten Europäischen Gewerkschaftsinstituts (EGI) dienen.

Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind vier Bereiche: Forschung, Informations- und Dokumentationsdienst, Unterstützung des EGB und der anerkannten europäischen Gewerkschaftsausschüsse bei der Vorbereitung von Stellungnahmen, Unterstützung der Mitgliedsorganisationen des EGB in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Vorrang vor allen anderen Tätigkeiten wurde dabei zunächst der Forschung eingeräumt. So wird jedes Jahr in Zusammenarbeit des EGI mit dem Ausschuss Tarifverhandlungen des EGB eine Untersuchung zu den Tarifverhandlungen in Westeuropa durchgeführt als Grundlage für eine Orientierung auf gemeinsame gewerkschaftliche Forderungen.

Quellenhinweis: Waschke, Supra-nationale Gewerkschaftspolitik; EGB-Tätigkeitsbericht 1979–1981

Streik gegen die Zumutbarkeitsregelung

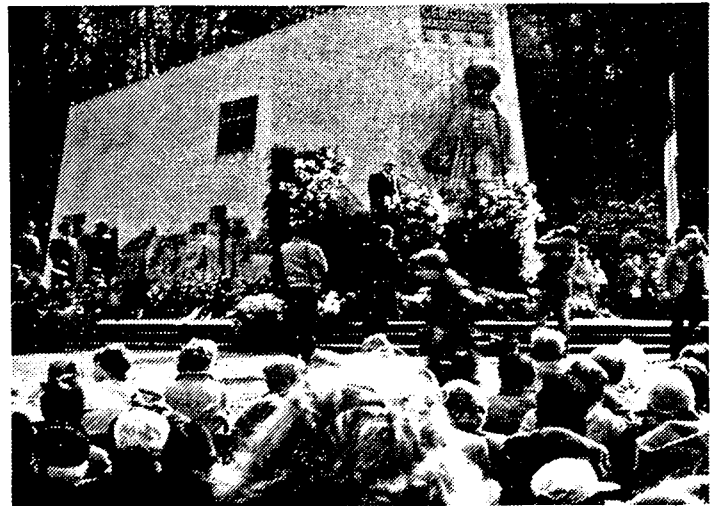
Mit halbstündigem Streik protestierten am 15.4. die 300 Arbeiter und Angestellten der Firma Garbe Lahmeyer in Aachen gegen die neue Zumutbarkeitsregelung, die am selben Tag in Kraft gesetzt worden war. Während des Streiks verlangten die Arbeiter vom DGB ein „massives Vorgehen der Gewerkschaften“ gegen alle Verschlechterungen der sozialen Sicherung der Beschäftigten. Sie verurteilten die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeitslosen. Diese Regelung zwingt z.B. Facharbeiter, nach 4 Monaten Arbeitslosigkeit angelernte Tätigkeiten anzunehmen, andernfalls wird das Arbeitslosengeld entzogen.

CDU für Öffnungszeiten bis 22 Uhr

Stuttgart. OB Rommel will sich mit Nachdruck für ein geändertes Ladenschlußrecht einsetzen, das an Verkehrsknotenpunkten verlängerte Öffnungszeiten zuläßt. Diese Stellungnahme wurde unmittelbar nach Bekanntwerden des Bundesverwaltungsgerichtsurteils abgegeben, mit dem die Ausnahmeregelung der Stadt Stuttgart, in der „Klett-

Dortmund. Etwa 2000 Antifaschisten versammelten sich am Karfreitag am Mahnmal in der Bittermark im Gedenken an über 240 ermordete Antifaschisten. Nur wenige Tage vor dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur, am Karfreitag 1945, wurden deutsche Antifaschisten und Zwangsdeportierte aus mehreren europäischen Ländern im Dortmunder Süden erschossen und in Bombentrichtern verscharrt. Der Hauptredner der alljährlichen Gedenkfeier, diesmal DGB-Vorsitzender Vetter, wies auch auf die wachsende Gefahr der Ausländerfeindlichkeit hin.

passage“ Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr zuzulassen, für nichtig erklärt wurde. Inzwischen hat der Stuttgarter CDU-Bundestagsabgeordnete Roland Sauer das Anliegen seines Parteifreundes bestärkt. Er fordert für die Großstädte Öffnungszeiten bis 22 Uhr. Jahrelang hatte die CDU gezögert, den FDP-Vorschlag nach „Liberalisierung“ des Ladenschlußgesetzes zu unterstützen. Für die HBV kündigte der Stuttgarter Bezirksleiter harten Widerstand an, wenn die Ausnahmeregelung als „Speerspitze“ gegen das Ladenschlußgesetz gerichtet werde.



Seeleute fordern Heuernachzahlung

Hamburg. Am 30.3.82 hat die ÖTV ihr „Schiffahrtspolitisches Programm“ der Presse bei einer Hafenrundfahrt in Hamburg vorgestellt. Den Reportern wurde auf der „Alexander Star“ gezeigt, unter welchen Bedingungen die ausländischen Seeleute auf Billigflaggenschiffen fahren. Zum ersten Mal haben ITF- und ÖTV-Funktionäre die doppelten Verträge, die auf solchen Schiffen unterschrieben werden müssen, gesehen. Die ITF- und ÖTV-Kollegen berieten sich mit der Mannschaft über eine Heuernachforderung gemäß dem ITF-Vertrag. Alle, vom Kapitän bis zum Koch, unterstützen die Nachzahlungsforderung, insgesamt 282.000 US-Dollar. Die ITF legte den Dampfer an die Leine. Seit 1.4. wird die „Alexander Star“ ständig von Seeleuten und Hafenarbeitern bewacht. Die Heuer für die Seeleute soll in Hamburg sein. Es fehlen noch die Garantiebriefe, die ihnen Straffreiheit in ihren Heimatländern zusichern.

Proteste bei Bosch zeigten Wirkung

Stuttgart. Die übertariflichen Zulagen sind von den Bosch-Kapitalisten für die Angestellten überhaupt nicht erhöht worden trotz Einwendungen des Betriebsrates, bei den Arbeitern allerdings war die Erhöhung der übertariflichen Zulage im Werk Stuttgart-Feuerbach sehr unterschiedlich. Teils wurden diese Zulagen um weniger als 2%, teils auch um 4,2% erhöht. Letztes Jahr hatten die Bosch-Kapitalisten noch die einheitliche Li-

nie verfolgt, bei den Facharbeitern die übertariflichen Zulagen nur um 2,5 statt 4,9% und bei den anderen Zeitlöhnern überhaupt nicht zu erhöhen. Dieses Vorgehen war auf geschlossenen Widerstand gestoßen: Im Mai letztes Jahr hatten Facharbeiter aus dem Lichtwerk, Pumpenwerk und dem Versuch die Arbeit niedergelegt, Protestversammlungen durchgeführt und die Werksleitung zur Rede gestellt. Damaliges Ergebnis: Bezahlung der ausgefallenen Arbeitszeit, Überprüfung der Forderung. Im November erfolgte dann die restliche Erhöhung als Erhöhung der tariflichen Zulage. Das diesjährige Vorgehen bei Bosch zeigt: Nicht erhöht wurde dort, wo der schwächste Widerstand erwartet wurde, bei den nach Tarif bezahlten Angestellten.

Bundeswehrverband: Protestversammlung

Anlaß der Protestversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes am 27.4. in Koblenz ist die vom Verteidigungsministerium befohlene Verminderung der Dienstzeit in vielen Einheiten um 4 Stunden mit dem Zweck, die Zahlung des Dienstausgleichs für Dienst über 56 Wochenstunden zu streichen. Betroffen sind 40.000. Zeit- und Berufssoldaten stehen 90 DM brutto, Wehrpflichtigen 54 DM netto zu. Der Verband fordert u.a. „gesetzliche Dienstzeitregelung auch für Soldaten!“ Eine Ausgleichsforderung hat seit längerem der Arbeitskreis Wehrpflichtige des DGB Hamburg gestellt: ein Tag Dienstbefreiung für jeden Tag Dienst am Wochenende, einen halben pro Nachtdienst.



Aus Solidarität mit dem kämpfenden palästinensischen Volk demonstrierten am 17.4. in Bonn ca. 7000 Menschen, die meisten Palästinenser. Mit tausend kleinen Palästinafahnen und in ihren Parolen brachten sie die Unterstützung der PLO zum Ausdruck. Aufgerufen hatten der Palästinensische Arbeiter- und Studentenverein sowie die Informationsstelle Palästina. In Flugblättern informierten sie über die Hintergründe und Ursachen der gegenwärtigen Aufstände im besetzten Palästina. Auf der Kundgebung sprach u.a. Thomas Reuther über die Lage und den Kampf der politischen Gefangenen in Israel. Er war dort selbst fünf Jahre inhaftiert. PLO-Vertreter Abdallah Frangi, der die Demonstration anführte, ging auch auf die jüngsten Ereignisse ein: Die Schießerei auf dem Tempelberg war nicht die Tat eines Wahnsinnigen, sondern ist gedeckt von Begins Politik. Seit Ostern befindet sich das palästinensische Volk erneut im Generalstreik. Truppen und bewaffnete Siedler schießen scharf. Mehrere Bewohner in den besetzten Gebieten sind von den Siedlern entführt worden.

Kann eine Erhöhung der Effektivlöhne über den Tarif hinaus erreicht werden?

München. Auf der ersten Betriebsversammlung in diesem Jahr im LKW-Werk der MAN AG berichtete der Betriebsrat über Auseinandersetzungen mit der Werksleitung um die Einhaltung tarifvertraglicher Bestimmungen. So wurden in einigen Fällen Zeitaufnahmen ohne Benachrichtigung des Betriebsrats durchgeführt und danach durch die Arbeitsvorbereitung ohne Zustimmung des Betriebsrats Vorgabezeiten gekürzt. Weiter wurde berichtet, daß der betriebliche Lohngruppenkatalog, der die Eingruppierungen für verschiedene Arbeitsplätze regelt, nicht immer eingehalten wird.

Einige Zahlen sind nützlich, um das schärfere Vorgehen der Geschäftsleitung bei den Löhnen und Gehältern einschätzen zu können. 1981 hat sich im Unternehmensbereich Nutzfahrzeugbau – das sind die Werke München, Penzberg und Salzgitter – der Durchschnittslohn/-gehalt (einschließlich Urlaubs- und Weihnachtsgeld) auf 2896 DM pro Beschäftigtem und Monat erhöht. Das sind gegenüber 1980 mit 2731 DM rund sechs Prozent mehr, also lag die Erhöhung des Effektivlohns/-gehalts für den einzelnen Beschäftigten im Durchschnitt erheblich über der Tarifierhöhung von 4,9 Prozent. Die Gesamtlohn- und -gehaltssumme, also die Summe, die die MAN AG zum Ankauf aller Beschäftigten anlegen mußte, hat sich aber nur um etwas über 3 Prozent erhöht von 526 Mio. DM auf 542,1 Mio. DM.

Es haben nämlich gleichzeitig erhebliche Umschichtungen in der Belegschaft stattgefunden. Bis Oktober 1980 hat die Anzahl der Beschäftigten im Unternehmensbereich Nutzfahrzeugbau auf 15099 zugenommen, seitdem ist sie wieder gesunken auf 14801. Die Reduzierung der Beschäftigtenzahl erfolgte durch Einstellungsstopps vor allem bei den Arbeitern, und zwar in erster Linie bei den angelernten Arbeitern. Das ist aber nicht der einzige Grund, warum die Durchschnittslöhne um sechs Prozent höher lagen. Es fanden in größerem Umfang Versetzungen statt. Z.B. sind im Werk München, wo die Einzelteilschweißerei von rund 200 Arbeitern auf etwa 50 abgebaut wurde, viele Arbeiter an die Montagebänder versetzt worden, wo der Akkordsatz um fast zwei Prozentpunkte höher liegt. Außerdem sind in vielen Bereichen die Akkordsätze erhöht worden, wenn auch oft erst nach

längeren Auseinandersetzungen bis hin zu Arbeitsniederlegungen.

Die Geschäftsleitung hat es also erreicht, mit einer um drei Prozent höheren Lohn- und Gehaltssumme eine um zehn Prozent höhere Stückzahl herauszupressen und gleichzeitig bestimmten Teilen der Belegschaft eine über der tariflichen Erhöhung liegende Steigerung des Effektiv Einkommens zu zahlen. Die Auseinandersetzung darum, wem diese Erhöhung zugute kommt, ob sie ausschließlich zum Schmieren von bestbezahlten Angestellten verwendet wird, konnte nur zum Teil für die Belegschaft entschieden werden.

Jetzt nach dem Tarifabschluß steht erneut diese Auseinandersetzung an. Es ist zu erwarten, daß die Steigerung der Gesamtlohnsumme für die MAN AG unterhalb der Erhöhung des Tarifs liegt, denn weiterhin gibt es Einstellungsstopp sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten. Die Umwälzungen der Produktionsanlagen sind ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Im Sommer soll die neue Fahrerhauslackiererei in Betrieb gehen; die Querträgerschweißerei soll weitgehend auf Schweißroboter umgestellt werden; im Lagerbereich ist der Neubau eines Zentralersatzteillagers sowie eines Kommissionierungslagers vorgesehen.

Von Seiten des Betriebsrats gibt es Forderungen, mit denen sich die Auseinandersetzungen durchaus erfolgreich führen ließen. So wird verlangt, daß für größere Teile der Zeitlöhner, nämlich Kontrolleure, Magaziner und Transportarbeiter, Prämienlohn eingeführt wird. Die Prämie soll nach den Akkordsätzen bestimmt werden aus



Vor allem beim Schweißen und Lackieren werden vermehrt „Handling-Roboter“ eingesetzt. Transport und Ablage von Werkstücken bzw. Steuerung des Werkzeugs erfolgen elektronisch.

denjenigen Abteilungen, für die die Zeitlöhner zuarbeiten. Die Werksleitung weigert sich bislang allerdings, über diese Forderungen zu verhandeln, denn dadurch würde der Spielraum für willkürliche Spaltungen bei der Leistungsbeurteilung eingeschränkt. Ebenfalls steht die Forderung nach Prämienlohn statt Akkord bei den Arbeitern an CNC-Maschinen (s. Politische Berichte 6/82).

Ein gewisser Durchbruch zur Einschränkung der ständigen Stückzahlsteigerungen ist mit der Betriebsvereinbarung zur Stückzahlbegrenzung auf 45 LKW täglich während der Haupturlaubszeit gelungen (volles Tagesprogramm 75 LKWs). Eine Vereinbarung zur Begrenzung der Arbeitsintensität bei den Angestellten steht mit der Betriebsvereinbarung zur Bildschirmarbeit noch aus. Die Geschäftsleitung lehnt vor allem bezahlte stündliche Pausen und Höhergruppierungen ab.

Problematisch ist allerdings, daß ein Teil der Betriebsräte die Auffassung äußert, daß sich diese Forderungen am besten durchsetzen ließen, wenn die MAN AG ihre Position auf dem Nutzfahrzeugmarkt weiter stärken könnte. So wurde von einem Betriebsrat beklagt, daß die MAN AG einen Folgeauftrag über 3000 LKWs für den Irak an die rumänische Lizenzfirma von MAN verloren hat. Aber zeigen die Erfahrungen aus dem letzten Jahr nicht, daß die scharfe Konkurrenzsituation die MAN AG selbst für kleinere Arbeitsniederlegungen recht empfindlich macht?

DruPa-Jugend Tarifvertrag für Buchbinderauszubildende!

Hannover. Seit Jahren weigert sich die Buchbinderinnung, für die Auszubildenden im Handwerk Tarifverträge abzuschließen. Die DruPa-Jugend hat nach der letztjährigen, gescheiterten Verhandlung beschlossen, dort nachzusetzen. In Absprache mit dem Hauptvorstand wurde ein Fragebogen erstellt, den die Berufsschulklassen ausfüllten. Von 19 Lehrlingen im Raum Hannover beteiligten sich 18:

- Die durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen betragen im ersten Jahr 360 DM, im zweiten 390 DM, im dritten 425 DM (Druckindustrie: 501/601/771 DM).
- „Weihnachtsgeld“ durchschnittlich 150 DM, sechs erhalten Urlaubsgeld, durchschnittlich 100 DM.
- Jahresurlaub von durchschnittlich 20,5 Tagen bei den 14 Lehrlingen über 18 Jahren.

– „Ausbildung“: einer hat einen Ausbildungsplan, alle arbeiten in der normalen Produktion mit, für Aufräumarbeiten sind die Lehrlinge zuständig, zehn Lehrlinge müssen ihre Ausbildungsarbeiten in der Freizeit machen. – Zehn Lehrlinge würden den Beruf nicht noch einmal ergreifen.

Diese Ergebnisse waren noch nicht ausgewertet, als die Meister schon Amok liefen. Als Informant diente der „Ausbildungswart“ Perschau (Lieferant für Buchbinderbedarf!), der inzwischen von seiner Funktion entoben werden mußte. In allen Betrieben folgten Drohungen und Schikanen, u.a. bekamen zwei Lehrlinge Abmahnungen (Verrat von Betriebsgeheimnissen), einer mußte unterschreiben, nicht zu behaupten „nur Bilderrahmen zusammengekloppt“ zu haben, allen wurde mit Kürzung des Urlaubs auf 18 Werktaggedroht. Ein Berufsschullehrer mußte nach Anfrage der Innung eine dienstliche Erklärung an den Schul-

leiter zu der Fragebogenaktion abgeben.

Die Jugendgruppe machte die Ergebnisse auf einem Flugblatt bekannt und forderte Tarifverträge und Verbesserungen der Ausbildung. Zwei Lehrlinge organisierten sich in der IG DruPa, die Mehrheit ist aber nicht drin. Auf Druck der Lehrlinge boten sich Innungs- und Kammervereine (FDP-Bürgermeister Fitjer) als Vermittler zu den Meistern an. Jeder sollte persönlich seine Klagen einreichen. Bei einem Gespräch zwischen Innung und Handwerkskammer einerseits und Handwerksvertretern und DruPa andererseits mußten schlechte Ausbildungsbedingungen eingestanden werden; man konnte sich jedoch nicht gegen die Meister durchsetzen. Für Tarifverträge erklärten sie sich für nicht zuständig. Die IG DruPa verlangt Verbesserung der Ausbildung bis Mitte April, sonst werden die Verhältnisse in örtlicher Presse und NDR angeprangert.

Atomstrom Arbeitsplätze sichere, obwohl er selber wußte, daß die Industrie mit Hilfe des Atomstroms Arbeitsplätze wegrationalisieren will.

Der zweite hat heute noch, nach Harrisburg, die Stirn, den Bau eines Atomkraftwerkes zu vergleichen mit dem Bau eines schwäbischen Einfamilienhauses, jetzt droht er uns, in Südbaden als Eroberer einzumarschieren ...

6. Die Regierung in Stuttgart behauptet, Südbaden sei noch unbelastet von Atomkraftwerken. Sie ist also offenkundig blind. Denn unser Lebensraum hört nicht an den Landesgrenzen auf. Wir leben seit fünf Jahren im Schatten von Fessenheim. Kaiseraugst bedroht uns genauso wie Wyhl. Deutsche, schweizerische und französische Betreiber machen überall in unserer Region nationalistische Propaganda, um dann ein AKW hinter das andere an den Oberrhein zu setzen. Eine Regierung, die unsere regionalen Interessen für dieses nationalistische Wettrennen opfert, ist nicht mehr kompetent für unsere südbadische Heimat.

Wir beharren auf der Forderung, daß der Gefahrenherd in Fessenheim stillgelegt wird. Und wir, also Badener und Elsässer gemeinsam, würden selbstverständlich ein Atomkraftwerk in Marckolsheim verhindern, auch wenn uns dann die Stuttgarter Regierung wieder im Stich läßt wie am 20. September 1974, als wir den Bauplatz für das Bleiwerk besetzen mußten.

7. Sollte die Regierung den Bau des Atomkraftwerkes in Wyhl mit Gewalt erzwingen wollen, sollte sie also den Landfrieden am Kaiserstuhl brechen, betrachten wir die einmarschierenden Truppen als Besatzungsarmee.“

Ministerpräsident Späth hat schon angekündigt, daß die Landesregierung mit dem Baubeginn nicht auf das Revisionsurteil warten werde. Es dürften

Wyhl-Urteil

CDU-Landesregierung will KKW-Bau beginnen

Freiburg. Nachdem am 31. März das Oberverwaltungsgericht Baden-Württemberg in Mannheim mit seinem Urteil im Berufungsverfahren den Bau des KKW Wyhl genehmigt hatte, demonstrierten in verschiedenen Orten mehrere Tausend gegen dieses Urteil. Am 4. April nahmen ca. 30000 Menschen an einer Kundgebung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen vor dem Bauplatz in Wyhl teil, auf der das Ziel, den Bau des KKW zu verhindern, bekräftigt wurde.

In seinem Urteil hatte das Mannheimer Verwaltungsgericht die Bauauflagen weiter reduziert. Der in der ersten Instanz verlangte Berstschutz für den Reaktorkern wird nicht mehr verlangt. Die offensichtlichen Verfahrensfehler waren dem Gericht keine Rüge wert. Im Gegenteil, die Teilnahme eines Richters an einem Seminar von KKW-Hersteller-Unternehmen wurde begrüßt als Bildungsmaßnahme. Gutachten, die Späth in der „Offenburger Vereinbarung“ noch zugestanden hatte (z.B. Gesamtmeteorologisches Gutachten), holte das Gericht nicht mehr ein. Weiter wurde die Revision nur für die Einzelkläger zugelassen, nicht für die Gemeinden.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben eine gemeinsame Erklärung gegen das Urteil und den geplanten Bau verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„4. ... Dieser Prozeß hat nicht der Wahrheitsfindung gedient, sondern

den Interessen der Atomindustrie. Wir haben versucht, auch vor Gericht unser Grundrecht auf Leben und Gesundheit einzuklagen: In Mannheim hat man unsere Klage vom Tisch gewischt.

5. Nicht wir haben die Amtsbefugnis der Regierung in Frage gestellt, sondern die Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg.

Der erste hat sich dem Gelächter preisgegeben, als er für 1980 die große Dunkelheit prophezeite; er hat noch manches prophezeit, so z.B. auch, daß



zwei Gründe sein, die die CDU-Landesregierung jetzt zur Eile treiben.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie verlangt dringend nach Verwirklichung des Energieprogramms, wovon der KKW-Bau ein Teil ist, als Voraussetzung für ihre imperialistische Expansion. In der Ende letzten Jahres publizierten 3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung, der drei Gutachten energiewirtschaftlicher Institute zugrunde liegen, wird das Ziel eines „international wettbewerbsfähigen Strompreinsniveaus“ hervorgehoben. In diesem Sinne hat auch der Vorsitzende der Revisionsinstanz beim Bundesverwaltungsgericht zur Beschleunigung des KKW-Baus den Regierungen empfohlen, die Gerichte stärker durch Rechtsverordnungen zu binden.

Kurz nach dem Wuhl-Urteil hat die Landesregierung weiter bekannt gegeben, daß sie in nächster Zeit den Uranabbau in Menzenschwand im Schwarzwald konzessionieren werde.

Gelingt es aber Späth, sich in Wuhl durchzusetzen und damit wesentliche Ziele der Reaktion zu erreichen, schlägt das positiv für die erstrebte Regierungsübernahme in Bonn zu Buch.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 9/983; 3. Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Disziplinarverfahren Remmers macht Nazi wieder zum Schulleiter

Die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Braunschweig hat entschieden, daß der seit Ende 1978 vom Dienst suspendierte Oberstudiendirektor des Grottefend-Gymnasiums in Hannoversch-Münden, Karl Heinz Kausch, nicht erkennbar gegen die „Freiheitlich-demokratische Grundordnung“ verstoßen habe, sondern sich lediglich einen Verstoß gegen das Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot für Beamte geleistet habe. Deshalb sei er auch nicht aus dem Amt zu entfernen, sondern lediglich mit einer zehnprozentigen Gehaltskürzung auf die Dauer eines Jahres zu „bestrafen“.

Gleich drei Tage nach der mündlichen Urteilsverkündung setzte Kultusminister Remmers Kausch wieder als Schulleiter an derselben Schule ein!

Kausch ist Mitarbeiter des „Freiwilligen“, der Verbandszeitung der ehemaligen Waffen-SS. Er schrieb das Vorwort für ein Buch, in dem Hitler als „Führer“ und „Großer Feldherr“ verherrlicht wird. Lehrer verteilten Broschüren wie „Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung“ und „Kleiner Abriß der Rassenkunde“. Eine faschistische Pfadfinder-

gruppe wurde aufgebaut, zwei Mitglieder landeten bei der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Schulungen, insbesondere „Deutschlandkunde“ über die Ostgebiete, wurden durchgeführt. Eine Ausstellung über antifaschistischen Widerstand in Niedersachsen wurde von Kausch verhindert.

Zu staatlichen Stellen und zur CDU hatte und hat Kausch die besten Beziehungen. Erst viereinhalb Monate nach



Kenntnis des Vorgangs und gegen den Widerstand der CDU suspendierte Kultusminister Remmers Kausch und zwei andere Lehrer. Heftige Proteste von Schülern, Eltern, DGB, SPD, DKP und KBW zwangen ihn dazu.

Kauschs Aktivitäten passen durchaus in die gegenwärtigen Pläne der westdeutschen Monopolbourgeoisie: Die Revidierung des „Hitler-Bildes“ und die Pflege des „Deutschtums“ im Osten dienen der Mobilmachung für einen neuen Waffengang, die Pflege der „Rassenkunde“ läßt sich bequem auf Türken konzentrieren. So eint ihn z.B. mit dem Göttinger CDU-MdB H. H. Klein („die rote Basis in Münden treibt Rufmord“) die gemeinsame Mitgliedschaft im „Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (VDA), dessen zweiter Landesvorsitzender Kausch ist. Originalton VDA: „Für die Deutschen ist die Geschichte nicht zu Ende. Im Osten reifen große Aufgaben einer Gestaltung zu! Jalta und Potsdam bedeuten keine Ewigkeit.“

Heftige Proteste hat es gegen das Urteil und die Entscheidung Remmers seitens des DGB, DKP, SPD usw. gegeben. Remmers zeigt sich aber unbeeindruckt. Die sofortige Entfernung Kauschs aus dem Schuldienst muß zur Wiedereröffnung der Schule nach den Osterferien durchgesetzt werden!

Quellen: Rechts um zum Abitur, Steidl-Verlag, Göttingen 1979, 10 DM; Flugblätter des Arbeitskreises Antifaschismus Göttingen.

HBV Kiel Lebhafteste Debatte über die Aufgaben

In dieser Hinsicht aufschlußreich war die ord. Delegiertenkonferenz der Ortsverwaltung Kiel am 27.3. Nach dem Rechenschaftsbericht des alten Vorstandes wuchs der Ortsverband von 2847 (31.12.79) zwar um 7,7% auf 2950 Mitglieder (31.12.81), begannen acht Fachgruppen (FG) in Einzel-, Groß-, Buchhandel, bei Banken, Versicherungen, Ersatzkassen, Wohnungswirtschaft und Wirtschaftsdiensten zunächst mit schwungvoller Arbeit. Andererseits lag der Mitgliederzuwachs unter dem HBV-Durchschnitt in Nordwest von 12,1%, hatte jede FG während der überlangen „Sommerpause“ von Juni 81 bis Januar 82 während der „Haushaltsoperation 82“ und dem Beginn der Tarifikämpfe 82 schwer stagniert. Umso hartnäckiger das Bemühen, mit Anträgen die weitere Arbeit festzulegen.

Angenommen wurde der Antrag der FG Großhandel, insbesondere die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei zu unterstützen. Im DGB-Maiausschuß setzte die HBV wenig später durch, daß neben dem künftigen DGB-Vorsitzenden Breit ein türkischer Kollege am 1. Mai als Hauptredner spricht. Angenommen wurden die Anträge aus dem Großhandel, das Beschäftigungsprogramm der Regierung abzulehnen und neuen Haushaltsoperationen mit Demonstrationen zu begegnen. Nach Kampfabstimmung angenommen wurde ferner ein Antrag der FG Wirtschaftsdienste als Arbeitsauftrag an den neuen Ortsvorstand, eine Veranstaltung mit Parteien, „Neue Heimat“ und anderen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften über Miethöhe, Standard und Neubau von Sozialwohnungen auf innerstädtischen Grundstücken durchzuführen. Die Delegiertenkonferenz sprach sich dabei gegen weitere Flächensanierungen am Kieler Hauptbahnhof und gegen Räumung dreier besetzter Häuser dort aus. Angenommen wurden Anträge der FG Wirtschaftsdienste für eine Veranstaltung nach dem 1. Mai über den Einsatz öffentlicher Mittel im Energiesektor, Wohnungsbau, Gesundheits- und Bildungswesen entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm. 18 Unterschriften von 53 Delegierten fanden Initiativanträge der FG Banken auf Tarifseminare vor der Tarifrunde 83 unter Einbeziehung der Sozial- und Steuerabzüge. Ihre Behandlung mußte jedoch wegen der Kürze der Zeit vertagt werden.

Blühendes Geschäft mit Leih-Schwestern

München. Leiharbeitsfirmen haben die Marktlücke Krankenhaus erfaßt. Im Augenblick läuft das Geschäft vorwiegend mit importierten englischen Krankenschwestern, die mit minimalen Sprachkenntnissen auf unbesetzte Planstellen gesetzt werden. In München wurden 30 englische Leasing-Schwestern in verschiedenen Krankenhäusern „zur Probe“ eingesetzt. Inzwischen ist bekannt geworden, daß im Klinikum Großhadern auch deutsche Leihschwwestern auf Stationen mit chronischem Personalmangel fortlaufend eingesetzt werden.

Nach einer Untersuchung der ÖTV haben Leiharbeitnehmer in der Regel schlechtere, oft überhaupt nicht tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsbedingungen. 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld und betriebliche Sozialleistungen werden häufig nicht gewährt, alle Zulagen sind freiwillig. Das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung während der Arbeitszeit wird dem Leiharbeitnehmer genommen. Durch den dreimonatigen Wechsel muß das Pflegepersonal auf den Stationen ständig neue Leute einarbeiten, die ohnehin schon hohe Zahl der nicht in vollem Umfang verantwortlichen Pflegekräfte nimmt zu.

Letztendlich machen die Leihfirmen enorme Profite. So verlangt z.B. die Firma ADIA für eine Krankenschwester zwischen 28,50 und 30,50 DM pro Stunde. Bei 152 Stunden im Monat à 30 DM zuzüglich 13% Mehrwertsteuer muß das Krankenhaus 5152,80 DM an die Leihfirma zahlen. Zum Vergleich der höchstmögliche Bruttoverdienst einer Krankenschwester mit KR 12, Stufe 10 (Pflegedienstleitung) beträgt mit Ortszuschlag (ledig), Stellenzulage und Sparzulage 4138,43 DM.

Die ÖTV fordert das gesetzliche Verbot der Leiharbeit im Krankenhaus. Auch Berufsverbände wie die Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaft Leitender Krankenpflegepersonen rufen zum Widerstand gegen den zunehmenden Einsatz von Leihpersonal auf: „Das Überlassungsverfahren birgt die Gefahr in sich, (daß) durch ... kurzfristige Einsätze der teilweise katastrophale Personalmangel verschleiert wird, was zur Folge hat, daß weder das Pflegepersonal eine spürbare Entlastung erfährt, noch der Patient die nötige Zuwendung erhält.“

Gesamthafenbetrieb Hamburg

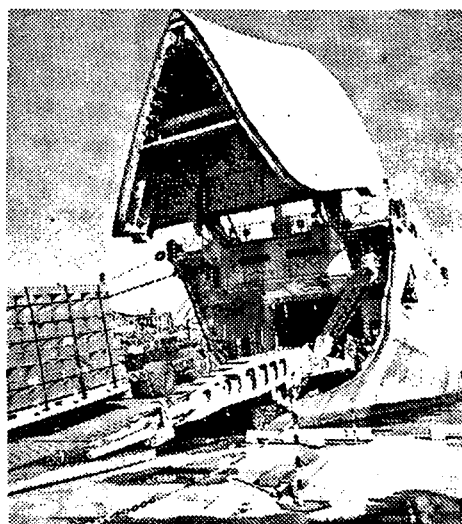
Voller Lohnausgleich für Kurzarbeit kann durchgesetzt werden

Hamburg. Auf der Betriebsversammlung im März wurde vom Vertreter der Geschäftsleitung die Absicht bekanntgegeben, für den Gesamthafenbetrieb (GHB) ab 1.4.82 Kurzarbeit anzumelden. Als Grund wurde „Beschäftigungseinbruch im Hamburger Hafen“ angegeben.

Der GHB hat über 1350 Hafenarbeiter. Für fast alle im Hafen anfallenden Arbeiten sind ausgebildete Arbeiter vorhanden, die an die jeweiligen Hafeneinzelbetriebe vermittelt werden, je nach Arbeitsanfall. Kann der GHB nicht vermitteln, so ist durch Tarif der Lohn der 1. Schicht der jeweiligen Berufsgruppe garantiert. Dieses Garantielohnabkommen wurde am 1.1.1972 von der ÖTV durchgesetzt. Es beschränkte das „Abfeiern von Schich-

Daß die Kapitalisten den Garantielohn zahlen, ist das Eingeständnis, daß sie auf das Bereithalten einer so großen Anzahl von Hafenarbeitern angewiesen sind, um den Umschlag auch in Spitzenzeiten abzusichern. Daß sie den gleichen Effekt nicht durch Überstundenschinderei auf der einen Seite und Abfeiern auf der anderen Seite erzielen können, liegt an der Kampfkraft der Hafenarbeiter und den Bedingungen für den Kampf im Hafen.

Dem Antrag auf Kurzarbeit beim GHB hat der Betriebsrat zugestimmt. Er hat dies getan, weil die Geschäftsleitung bereit war, durch eine Betriebsvereinbarung für alle Kollegen vollen Lohnausgleich zu sichern, und weil der Vorstand des GHB für alle Hafeneinzelbetriebe einen Einstellungsstopp



Durch Rationalisierung wird der Arbeitskräftebedarf im Hafen geringer trotz steigender Zahlen der umgeschlagenen Tonnage. Links: Laden von Paletten. Rechts: Ein Trailer wird mit bis zu 40 t Ladung aufs Schiff gezogen.

ten von einer Lohnwoche zur nächsten“ (Jahresbericht GHB 1967) auf die Betriebe, in denen Betriebsräte einer Aushöhlung des Garantielohnabkommens zugestimmt haben.

Beim GHB jedenfalls darf keine Doppelschicht auf den Garantielohn angerechnet werden. Wer zur Vermittlung in der Einteilungsstelle erscheint und nicht vermittelt werden kann, erhält den Garantielohn.

Der Garantielohn wird aus einem Fond bezahlt, in den alle Hafenkapitalisten entsprechend ihrer umgeschlagenen Tonnage einzahlen müssen. Sollte das eingezahlte Geld nicht ausreichen, so kann der GHB sich das Geld durch Umlage von den Hafeneinzelbetrieben holen.

verfügte und diese aufforderte, die Doppelschichten einzuschränken.

Diese Vereinbarung wurde bei der Kurzarbeit 1975 bereits durchgesetzt. Jetzt wurde von seiten des Betriebsrates daran keinerlei Abstriche geduldet. Der Vertreter der Geschäftsleitung hatte dies auf der Betriebsversammlung gleich gar nicht versucht, etwa unter dem Hinweis auf Sicherheit der Arbeitsplätze etc.

Das liegt aber sicher auch an der Besonderheit des Gesamthafenbetriebs. Der GHB wurde geschaffen auf der Grundlage eines am 3.8.1950 vom Bundestag beschlossenen Gesetzes: *Gesetz über die Schaffung eines besonderen Arbeitgebers für Hafenarbeiter (Gesamthafenbetrieb):*

§ 1: (1) Durch schriftliche Vereinbarung von zuständigen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften oder von einzelnen Arbeitgebern und Gewerkschaften kann von den Betrieben eines Hafens, in denen Hafenarbeit geleistet wird, zur Schaffung stetiger Arbeitsverhältnisse für Hafenarbeiter ein besonderer Arbeitgeber (Gesamthafenbetrieb) gebildet werden. *Eine erwerbswirtschaftliche Tätigkeit des Gesamthafenbetriebs ist ausgeschlossen.*

(2) Der Gesamthafenbetrieb umfaßt auch Betriebe, deren Unternehmer weder Mitglied des Arbeitgeberverbandes sind noch selbst die Vereinbarung des Absatzes 1 abgeschlossen haben ...

§ 2: (1) Der Gesamthafenbetrieb bestimmt nach Maßgabe der geltenden Gesetze seine Rechtsform, seine Aufgaben, seine Organe und seine Geschäftsführung, insbesondere auch die Grundsätze für die Erhebung, Verwaltung und Verwendung von Beiträgen und Umlagen; er hat dabei den Begriff der Hafenarbeit im Sinne des § 1 Abs. 1 bindend festzusetzen ...

Die nach § 1 nötige Vereinbarung ist zustandegekommen. Der Vorstand des GHB setzt sich zusammen aus drei Vertretern der Gewerkschaft ÖTV, drei Vertretern des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg und einem Vorsitzenden der Behörde für Wirtschaft und Verkehr.

Auf der Grundlage der Satzung des GHB, die vom Vorstand beschlossen wird, sind die oben berichteten Eingriffe in die Rechte des einzelnen Hafenskapitalisten möglich: Verfügung des Einstellungsstopps und Einschränkung der Mehrarbeit. In § 11 der Satzung des GHB heißt es: „Der Vorstand kann im Interesse der Beschäftigung der Gesamthafenarbeiter das Ausmaß der Mehrarbeit in den Hafeneinzelbetrieben begrenzen.“

Die Gesamthafenarbeiter erhalten nur Tariflohn. Es besteht für die einzelnen Hafenskapitalisten eine schlechte Möglichkeit, die Gesamthafenarbeiter zu Arbeitsleistungen zu zwingen, die nicht tariflich vorgeschrieben sind. Die Existenz des GHB ist von daher für das Einhalten des Tarifs, der Unfallverhütungsvorschriften, für den Kampf gegen Antreiberei sowie zur strikten Einhaltung des Garantielohnabkommens wichtig.

Einzelne Hafenskapitalisten haben schon versucht, den GHB aufzulösen oder zumindest auszutreten. Durch § 1 (2) ist jedoch Zwangsmitgliedschaft der Hafeneinzelbetriebe gesetzlich vorgesehen, und der Vorstand legt bindend fest, was unter den Begriff „Hafenarbeit“ fällt. So wird der freien Entfaltung der Konkurrenz im Hafen Grenzen gesetzt und es ist nicht möglich, daß an einem Punkt Löhne und Arbeitsbedingungen unter Tarif gedrückt werden können.

Stadt Essen

Gedenken an Ph. Müller soll verhindert werden

Essen. Am 11. Mai dieses Jahres jährt sich der 30. Todestag des Drehers Philipp Müller. 1952 wurde der 21jährige, Mitglied der FDJ und nach deren Verbot 1951 der KPD, bei der „Friedenskarawane“ in Essen von Polizeitruppen erschossen. Auf die von der „Kämpfenden Jugend“, einer Zeitschrift des Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend (BDP/BDJ), geplante Durchführung einer Gedenkveranstaltung am 11. Mai hat die heutige SPD-Stadtverwaltung in der Tradition der CDU-Stadtverwaltungen der 50er Jahre geantwortet: Sie verweigert die Freigabe des vom BDP/BDJ bereits angemieteten und bezahlten städtischen Saalbaus.

Adenauers Wiederaufrüstungspolitik war 1952 in eine entscheidende Phase getreten. Entsprechend wurde die „Friedenskarawane“ am 11. Mai kurz-



Trauerfeier für Ph. Müller, 1952

fristig von der Stadt verboten. Essen war praktisch in polizeilichen Belagerungszustand versetzt. Dennoch versuchten rund 30000 Jugendliche aus der ganzen BRD, eine Demonstration zu formieren. Immer wieder erschollen Sprechchöre gegen den von Adenauer geplanten Deutschlandvertrag und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Polizeioffiziere erteilten schließlich Schießbefehl. Nach Augenzeugenberichten wurde Philipp Müller ohne jeden konkreten Grund aus 50 bis 60 Meter Entfernung von hinten von einer Polizeikugel getroffen, als er vor Polizeiketten flüchtete. Verletzt wurden der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze und der parteilose Gewerkschafter Albert Bretthauer.

Bei der geplanten Gedenkveranstaltung soll erstmals in der BRD das Chorwerk „Der Herrburger Bericht“



Ostermarschkundgebung, Essen 1982

von Bertold Brecht und Paul Dessau aufgeführt werden, ein Stück, das vom Kampf der FDJ handelt. Die Begründung der Stadt Essen für das Verbot der Veranstaltung im Saalbau: Der BDP/BDJ sei „eine verfassungsfeindliche Organisation, deren politisches Ziel die Wiedezulassung der KPD ist“ (Städt. Beigeordneter Friedrich), im übrigen sei Philipp Müller ein gewalttätiger Demonstrant gewesen, der lediglich in Notwehr von der Polizei erschossen wurde. Ist diese Begründung schon in ihrer Willkür eine Anmaßung – ausdrücklich nennt die Stadt noch nicht einmal Quellen –, so wird nur zu deutlich, worum es geht: Die Tradition des Kampfes gegen die Aufrüstung der BRD und gegen den NATO-Eintritt soll unterdrückt werden, es könnte sonst heute zu gefährlich werden.

Mehrere Organisationen und zahlreiche Einzelpersonen haben gegen das Verbot des Saalbaus protestiert. Der BDP/BDJ hat rechtliche Schritte angekündigt, und die „Kämpfende Jugend“ hat erklärt: Die Veranstaltung findet auf jeden Fall statt, und zwar am 11. Mai in Essen.

Hauskrankenpflege

ÖTV kritisiert Konzept des CDU-Senats

Westberlin. 30 Sozialstationen will der Westberliner Senat noch in diesem Jahr einrichten. Der Beschluß des Abgeordnetenhauses „über häusliche Krankenpflege im Rahmen sozialer Dienste (Sozialstationen)“ ist seit Monatsmitte in Kraft. In der Begründung heißt es: „Durch den Ausbau der häuslichen Krankenpflege soll die krankengpflegerische Betreuung von chronisch Kranken sichergestellt werden. Zugleich trägt sie dazu bei, den teuren stationären Sektor finanziell zu entlasten.“ Die Hauskrankenpflege soll al-

so Ersatz sein für die rund 1000 Betten- und fast 2000 Stellenstreichungen in den städtischen Krankenhäusern.

Die Sozialstationen sollen neben der Hauspflege noch erledigen: hauswirtschaftliche Dienste, stationäre und fahrbare Mittagstische, Familienpflege, Hilfen für Behinderte, Begegnung, nachbarschaftliche bzw. ehrenamtliche Hilfen, Beratung. Und das mit ganzen 100 Pflegekräften! Schon die Stationsausstattung ist ein Hohn. Schreibtisch, Stuhl, Schrank und Medikamentenfach, Lampe und Anschluß eines Telefons dürfen nicht mehr als 2000 DM kosten. Für die laufenden Kosten stehen jeder Station 3600 DM im Jahr zur Verfügung. Die medizinische Ausstattung von zwei Pflegehilfsmitteldepots beinhaltet „je Depot 4 Lifter, 4 Krankenpflegebetten mit Matratze, 2 Rollstühle, 2 Nachtstühle, 1 Paar Vierfußgehstöcke, 2 Rollatoren, 2 Bettische.“ Bis 1985 will der Senat 14,6 Mio. DM in dieses Projekt stecken. 250 Mio. DM sparen die Kassen durch den Krankenhausabbau.

Die Gewerkschaft ÖTV kritisiert dieses Konzept des CDU-Senats. Eine von ihr in Auftrag gegebene Untersuchung ergab, daß in Westberlin über 90000 ambulant pflegebedürftige Menschen leben; davon werden derzeit nur rund 19000 durch die Wohlfahrtsverbände versorgt. Die 30 Sozialstationen seien völlig unzureichend, dazu die Einzugsbereiche mit 65000 Einwohnern pro Station (BRD: 20000 – 40000) viel zu groß.

Die ÖTV fordert zudem mehr und qualifiziertes Personal, weil die Sozialstationen „nicht mehr und nicht weniger als ambulante Krankenpflegestationen“ seien und damit ein Teil der medizinischen Versorgung – eine Ergänzung, aber kein Ersatz für Krankenhausversorgung.

Schülerbewegung Aktionen beim Juniorenländerspiel

Stuttgart. Am 2. März gab auf Weisung des Kultusministeriums das Oberschulamt Stuttgart eine „sehr eilige“ Empfehlung an alle Schulen im Großraum Stuttgart heraus, den Schülern, die am 23.3. das Juniorenländerspiel BRD – Frankreich besuchen wollten, die „erforderliche Unterrichtsbefreiung zu gewähren“. Karten gab's von der Schulbehörde für 1 DM. Es wurde bekannt, daß Mayer-Vorfelder (Kultusminister und VfB-Präsident) vor vollem Hause eine Rede halten wollte.

Allein für die Stadt Stuttgart war der Ausfall von 15530 Unterrichtsstunden

einkalkuliert bezogen auf 4447 Klassen an den öffentlichen Haupt-, Real-, Gesamt-, Beruflichen Schulen und Gymnasien bei einem durchschnittlichen Wegfall von 3,5 Stunden pro Klasse; entsprechend 43700 Stunden im Großraum Stuttgart bei 12480 Klassen.

Die Folge war große Empörung unter den Lehrern; nicht wenige Schulleiter boykottierten die Empfehlung. Hatte nicht Mayer-Vorfelder auf dem CDU-Landesparteitag am 4.7.81 in Donaueschingen darüber hergezogen, daß durch Lehrpersonalversammlungen jährlich Hunderttausende von Schulstunden ausfielen und kurz darauf als Schikane verordnet, daß vor



den Oster- und Weihnachtsferien bis zur letzten Stunde zu unterrichten sei?

Die Schüler machten von der Möglichkeit, sich für 1 DM schulfrei zu kaufen, reichlich Gebrauch. Vielfach brach der Unterricht nach der großen Pause zusammen. Im Neckarstadion hinderte ein fünfminütiges Pfeifkonzert den Kultusminister daran, vor 65000 Schülern eine Rede zu halten; er reduzierte auf einige Sätze zur deutsch-französischen Freundschaft. Entsprechend der Absprache auf der Regionaltagung der LSV im OSA-Bezirk Stuttgart vom 21.3. wurden in der Südostkurve große Transparente aufgespannt: Gesetzliche Anerkennung der LSV! MV: Singen fürs Vaterland und nun: Schreien fürs Vaterland. Wir fordern: Rücknahme der Streichungen! IHM gefällt's: Wir dürfen her – bei Friedens-Demos geht's nicht mehr! Wieviel Stunden sind's denn? Statt Fußball KULTUR in die Schule! Die SMVen des Burggymnasiums Schorndorf und der Technischen Oberschule Stuttgart verteilten 10000 Flugblätter, in denen die Politik des MKS aufs Korn genommen wurde. Im Anschluß an das Fußballspiel fand eine Demonstration mit ca. 300 Schülern statt.

Nordrhein-Westfalen Schwiers Neuordnung der Hochschulen

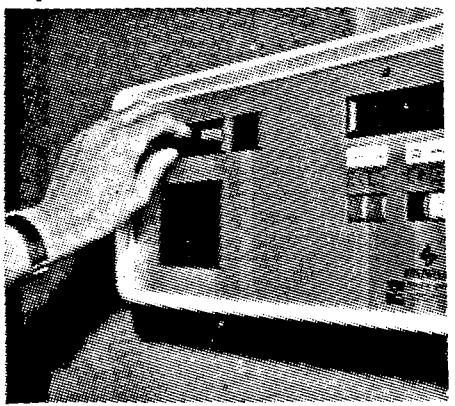
Am 29.3., noch in den Semesterferien, legte Wissenschaftsminister Schwier sein Neuordnungskonzept für die Hochschulen in NRW vor. Danach sollen zum nächstmöglichen Zeitpunkt neben der Schließung ganzer Lehrerstudiengänge für die Primar- und Sekundarstufe I sowie einzelner Fächer in allen Lehrerstudiengängen und der Einführung des Numerus Clausus auch die Ausbildungskapazitäten für Studienanfänger in folgenden Fächern mit Diplom- oder Magisterabschluß reduziert werden: Anglistik, Mathematik, Physik, Sozialarbeit und -pädagogik um je 30%, Germanistik und Geschichte um 25%, Soziologie/Politikwissenschaften um 15% und Wirtschaftswissenschaften um 10%. Ausgespart von Schließung und Kürzung sind allein die Ingenieurwissenschaften – mit geringen Ausnahmen – und Medizin.

Was mit den von diesen Maßnahmen – die, so Schwier, „soweit nicht die Arbeitsmarktlage anders gebietet, ... berücksichtigen, daß bis Ende der 80er Jahre die geburtenstarken Jahrgänge in den Hochschulbereich kommen ...“ – betroffenen rund 1400 – 1600 Stellen geschehen soll, ist noch nicht geregelt. Schwier schreibt von Verlagerung freier Stellen, Umsetzungen in die Kliniken Aachen und Münster, davon, daß in künftigen Haushaltsverhandlungen keine Stellenzugänge mehr gewährt werden, von Stellenkürzungen bei wissenschaftlichen und Überprüfung und Neubemessung bei nichtwissenschaftlichen Beschäftigten, auch in den Verwaltungen, Bibliotheken usw. In einem Erlaß vom 2.4. weitet er die bereits bestehende halbjährige Stellenbesetzungssperre aus: Auch wenn ein Fach nur an einer Universität geschlossen werden soll, sind die freien und freiwerdenden Stellen dieses Faches in allen Hochschulen bis zu einem Beschluß über ihre weitere Verwendung zu sperren. Darüberhinaus sind die bislang geltenden Ausnahmen bei der Besetzungssperre zum Teil aufgehoben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Studentenwerke, die Landesastenkonzferenz, die Landesschülervertretung, Lehramtsanwärter und GEW-Gliederungen werden am 26.5. eine Demonstration in Düsseldorf gegen die Haushaltskürzungen im Sozial- und Bildungsbereich und gegen das Neuordnungskonzept von Schwier durchführen. Die ÖTV im Bezirk NRW I hat in einem Beschluß ihre Unterstützung zugesagt.

Schwierige Ausgangslage – Lohnsenkung soll durch „variable Arbeitszeit“ betrieben werden

Die vielfältigen Möglichkeiten, bei einem entsprechend hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten die Arbeit zu intensivieren, durchgesetzte Schutzbestimmungen und innerbetriebliche Leistungen (Pausenregelung, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) zu unterlaufen und die Belegschaften zu spalten, sind bereits heute im Einzelhandel gut zu sehen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten macht über $\frac{1}{3}$ aus, mehr als in der Industrie. Ihr Zuwachs verlief parallel zur Rationalisierung, die durch Einführung neuer Techniken (Computerkassen, Zentrallager) eine Dequalifizierung für den Großteil der Arbeit brachte, die im Verkauf verrichtet werden muß. Für Warenauffüllen oder kassieren sind Anlernzeiten von 1–2 Tagen üblich, die Zahl der Verkaufshilfen steigt gegenüber der Zahl der



```

NETTOERTRAG IN          STEUERKLASSE I
DM
                        SSSSSSSS
                      SSSSSSSS    SSSSSSSSSSSSSS
                    SSSSSSSS
80 ..... SSSSSSSSSSSSSSSS.....
   SSSSSSSS
                                     M
                                MMMMMMMMMMMMMMMMMM
                           MMMMM
40 ..... MMMMMMMMMMMM .....
      MMMMMMMMMMMM
     MMMMMMMM

```

	724	1149	1825	2896
SSSS Nettoertrag bei 4.2% plus 80 DM Socket				
MMMM Nettoertrag bei 4.2%				

Einzelhandel Bayern: Über 50% der Unternehmen bleiben unter 250000 DM Jahresumsatz

Die am 31. März 1979 registrierten Einzelhandelunternehmen mit Hauptsitz in Bayern beschäftigten insgesamt 375000 Personen und erzielten 1978 einen Umsatz von 55,4 Milliarden DM. Im Vergleich zur vorausgegangenen Erhebung des Statistischen Landesamtes Bayern von 1968 ist die Zahl der Unternehmen um 10 Prozent gesunken, die Beschäftigtenzahl ist um 25 Prozent

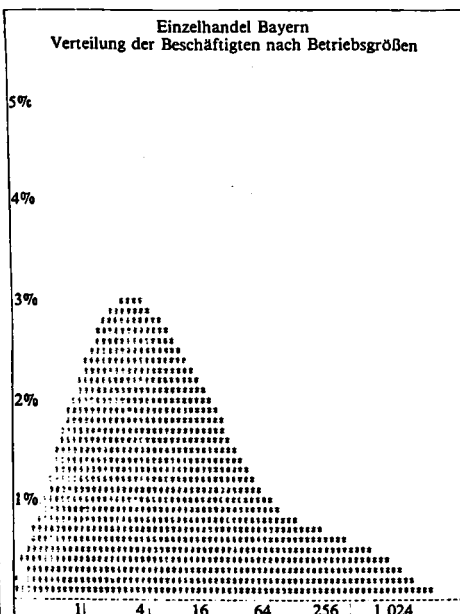
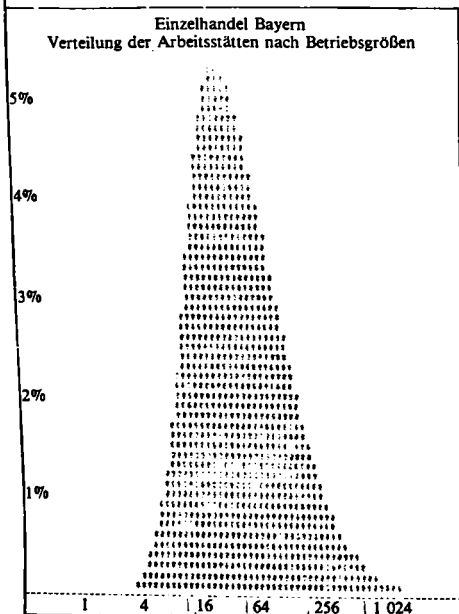
und der Nominalumsatz um 158 Prozent gestiegen. Rund 55 Prozent aller Einzelhandelsunternehmen beschäftigen nur ein bis zwei Personen, und 53 Prozent erzielten einen Jahresumsatz von unter 250000 DM.

Die Beschäftigung von Teilzeitkräften nahm in dem Zeitraum von 1968 bis 1979 um 31 Prozent zu, wogegen die der Vollzeitkräfte nur um 5 Prozent stieg. Die Konzentration der Unterneh-

men wird in folgenden Zahlen deutlich: Während sich 1979 gegenüber 1968 die Zahl der Arbeitnehmer – das heißt aller Personen, die in einem vertraglichen Gehalts-, Lohn- oder Ausbildungsverhältnis stehen und deren Bezüge steuerrechtlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten – um 23 Prozent erhöhte, hat sich die Zahl der tätigen Inhaber und tätigen Mitinhaber einschließlich der unbezahlten mithelfenden Familienangehörigen um 15 Prozent verringert.

In 38000 Arbeitsstätten des Einzelhandels sind ein bis zwei Personen beschäftigt. – In 70244 Arbeitsstätten sind bis höchstens 49 Personen beschäftigt, in 585 Arbeitsstätten 50 bis 1000. Nur acht Arbeitsstätten haben mehr als 1000 Beschäftigte.

Diese Struktur des Einzelhandels macht die ganze Schwierigkeit für die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in diesem Bereich aus. Die Einzelhandelskapitale konzentrieren sich zwar mehr und mehr und sind kapitalmäßig miteinander verknüpft. Die Gewerkschaft steht aber vor dem Problem, daß Lohnerhöhungen und Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, die in großen Kaufhäusern durchgesetzt werden können, von kleinen Einzelhandelsunternehmen mit ein bis zwei Beschäftigten und Jahresumsatz unter 250000 DM – vor allem in Bezug auf die Arbeitszeit – nicht verkräftet werden können.



Quelle: „Arbeitsstätten des Einzelhandels in Bayern – Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1979“, Heft 394 der Beiträge zur Statistik Bayern, herausgegeben vom Bayerischen Statistischen Landesamt

stundenzuschläge zahlen. Anscheinend liegt die Zeiteinteilung allein in der Verantwortung der Verkäuferin, was – noch krasser als bei Gleitzeitordnungen – die Fronten verwischt. Zeitdefizite müssen zu Jahresende abgebaut sein. Kürzlich hat Beck Personal abgebaut. Teilzeitbeschäftigte, die Samstags nicht arbeiten wollten, wurden entlassen, angedroht wurden Abbau von Weihnachtsgeld und 13. Monatsgehalt, wenn sich die Beschäftigten nicht „entgegenkommend“ zeigten. In der Betriebsvereinbarung der Firma Leffers ist zur Teilzeitarbeit festgehalten: „4. Umsatzschwankungen und Umsatzspitzen, die saisonal oder aus sonstigen Gründen bedingt sind, können besser bewältigt werden. Das verbessert unsere Arbeitsproduktivität, sichert die Existenz unseres Unternehmens und damit die Arbeitsplätze.“ Eine klare Sprache, die sich in allen Punkten der Vereinbarung bestätigt. Da heißt es u.a.: „Die tägliche, wöchentliche oder monatliche Arbeitszeit ist variabel. Sie wird in Abstimmung mit dem Abteilungsleiter festgelegt“, der auch für die Einhaltung verantwortlich ist. Sonderregelungen gelten

für Weihnachts- und Schlußverkauf. Überstunden werden so nicht mehr gezahlt, Teilzeitbeschäftigte können dann bis zu 9 Stunden täglich zur Arbeit gezwungen werden. Arbeit auf Abruf für alle – das ist das Ziel, und es steht zu befürchten, daß diese Arbeitszeitsysteme rasch um sich greifen, denn sie erfordern von den Kapitalisten keine großen Investitionen, nur genaue Messungen des Kundenstroms, können aber die Lohnkosten beträchtlich senken. In den Kaufhauskonzernen laufen schon seit Jahren Modellversuche, und den kleinen und mittleren Unternehmen empfiehlt ein Dr. Immier aus München in der Broschüre „Die umsatzangepaßte variable Arbeitszeit als Personalkostenbremse im Einzelhandel“ das System als Überlebenschance in der Krise.

In den Lohnkämpfen der letzten Jahre ist es der HBV im Einzelhandel in Bayern gelungen, mit durchgesetzten Mindestbeträgen (so 1980 100 DM) dem weiteren Drücken der unteren Lohngruppen einen Riegel vorzuschieben. Gegen Einschränkungen der Teilzeitarbeit (Forderung: maximal 30%

der Belegschaften), wie zum Manteltarif 1981 gefordert, wehrten sich die Kapitalisten erfolgreich. Umso dringender ist es, im diesjährigen Tarifkampf einen Mindestbetrag durchzusetzen. Die Struktur der Forderung ist dazu geeignet. Auch wenn es schwierig sein wird, im Ergebnis mehr als 4,2% Volumen herauszuholen, ist die Struktur des Abschlusses wesentlich, wie unser Schaubild zeigt (wir haben den Ertrag bei 4,2% und 4,2% plus 80 DM aufgetragen).

Eine Durchsetzung variabler Arbeitszeitsysteme hätte nicht nur Auswirkungen auf das jetzt schon viel zu niedrige Lohnniveau im Einzelhandel. Die Reaktion erhofft sich darüber ein Zerschlagen des bereits Durchgesetzten, ob es sich um Arbeitszeitregelungen oder innerbetriebliche und tarifliche Leistungen handelt.

Das Verhindern eines weiteren Sinkens der niedrigen Löhne ist aber eine wesentliche Voraussetzung, um der Angriff auf die Beschäftigten und die Gewerkschaftsbewegung mittels variabler Arbeitszeitsysteme abwehren zu können.

Ende der 60er Jahre werden im Einzelhandel die ersten Personaleinsatzpläne (PEP) aufgrund von Untersuchungen über Verteilung und Entwicklung der Umsätze erstellt: Teilzeitarbeit und Aushilfen werden erstmals in großem Umfang eingesetzt. Aber erst ab Mitte der 70er Jahre gelingt es den Einzelhandelskapitalisten mit Hilfe der elektronischen Datenkassen, die Kundenfrequenz und Umsatzzeiten zu erfassen, die „umsatz-angepaßte variable Arbeitszeit“ exakt festzulegen und Teilzeitarbeitsplätze durchzusetzen, für die Tarifrecht und von der Arbeiterbewegung erkämpfte Schutzgesetze nicht mehr gelten.

Die herkömmliche Form der Teilzeitarbeit, die am meisten verbreitet ist, ist die **Teilzeitarbeit mit arbeitsvertraglich genau festgelegter Arbeitszeitlenge und Arbeitszeitlenge**. Die Arbeitsverträge sind unbefristet und beinhalten eine genau festgelegte Stundenzahl. **Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit („KAPOVAZ“)**. Dieses Teilzeitarbeitssystem funktioniert so: Mit dem Arbeitnehmer werden im allgemeinen Arbeitsverträge abgeschlossen, die lediglich die jährlich oder monatlich zu leistenden Arbeitsstunden und das für diese Arbeitszeit vereinbarte Gehalt festlegen. An welchen Tagen, zu welcher Zeit der Arbeitnehmer arbeiten soll, seine Arbeit vom Unternehmer „gebraucht“ wird, erfährt er kurzfristig per Telefon. Bezahl wird nur die geleistete Arbeit, nicht aber die ständige „Arbeitsbereitschaft“!

Die Arbeitsverträge für **Aushilfen** sind im Gegensatz zu den Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverträgen auf eine **bestimmte Dauer** befristet (in der Regel: 1 – 3 Monate). Die Arbeitszeiten der Aushilfen werden, entsprechend dem Arbeitsanfall im Unternehmen von wenigen Stunden bis zur Höchstgrenze der tariflichen Arbeitszeit vereinbart (ca. 10 – 160 Stunden im Monat). Mit Ablauf des Vertrages endet das Arbeitsverhältnis, ohne daß es einer Kündigung bedarf. In der Vergangenheit haben die Unternehmer häufig Aushilfsarbeitsverhältnisse aneinandergereiht, somit rechtlich nicht zulässige Kettenarbeitsverträge mit den betroffenen Arbeitnehmern vereinbart. Jetzt versuchen sie durch „Pausen“ zwischen den jeweiligen Beschäftigungsverhältnissen von einem bis mehreren Monaten einem festen, unbe-

fristeten Arbeitsverhältnis aus dem Weg zu gehen. Im allgemeinen verfügen die Unternehmen über einen festen Stamm von Aushilfen, die quasi im „rollierenden Einsatz“ immer wieder beschäftigt werden.

EDV-unterstützte Personaleinsatzplanung. Der Einsatz elektronischer Datenkassen, EDV-unterstützter Warenwirtschaftssysteme im Einzelhandel ermöglichen genaue und schnelle Erfassungen von z.B. Umsatzvolumen, Umschlaghäufigkeit, Umsatz pro qm/Filiale/Abteilung, Kundenfrequenzen, Zeitpunkt von Arbeitsanfällen/Arbeitsvolumen. Die erfaßten Daten können auf Monat/Jahr hochgerechnet werden und erlauben Zukunftsprognosen. Aufgrund dieser Daten ist es möglich, entsprechend dem erwarteten Arbeitsanfall den dafür notwendigen Personaleinsatz pro Betrieb und Abteilung exakt auf Stunden, Tage und auch Wochen im voraus zu planen. Im Unterschied zu „KAPOVAZ“ erfolgt nach diesem System der Personaleinsatz nicht auf telefonischen Abruf, sondern dem Arbeitnehmer wird sein individueller Einsatz einige Wochen vorher mitgeteilt.

Job-sharing (Teilung des Arbeitsplatzes). Zwei oder mehrere Arbeitskräfte teilen sich einen Arbeitsplatz und übernehmen dann gemeinsam die Verantwortung dafür, daß der Arbeitsplatz sowohl ständig besetzt ist, als auch die Aufgaben laufend erfüllt werden.

Rechtliche Behandlung der Teilzeitarbeit. **Versicherungsfrei** (Kranken- und Rentenversicherung) sind Beschäftigte, deren Arbeitsentgelt die sog. „Geringfügigkeitsgrenze“ von 390 DM pro Monat und 15 Arbeitsstunden pro Woche nicht überschreitet. Der gesetzliche **Lohnfortzahlungsanspruch** bei Krankheit besteht **nicht** bei einer Arbeitszeit bis 10 Std. wöchentlich bzw. bis 45 Std. monatlich. Die **Arbeitslosenversicherung** erfaßt **nicht** Beschäftigte, die bis zu 20 Std. wöchentlich arbeiten. Für **Teilzeitarbeit (Aushilfen) mit befristetem Arbeitsvertrag** (bis 3 Monate) gilt im allgemeinen:

- Kein Anspruch auf bezahlten Urlaub
- Kein Kündigungsschutz
- Kein Anspruch auf tarifvertragliche Rechte (Überstundenzuschläge, Erschwerniszulagen, Bezahlung der Arbeitskleidung u. dergl.)

Gewerkschaftliche Forderungen zur Teilzeitarbeit

HBV-Gewerkschaftstag 1980, Antrag 180, Teilzeitarbeit:

„– Gleiche sozialversicherungs- und tarifrechtliche Stellung der Teilzeitarbeitskräfte mit den Vollzeitarbeitskräften, wobei die Arbeitgeber auch die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung zu tragen haben, wenn das Monatseinkommen 10 Prozent der jeweiligen Beitragsbemessungsgrundlage nicht erreicht,

- Begrenzung des Arbeitsumfangs entsprechend der verringerten Arbeitszeit, Überwachung durch die Arbeitnehmervertretung,
- keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze,
- Übernahme aller Arbeitskräfte auf Abruf in Arbeitsverhältnisse mit fester Arbeitszeit,
- Verkürzung der Arbeitszeit für Männer und Frauen bei vollem Lohnausgleich,
- Schaffung von genügend Kinderhorten, Kindertagesstätten und Gesamtschulen, Verbesserung der Altenbetreuung ...“

HBV-Gewerkschaftstag 1980, Antrag 179, Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (KAPOVAZ):

... Teilzeitbeschäftigte sind ausschließlich innerhalb der Ladenöffnungszeiten (zu einmalig festgesetzter Zeit) zu beschäftigen. Eine Beschäftigung unter 4 Stunden an den einzelnen Wochentagen ist unzulässig. Eine Verschiebung, Variation, Kombination der einmalig festgesetzten Arbeitszeiten bei Teilzeitbeschäftigten ist unzulässig. Die Sozialversicherungs- und Arbeitslosenversicherungspflicht müssen in allen Fällen gewahrt bleiben. Der Einsatz von Stundenpauschalkräften ist unzulässig ... Es darf keine Betriebsvereinbarung in anders lautendem Sinn abgeschlossen werden.

DGB-Bundesfrauenkonferenz, 1981: „1. ... daß eine Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen insbesondere durch Steuermittel oder direkte Mittel der Bundesanstalt für Arbeit unterbleibt ... 3. Die im Lohnfortzahlungsgesetz festgelegte Voraussetzung von mindestens 10 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit ist zu streichen ... 5. Gewerkschaften müssen sicherstellen, daß Teilzeitbeschäftigte unabhängig von ihrer Wochenarbeitszeit nicht von tarifvertraglichen Leistungen ausgeschlossen sind ...“

Entwicklung der Beschäftigten im Einzelhandel

1970 = 100; Steigerung/Abnahme in Prozent

Betriebsformen	Vollzeitbeschäftigte			Teilzeitbeschäftigte		
	1970	1980	%	1970	1980	%
Warenhäuser	100	91,8	- 8,2	100	130,5	+ 30,5
Versandhandel	100	85,8	-14,2	100	122,9	+ 22,9
Konsumgenoss. u. Verbraucherorg.	100	78,0	-22,0	100	125,7	+ 25,7
Filialunternehmen (5 u. mehr Verkaufsstellen)	100	137,6	+ 37,6	100	226,1	+ 126,1
Facheinzelhandel (1-4 Verkaufsst.)	100	83,0	-17,0	100	103,1	+ 3,1
Gesamt	100	90,6	- 9,4	100	122,9	+ 22,9

Quelle: Tarifskandal im Einzelhandel. Hrsg. HBV-Landesbezirksleitung Bayern, September 1981

Teilzeitbeschäftigte Frauen in % der erwerbstätigen Frauen

	1977	1978	1979	1980
Gesamtwirtschaft				
bis zu 20 Stunden	12,8	12,7	13,5	13,4
21 – 39 Stunden	13,7	13,2	13,2	12,3
Gesamt	26,5	25,9	26,7	25,7
Handel				
bis zu 20 Stunden	14,0	13,9	15,3	14,6
21 – 39 Stunden	19,0	18,3	18,1	18,4
Gesamt	33,0	32,2	33,4	33,0
Einzelhandel				
bis zu 20 Stunden	14,0	13,8	15,3	14,7
21 – 39 Stunden	19,6	18,7	18,6	19,0
Gesamt	33,6	32,5	33,9	33,7

Quelle: HBV, Abteilung Frauen „Teilzeitarbeit, für Frauen besonders geeignet?“, Juli 1981

Franz. Regierung gibt den Kapitalisten nach

Die Senkung der Gewerbesteuer um jeweils 10% in diesem und im kommenden Jahr hat die französische Regierung den Kapitalisten angekündigt, insgesamt sollen sie so 2,8 Mrd. DM weniger zahlen. Um einen Ausgleich des entstehenden Finanzierungsdefizits im Staatshaushalt zu erreichen, will die Regierung die Mehrwertsteuer erhöhen. Wirtschaftsminister Delors versicherte zusätzlich, daß die Beiträge der Kapitalisten für die Sozialversicherungen bis zum 1. Juli 1983 nicht erhöht werden. Verkürzungen der Arbeitszeit sollen bis zum Jahr 1984 nicht mehr durch staatliche Verordnungen, sondern nur tarifvertraglich durchgesetzt werden. Auf Angriffe der Gewerkschaften erklärte der Wirtschaftsminister, diese hätten in den vergangenen Monaten keine eigenen Aktionen durchgeführt und nur noch auf die Maßnahmen der Regierung gewartet. Die CGT wies diesen Angriff zurück und forderte ihre Mitglieder auf, auch in Zukunft in den Betrieben ihre Interessen zu vertreten, die Maßnahmen seien ein Geschenk an die Kapitalisten. Diese zeigten sich

Kim Il Sung wiedergewählt

Am 5. April 1982 wurde Kim Il Sung, Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas, vom siebten Volkskongreß erneut zum Präsidenten der Demokratischen Volksrepublik Korea gewählt. Gleichzeitig wurden die Mitglieder und der Sekretär des Zentralen Volkskomitees gewählt. Der Kongreß veröffentlichte weiter eine Liste der Mitglieder des Verwaltungsrates der DVRK. Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Koreas hatte am 3. April die Vorschläge beraten und gebilligt. Am 14.4. hielt Kim Il Sung eine Rede, die an die Vollversammlung des ZK



und an den Obersten Volkskongreß gerichtet war. Er bekräftigte, daß die Regierung das ganze koreanische Volk mobilisieren werde, um die von dem sechsten Parteitag ausgearbeiteten ökonomischen Ziele zu erreichen. Landwirt-

schaft, Fischerei und Leichtindustrie sollen kräftig entwickelt werden sowie die Elektroindustrie, die chemische und metallurgische Produktion gehoben werden. Er erklärte weiter, daß Partei und Regierung an dem Prinzip der Wiedervereinigung Koreas in Unabhängigkeit festhalten. Das größte Hindernis dabei seien die in Südkorea stationierten US-Truppen. Der Rückzug dieser Truppen aus Südkorea sei daher notwendig für die Beendigung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas. Am selben Tag feierten mehr als 20000 Menschen im Gymnasium der Hauptstadt Pjöngjang den 70. Geburtstag Kim Il Sungs.

erfreut und wiesen das Ansinnen der Regierung, als Gegengabe Arbeitsplätze bereitzustellen, mit dem Hinweis auf die andauernde Krise ihrer Wirtschaft zurück.

Spanien: Streik – Regierung soll zahlen

Im vergangenen Jahr hatte die Regierung Sotelo der Provinzregierung Asturien Investitionsbeihilfen für den Aufbau einer Anlage zur Veredelung von Eisenerz zugesagt. Die

Anlage wird gebaut von der westdeutschen Metallgesellschaft AG sowie einigen spanischen und kuweitischen Banken. Als die Regierung jetzt ihre Subventionen zurückzog, begannen mehrere hundert Bergarbeiter Aktionen, sie erwarten vom Bau der Anlage eine Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Region. Für den 15. April riefen alle Gewerkschaften der Region zu einem Generalstreik auf, an dem sich über 100000 Arbeiter beteiligten.

Italien: Zweitätiger Zeitungsstreik

Die Druckarbeiter und Journalisten der italienischen Zeitungen haben am Freitag und Samstag vor Ostern gestreikt. Die Fernsehjournalisten machten aus Solidarität nur Kurznachrichten. Die Kapitalisten weigern sich, über den neuen Tarifvertrag zu verhandeln, wenn die Gewerkschaften nicht auf Schutzforderungen zur „neuen Technik“ verzichten. Unter anderem ist eine neue Eingruppierung – nach Arbeitsbereichen statt nach einzelnen Arbeitsplätzen – gefordert. Die Gewerkschaft fordert eine Erhöhung des Grundlohns um je nach Lohngruppe 50000 bis 175000 Lire (95–332 DM) auf drei Jahre zusätzlich zu den Inflationszuschlägen und Erhöhung der Produktivitätsprämie um 30%. Die Journalisten haben eigene Forderungen aufgestellt. Am 16.4. streikten auch die Verlagsdruckarbeiter, um die Aufnahme von Tarifverhandlungen zu erzwingen.

Brasilien: Gewerkschaftsprozess

Im Berufungsverfahren gegen den Gewerkschaftsführer Luis Ignacio da Silva und zehn weitere Angeklagte beschloß der Oberste Militärgerichtshof, das Verfahren an Zivilgerichte zu übergeben. Er erklärte sich für nicht zuständig, nachdem schon mehrere Militärgerichte den Fall abgeurteilt haben. Der IMB hat aufgerufen, das Verfahren gegen die Gewerkschafter zu beobachten und bei Verurteilungen Aktionen durchzuführen.

USA: Transportgesellschaften gegen Tarifvertrag

Kurz nachdem die amerikanische Transportarbeitergewerkschaft ITU einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, versuchen einige Kapitalisten die Bestimmungen des Vertrags zu durchbrechen. Von der letzten Woche an sollten nach dem für 37 Monate geltenden Vertrag 3,9% pro Stunde mehr gezahlt werden. Gleichzeitig mußte die ITU einer Senkung der Zah-

lungen der Transportkapitalisten für Sozialleistungen zustimmen. Einige der Transportgesellschaften scherten aus dem Vertrag aus und versuchten Lohnsenkungen durchzusetzen, die die Löhne noch unter das Niveau drücken sollten, daß vor der Erhöhung erreicht war.

Ein Teil der Transportgesellschaften will mit dem Hinweis

auf die schlechte Wirtschaftslage erneute Verhandlungen und weitere Senkung der Löhne und der Zahlungen für Sozialleistungen durchsetzen. Als die ITU daraufhin eine der kleinen Transportgesellschaften bestreikte, konnte sie sowohl die Anwendung des vereinbarten Vertrages durchsetzen als auch erreichen, daß das Unternehmen nur noch Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt und folglich allen Arbeitern den vertraglich gesicherten Lohn zahlen muß. Nach der Androhung von weiteren Kampfmaßnahmen haben jetzt verschiedene Gesellschaften die Einhaltung des Vertrages zugesagt.

Die ITU hofft, die scharfe Konkurrenz unter den verschiedenen Gesellschaften ausnutzen zu können, auch wenn die Kampfbedingungen schwierig sind. In Chicago verfügte ein Gericht die sofortige Beendigung eines Streiks von 12000 Beschäftigten einer Eisenbahngesellschaft, die gegen Schichtregelungen und für Einhaltung des Vertrages streikten.





Polnische Arbeiter in der BRD

VR Polen

Umschuldung mit den westlichen Banken für 1981 vereinbart, Tilgung 1982 offen

Am 6. April 1982 wurde nach mehrfachen Verschiebungen das Umschuldungsabkommen der rund 500 westlichen Gläubigerbanken mit der VR Polen unterzeichnet. Geregelt sind damit vorerst nur die Tilgungsverpflichtungen aus dem Jahre 1981. 95% der rund 2,4 Mrd. Dollar werden für vier Jahre ausgesetzt und müssen dann in sieben gleichen Halbjahresraten gezahlt werden. Die restlichen 5% werden schon dieses Jahr in drei Raten fällig. Was mit der 1982 fälligen weit größeren Tilgungssumme über 6–7 Mrd. Dollar Tilgung und 3–4 Mrd. Dollar allein an Zinsen geschehen soll, ist völlig offen. Zwar wurde in das Kommuniqué aufgenommen, daß die „Verhandlungen über die Kapitalfälligkeiten 1982 zwischen Polen und den westlichen Banken so schnell wie möglich beginnen“ sollen, aber die Banken werden nach der bisherigen Erfahrung nicht handeln, bevor die Regierungen, die Kredite vergeben und garantiert haben, weitere Abkommen geschlossen haben. Die Mitgliedstaaten der NATO jedoch haben erklärt, sie würden keine weiteren Verhandlungen aufnehmen, solange das Kriebsrecht in der VR Polen nicht aufgehoben ist. Trotz der Weigerung der Regierungen der EG-Staaten, sich direkt an den Sanktionen zu beteiligen, die die USA gegen die VR Polen und gegen die UdSSR verhängt hatten, bedeutet dies eine starke Unsicherheit für die polnische Führung, die, nach-

dem sie sich von westlichen Krediten abhängig gemacht hat, sich dermaßen durch falsche Planung in die Tilgungslasten verstrickt hat, daß sie neue Kredite seit dem letzten Jahr für Tilgung und Abdeckung von Nahrungsmittelimporten verwenden muß.

Daß die Bankkapitalisten der EG-Länder, vorrangig der BRD, eher geneigt sind, weitere Kredite zu geben, als die Banken der USA, die öfters damit drohten, auf Begleichung der Fälligkeiten zu dringen und damit eine Kettenreaktion in Gang zu setzen, erklärt sich aus ihren unterschiedlichen Exportinteressen. Während die USA, wie aus der nebenstehenden Tabelle hervorgeht, nicht nur einen weit geringeren Prozentsatz ihres Außenhandels mit den RGW-Ländern abwickeln als die EG-Länder und vor allem die BRD, ist auch die Art der exportierten Waren ganz verschieden. Die USA exportieren hauptsächlich Getreide. Durch ihren Lieferstopp an die VR Polen konnte sie daher deren Lebensmittel- und Futtermittelversorgung beeinträchtigen, aber die US-eigenen Kapitalisten waren wenig berührt. Anders in der BRD, deren industrielle Kapitalisten hauptsächlich hochwertige Maschinen und Anlagen exportieren. Dies ist auch der Grund, warum sowohl der Bundestag am 18.12.81 als auch das Europaparlament am 17.12.81 sich nicht zur Androhung solcher Sanktionen entschließen mochten, wie sie die

USA im Alleingang durchführten. US-Präsident Reagan erklärte am 23.12.81: „Ich habe angeordnet, daß amerikanische Hilfe, einschließlich der Lieferung von Grundnahrungsmitteln, angeboten werden soll, um den Österreichern bei der Versorgung der Flüchtlinge zu helfen.“ Damit wurden selbst „private humanitäre Kanäle“ eingesetzt, um die Flüchtlingsströme, die der polnischen Volkswirtschaft zahlreiche Arbeitskräfte entziehen, zu fördern. Am 29.12. verkündete Reagan Sofortmaßnahmen gegenüber der UdSSR: u.a. Suspendierung der Flüge der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft, keine Erneuerung von Abkommen über Energie, Wissenschaft und Technologie. Die westeuropäischen Länder erklärten sich lediglich bereit, diese Maßnahmen nicht zu unterlaufen.

Auf der Sondertagung des NATO-Rats auf Ministerebene am 11.1.82 in Brüssel gelang es den USA zwar, die größten imperialistischen Konkurrenten zur Zustimmung zu einer ganzen Latte von Androhungen zu gewinnen. Sehr erfreulich und für die Lockerung des Drucks auf die VR Polen nützlich war jedoch, daß von der griechischen Delegation zu allen Punkten, in denen ökonomischer Druck gegenüber der VR Polen bzw. der UdSSR geplant wurde, Vorbehalte eingelegt wurden, so gegen die Offenhaltung der Entscheidung über künftige kommerzielle Kredite für andere Güter als Lebensmittel (Punkt 13), Vorkehrungen jedes Bündnispartners hinsichtlich Einfuhren aus der UdSSR, Schiffs- und Luftverkehrsabkommen, Bedingungen für Ausfuhrkredite (Punkt 14).

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, 7.4.82; Europa-Archiv 4/1982 und 6/1982

VR China

Mehr ideologische Erziehung der Bauern

Nach Angaben des Statistischen Amtes der VR China hat sich der Lebensstandard der Landbevölkerung seit 1978 wesentlich verbessert: Jeder Landbewohner gab 1981 117,4 Yuan (ca. 150 DM) für Konsumgüter aus (die Produktion für den Eigenbedarf unberücksichtigt), 84,9% mehr als 1978. Im Vergleich dazu gab jeder Stadtbewohner 457,9 Yuan aus, 25,6% mehr als 1978. Unklar ist, wieweit die Daten um die Inflation von ca. 20% bereinigt sind. Regional aufgeschlüsselte Daten sind nicht veröffentlicht. Doch es ist sicher, daß die Bauern in stadtnahen Gebieten besonders von der neuen Landwirtschaftspolitik profitiert haben und das regionale Gefälle sich vergrößert hat.

Anteil des Handels mit dem RGW in Prozent des Gesamthandels

	1970		1973		1976		1979		1980	
	Imp	Exp	Imp	Exp	Imp	Exp	Imp	Exp	Imp	Exp
BRD.....	5,8	3,8	4,2	5,5	4,6	6,1	5,0	5,1	4,5	4,9
Italien.....	5,6	5,4	5,3	4,5	5,7	5,3	4,8	5,8	3,6	3,5
Frankreich...	2,4	3,6	2,7	3,6	3,1	4,9	3,0	4,2	2,6	4,5
Großbr.....	2,8	3,1	2,3	2,5	3,3	2,5	2,8	2,3	2,5	2,4
USA.....	0,6	1,0	0,7	2,6	0,7	3,1	0,6	3,3	0,6	1,7

Quelle: OECD Foreign Trade Statistics, Series C, nach: Europa-Archiv 4/82

Die chinesische Presse führt die Fortschritte auf die 1979 vorgenommene Erhöhung der Ankaufpreise für Agrarprodukte um 20–50% und auf die Einschränkung der Kollektivwirtschaft zugunsten eines Verantwortlichkeitssystems zurück, das inzwischen in 90% aller Produktionsgruppen (= Zusammenschluß von 10–20 Familien eines Dorfes, Dorf = Produktionsbrigade) praktiziert wird. Eine Hauptform des Systems ist die Zuteilung von Kollektivland an einzelne Familien mit der vertraglichen Verpflichtung, eine bestimmte Frucht anzubauen und eine bestimmte Erntemenge an den Staat zu verkaufen. Überschüsse können die Bauern vermarkten, für Vertragsbruch müssen sie aufkommen.

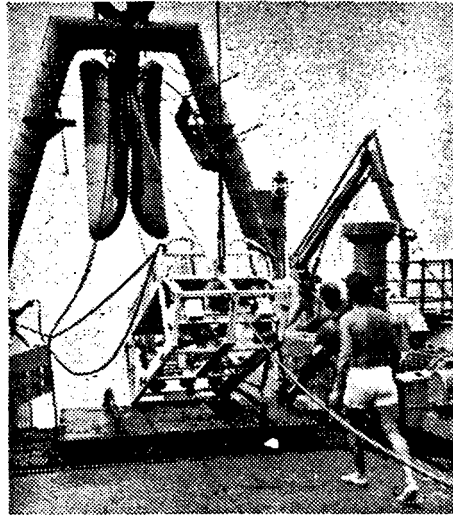
Nach einem Bericht des Provinzparteisekretärs von Anhui (östlich von Shanghai) führt dieses System, das auch die faktische Auflösung der Volkskommunen beinhaltet, aber zu neuen Schwierigkeiten, v.a. infolge der Auswirkungen der Marktpreise. So ging die Getreideanbaufläche zurück, weil für andere Produkte höhere Preise erzielt werden. Außerdem vermarkten die Bauern das Getreide lieber, als es an den Staat zu verkaufen, der weniger zahlt. Der hohe Marktpreis für Getreide führte zudem zu Futtermittelknappheit und beeinträchtigte die Schweinemast.

Zwar bestätigte eine Landwirtschaftskonferenz der KP Chinas jetzt den gegenwärtigen Kurs der Verbindung „von Planwirtschaft und Marktregulierung“, sah sich aber genötigt, den Vorrang des Staatsplans und das Gemeineigentum an Grund und Boden zu betonen. Es ist verboten, Land zu verpachten oder zu verkaufen. Verstärkte ideologische Erziehung soll verhindern, daß die Bauern sich einfach nach den Marktgesetzen richten.

Quellenhinweis: Xinhua News, 30.3. und 6.4.; Beijing-Rundschau 12.82

Seerecht BRD maßgeblich an Erpressung beteiligt

Nach dem Willen der 3. UN-Seerechtskonferenz sollten auf der bis zum 30.4. laufenden 11. Sitzungsperiode alle Entscheidungen getroffen und die Unterzeichnung der neuen Seerechtskonvention im Herbst abschließend vorbereitet werden. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist knapp vor Toresschluß immer noch offen. Der FDP-Abgeordnete Funke wollte im Februar, als der Bundestag die Haltung der BRD gegenüber dem vorliegenden Vertragsentwurf bekräftigte, schon wissen: „Die 11. Session ... wird sicherlich nicht die letzte sein können.“ Auf deutsch: die BRD



Ein Tiefsee-Fernsehschlitten wird vom BRD-Forschungsschiff Valdivia zu Wasser gelassen

will, im Verein mit den USA, Frankreich und Großbritannien, jedes nicht genehme Ergebnis torpedieren.

Schon im letzten Jahr hatte dieses saubere Bündnis die übrigen Konferenzteilnehmer vor die Alternative gestellt, daß die Konferenz entweder den Forderungen nach grundlegenden Änderungen nachkomme oder aber man die Konferenz platzen lasse und einen eigenen Vertrag abschließe. Alle genannten Mächte haben längst eigene Tiefseebaugesetze verabschiedet und inzwischen auch Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung ihrer selbsterteilten Lizenzen für den Tiefseebau abgeschlossen. – Die Änderungsanmaßungen der BRD formulierte CDU-MdB Kittelmann in der Bundestagsdebatte:

„... daß wir erstens ein Nein sagen zu den bisher in der Konvention vorgesehenen Entscheidungsmechanismen, die dazu führen, daß vor allem Länder, die keinen Tiefseebau betreiben wollen oder können, die absolute Kontrolle über diesen ausüben.“ Eingeeengt sehen sich die westdeutschen Imperialisten, die nur über verhältnismäßig kleine Küsten verfügen – „Wir haben bei der Verteilung des Meeres ganz schlecht abgeschnitten“ –, durch die Errichtung von exklusiven 200-Meilen-Wirtschaftszonen, die ihnen den freien Zugang zu fremden Küsten verwehren. Eingeeengt sehen sie sich aber vor allem durch die UN-Meeresbodenbergbaubehörde, die den Tiefseebau kontrollieren und Raubbau an den großen Rohstoffvorkommen in der Tiefsee verhindern soll. Zu diesem Zweck soll abbauberechtigt in erster Linie ein behördeneigenes Unternehmen sein.

„Zweitens. Wir sagen ein Nein zu vorgesehenen Produktionsbeschränkungen ...“ Das Recht der Behörde, die Produktion zu begrenzen, hatten die rohstoffproduzierenden Länder

der Dritten Welt durchgesetzt, um sich vor noch größerem Druck auf die Rohstoffpreise zu schützen. Daß es den Imperialisten jedoch nicht zuletzt darum geht, diesen Druck zu steigern, brachte wiederum FDP-Funke zum Ausdruck: „Wir sind der Auffassung, daß man nicht einen Naturschutzpark für die bisherigen Produzenten errichten sollte.“ Drittens ist die BRD strikt dagegen, daß die Vergabe von Lizenzen für den Tiefseebau an Technologietransfer an das behördeneigene Unternehmen gebunden wird. Sie fürchten um ihren Konkurrenzvorsprung, der ihnen gegenwärtig noch ermöglicht, die Reichtümer des Meeres, dieses „gemeinsame Erbe der Menschheit“, auf eigene Rechnung auszubeuten.

Quellenhinweis: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 29.3.82; Bundestagsprotokoll v. 11.2.82; Xinhua, 13.4.82

Belgien Kann die Regierung triumphieren?

Woche für Woche veröffentlicht die Zeitung des sozialistischen Gewerkschaftsbundes ABVV/FGTB die jeweils neuesten Maßnahmen, die die belgische Regierung kraft ihrer Sondervollmachten beschließt und die weitgehend zum 1.4. in Kraft getreten sind: die Erhöhung der Beiträge der Arbeiter und Angestellten zur Rentenversicherung bei gleichzeitiger Kürzung der Renten; die Kürzung des Arbeitslosengeldes, um durchschnittlich 4% für Alleinstehende und solche Lohnabhängigen, die als „Familienoberhaupt“ geführt werden, um 10–15% für die anderen, v.a. also verheiratete Frauen; die Kürzung des Kindergeldes und die Einführung einer monatlichen Sonderabgabe für Kinderlose; die Erhöhung des Eigenbeitrags für Arztbesuche ... Spürbar ist inzwischen auch die Aussetzung der Lohnindexierung: Mehr als die Hälfte der Lohnabhängigen hätte laut Tarifvertrag im März oder April eine Lohnerhöhung in Höhe der monatlichen oder vierteljährlichen Inflation erhalten müssen und hat sie nicht erhalten. Um mindestens 5% werden die Löhne und Gehälter durch diese Zwangsmaßnahme allein in diesem Jahr fallen, mit einem realen Verlust von 10% rechnen die Gewerkschaften für 1983. Und der verhängte Preisstopp? Täglich wird die Liste der „Ausnahmeregelungen“ höher, nur eine Woche nach Verhängung des „Preisstopps“ erhöhte die Regierung selbst die Post- und Telefongebühren.

Die Niederlage der Arbeiterbewegung, die sich doch so machtvoll gegen die Sondervollmachtsgesetze aufge-

bäumt hatte, scheint unabwendbar. Für den 26. März hatte der ABVV/FGTB zum zweiten Mal zum Generalstreik aufgerufen, der nach allen Berichten noch besser befolgt wurde als der erste am 8. Februar. Am 27.3. hatte der Christliche Gewerkschaftsbund zu einer Demonstration aufgerufen, 30000 beteiligten sich, 120000 hatte der ACV erwartet. 30000 bis 40000 beteiligten sich vier Tage später an einer Demonstration, mit der die Lehrergewerkschaft ACOB gegen die Kürzungen im Schulwesen mobilisierte. Seit her ist die Kampftätigkeit wie abgerissen. In vielen Betrieben herrscht Verbitterung. Verbitterung vor allem über die Führung der christlichen Gewerkschaften, die sich immer noch und schroffer denn je weigert, mit dem ABVV/FGTB in Aktionseinheit zu gehen. Sehr viele ACV-Mitglieder hatten sich an den Streiks und Demonstrationen beteiligt, viele hatten die Aktions-einheit gefordert, sich aber nicht durchsetzen können. Schädlich haben sich dabei ganz gewiß auch Tendenzen im ABVV/FGTB ausgewirkt, die Interessen der wallonischen gegen die der flämischen Lohnabhängigen auszuspielen. Wieder einmal hat sich die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung als verhängnisvoll für die einheitlichen Interessen der Arbeiterklasse erwiesen.

Quellenhinweis: de werker, Zeitung des ABVV, 3. und 10.4.; Konkreet, Zeitung der PVDA Belgiens.

Bolivien

Zähe Kämpfe der Arbeiter gegen Militärjunta

Zum zweiten Mal in diesem Monat streikten die bolivianischen Arbeiter und Angestellten im ganzen Land am 14.4. Sie folgten dem Aufruf des verbotenen Gewerkschaftsbundes COB, der auch den Generalstreik vom 29. März bis zum 1. April organisiert hatte.

Anlaß für beide Streiks war der Angriff bewaffneter Einheiten der Polizei und des Militärs auf eine Versammlung von 10000 Bergarbeitern in Cochabamba am 26. März, bei dem sechs Teilnehmer getötet wurden, zahlreiche andere verletzt wurden und mehrere Gewerkschaftsmitglieder verhaftet wurden.

Die Bergarbeiter forderten in ihrer Versammlung die sofortige Auszahlung der Löhne durch die halbstaatliche Minengesellschaft. Seit Ende Februar hatte keine Auszahlung stattgefunden, und die Inflation hatte in kurzer Zeit die Lebenshaltungskosten der Arbeiter und Bauern um mehr als das Doppelte steigen lassen.

Seit dem Militärputsch im Juli 1980 sind die Gewerkschaften und politische Parteien verboten. Dem COB gelang es

allerdings, seine Organisation aufrechtzuerhalten und in den vergangenen Monaten zu stärken. Er arbeitet für die Durchsetzung eines Programms, das er im Herbst vergangenen Jahres veröffentlichte. Mit dem Generalstreik Ende März bekräftigten die bolivianischen Arbeiter und Angestellten ihre Forderungen nach Freilassung der verhafteten Gewerkschafter, Aufhebung des Streikverbots, Wiederherstellung des Demonstrationsrechts und Rücktritt der Militärjunta. Der COB verlangt die Bildung einer nationalen Übergangsregierung, die die Durchführung allgemeiner Wahlen vorbereiten soll.

Anfang Februar hatte die Junta versucht, ihre Finanzlage zu verbessern durch eine Reihe von Wirtschaftsmaßnahmen. Die Abwertung der Währung, die Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaften und der wiederholt verhängte Lohnstopp sollten die Staatseinnahmen erhöhen, damit die Schuldentilgung gegen die imperialistischen Gläubiger wahrgenommen werden konnte. Über 70% der Deviseneinnahmen des Landes erzielt die bolivianische Regierung durch den Export von Metallerzen, vorwiegend Zinn, Silber und Zink. Über ein Drittel der Deviseneinnahmen ist nötig, um die Kreditbedingungen der imperialistischen Gläubiger erfüllen zu können. Die Wirkung der Regierungsmaßnahmen



bestand in der rasanten Steigerung der Inflation im Inneren des Landes.

Auf den Generalstreik zu Beginn des Monats antwortete die Regierung mit der Verhaftung des Gewerkschaftsvorstandes und der Verhängung des Ausnahmezustandes. Allerdings sahen sich die Militärs gezwungen, durch eine Umbildung der Regierung Zivilisten ins Kabinett aufzunehmen. Der COB rief erneut zum Streik auf und forderte die Freilassung der Verhafteten.

Quellenhinweis: Xinhua v. 19.2.82 und 30.3.82; Handelsblatt v. 8.4.82; UZ v. 19.4.82

Algerien

Kongreß des Gewerkschaftsbundes UGTA

„Die Konflikte in der Arbeitswelt sind zahlreich“, schrieb die algerische Zeitung „El Moudjahid“ vor dem 6. Kongreß des Gewerkschaftsbundes UGTA Anfang April: „Ihre Ursachen reichen von Mängeln im Gesundheits- und Verkehrswesen, im Wohnungsbau und Schulwesen ... über alle möglichen Schikanen der Behörden bis zum Mißbrauch von Entscheidungsbefugnissen.“ 40% der sich in der letzten Zeit häufenden Streiks seien allein auf verspätete Lohnzahlung zurückzuführen. Die UGTA hatte die Streiks meist nicht unterstützt, und auf dem Kongreß beklagten Delegierte, allzu häufig sei die Gewerkschaft in die Rolle einer „Feuerwehr“ gedrängt worden.

Der forcierte Aufbau einer modernen staatlichen Großindustrie – inzwischen arbeitet jeder vierte Erwerbstätige in der Industrie – hat Probleme bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und öffentlichen Einrichtungen mit sich gebracht. Die „Sozialistische Betriebsführung“, die Arbeiterselbstverwaltung in den Staatsbetrieben, steht oft nur auf dem Papier. Wiederholt forderten Delegierte Schutz der gewählten Gewerkschaftsfunktionäre vor Maßregelungen. Auf der anderen Seite versucht die Handelsbourgeoisie, die Krise des bisherigen Aufbaukonzepts – hohe Auslandsschulden, sinkende Öleinnahmen, stagnierende Agrarproduktion – zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position auszunutzen.

Die Beschlüsse des Kongresses lassen erkennen, daß die Gewerkschafter auf eine selbständigere Interessenvertretung drängen. Zwar soll das Bündnis der nationalrevolutionären Klassen in der regierenden FLN, der fast alle Delegierten angehören, nicht aufs Spiel gesetzt werden. Ausdrücklich unterstützte der Kongreß den „Sanierungs“-kurs der Regierung: Entwicklung von Landwirtschaft und Kleinindustrie zur Sicherung der Selbstversorgung, Ausbau des staatlichen Handels, Wohnungsbau, Beseitigung bürokratischer Auswüchse. Gleichzeitig fordert die UGTA Sicherung der Kaufkraft der Löhne, Gewährleistung der gewerkschaftlichen Rechte, Verwirklichung der Arbeiterselbstverwaltung. In der Debatte über den Rechenschaftsbericht wurde kritisiert, daß die bisherige Leitung dringenden sozialen Fragen zuwenig Beachtung geschenkt habe. Der bisherige Generalsekretär wurde nicht wiedergewählt, sein Nachfolger wurde Tayeb Belakhdar.

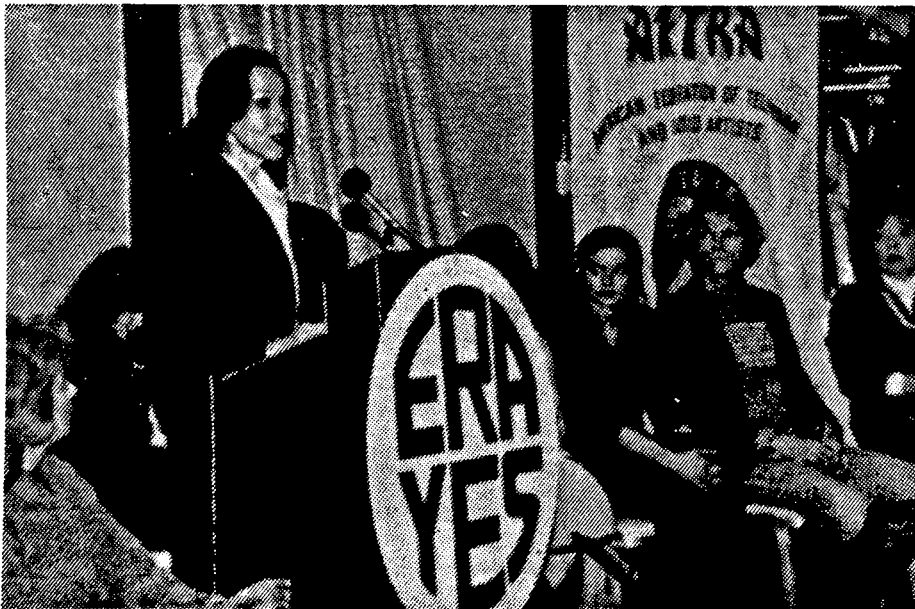
Quellenhinweis: El Moudjahid vom 5. bis 14.4.82

Strafrechtsreform geplant als Grundlage einer verschärften Strafverfolgung

„Unser Rechtssystem muß geändert werden, das im Übermaß die Rechte der Verbrecher schützt, während es die Gesellschaft und die unschuldigen Opfer der Verbrechen ohne Gerechtigkeit läßt“, plädierte US-Präsident Reagan vor dem Kongreß (Januar 82) für den Ausbau des Justizapparates und für verschärfte rechtliche Unterdrückungsmittel. Von 1970 bis 1980 sind die Straftaten „gegen das Eigentum“ und „Gewaltverbrechen“ um 59% gestiegen. Diese Zunahme ist ein deutlicher Ausdruck der wachsenden Verelendung großer Teile der Volksmassen in den USA und der Rebellion gegen diese Lage. Die arbeitenden Volksmassen unter der Knute zu halten, darum geht es der US-Bourgeoisie. Die Reagan-Regierung hat noch Größeres vor, was die Verelendung der Massen angeht, denn die Gelder für den Kriegskurs müssen bereitgestellt werden.

menschlichen Natur ist offenbar so tief, daß er die wirklichen Gründe der Kriminalität verschlungen hat. In seinem Bemühen, die tatsächlichen Gründe zuzudecken, versteigt sich Dschungelkrieger Reagan zu der Behauptung:

„Zu derselben Zeit, in der die Kriminalitätsrate beständig gestiegen ist, hat unsere Nation einen beispiellosen Fortschritt gemacht bei der Erhöhung des Lebensstandards und der Verbesserung der Lebensqualität. Es ist augenscheinlich, daß Wohlstand das Verbrechen nicht abnehmen läßt, so wie es auf der Hand liegt, daß Entbehrung und Not nicht notwendigerweise das Verbrechen wachsen läßt. Die Wahrheit ist, daß die heutigen Verbrecher meistens keine verzweifelte Leute sind, die Brot für ihre Familien suchen; Verbrechen ist der Weg, den sie zu leben gewählt haben.“ Daß die Reichen in den USA reicher geworden sind, ist wahr.



Kundgebung der Schauspielergewerkschaft, die sich wie der AFL-CIO für den „Gleiche Rechte Zusatz“ (ERA) zu der Verfassung einsetzt. Der Zusatz soll gleiche Rechte für Frauen und Männer sichern.

Um Zustimmung für den Ausbau des Polizei- und Justizapparates zu gewinnen, verbreitet die Reagan-Regierung ihre reaktionären Behauptungen über die Gründe der wachsenden Kriminalität. Reagan vor der Internationalen Vereinigung der Polizeipräsidenten: „Wir dürfen niemals vergessen, der Dschungel ist immer da und bereit, uns zu verschlingen. Nur unsere tief moralischen Werte und unsere starken sozialen Einrichtungen können diesen Dschungel zurückhalten und die dunkleren Impulse der menschlichen Natur zurückdrängen.“ Der Dschungel der

Ansonsten spricht hier der Präsident, der u.a. für 21 Millionen Personen in Familien mit Niedrigeinkommen gerade die lebensnotwendigen Lebensmittelgutscheine weitgehend gestrichen hat.

Als Weg, „den Krieg gegen das Verbrechen zu gewinnen“, schlägt Reagan „eine Änderung des Herzens“ vor und die Anerkennung bestimmter Wahrheiten, wie „schnelle Vergeltung“, „Individuen sind verantwortlich für ihre Handlungen“, „die private Wirtschaft muß gestärkt werden“.

Derzeit sind 22% der Jugendlichen arbeitslos, bei den Schwarzen Jugendlichen sind es über 40%. Die Bereitschaft, die Lohnsklaverei und die darauf beruhende bürgerliche Ordnung als „tief moralischen Wert“ anzuerkennen, nimmt ab. Die US-Bourgeoisie rüstet zur verstärkten Unterdrückung der armen Volksmassen und der nationalen Minderheiten.

907 Gefängnisse waren Mitte 1981 im Bau oder in der Planung, mit insgesamt 199238 Plätzen. In den US-Bundes- und Staatsgefängnissen waren am 1.1.1980 zusammen 314000 inhaftiert (Bund: 26000, Staaten: 288000). Nimmt man als Vergleich die Bundesrepublik, wo die Bourgeoisie 1979 insgesamt 41975 inhaftiert hatte (Stichtag 31.3.79), so ist die Zahl der Inhaftierten bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in den USA doppelt so hoch. Die Zahl der wegen einer Straftat Arrestierten betrug 1979 in den USA 9,488 Mio., das ist eine Rate pro 100000 Einwohner von 4639 Arrestierten. In der BRD lag die Zahl der Tatverdächtigen je 100000 strafmündiger Einwohner bei 2419.

Obwohl der Anteil der Jugendlichen zwischen 13 und 21 Jahren an der US-Gesamtbevölkerung bei 18% liegt, sind 40% der Arrestierten unter 21 Jahre. 22,5% der Arrestierten in den USA waren bis 18 Jahre alt. In der BRD waren 1979 16,4% der Tatverdächtigen unter 18 Jahre alt. Wenn man die Zahlen der inhaftierten Schwarzen vergleichend untersucht, wird deutlich, daß Reagans angeblicher „selbstgewählter Lebensweg“ der Kriminellen das Mittel der scharfen Unterdrückung insbesondere der nationalen Minderheiten in den USA ist. 1980 betrug der Bevölkerungsanteil der Schwarzen 11,7%. Der Anteil der arrestierten Schwarzen betrug dagegen 24,7%. Der Anteil der inhaftierten Schwarzen war 1976 46,4% an allen Inhaftierten und stieg 1979 auf 47,8%.

Die Inhaftierungsrate der Weißen und der Schwarzen pro 100000 Einwohner:

	Weiße	Schwarze
1973	46,3	368
1979	65,1	544,1

„Amerika ist zu milde mit den Verbrechern“ hat der Vorsitzende des Obersten Bundesgerichtshofes ganz im Sinne der Reagan-Regierung festgestellt. Als „Grundlage einer wirksamen Anstrengung des Bundes“ betreibt die Reagan-Regierung die Änderung des Bundesstrafrechts und des Strafverfahrens. Bestimmte Gesetze behindern nach Ansicht der Reagan-Regierung den gezielten Zugriff des Justizapparates. In beiden Häusern des Kongresses liegen Gesetzesvorlagen vor. Die Vor-

lage im Senat enthält die Veränderungen der Konservativen und der Reagan-Regierung.

Bisher hat die Regierung kein Recht, gegen ein Urteil Berufung einzulegen. Das soll geändert werden. Die Regierung soll das Recht erhalten, gegen alle Urteile, die unterhalb der Bestimmung „Verbrechen“ oder „Vergehen der Klasse A“ liegen, in Berufung zu gehen. Der Angeklagte hat dann das Recht auf Berufung bei allen darüber liegenden Entscheidungen. Bisher hatte er ein Recht auf ein endgültiges Urteil des Gerichts, vor dem er angeklagt war. Bei Nicht-Kapitalverbrechen hat der Angeklagte bisher das Recht, auf Kautionsfreilassung zu werden, wenn seine Anwesenheit bei dem Hauptverfahren gesichert erscheint. Mit der Begründung, „die Sicherheit der Gemeinschaft ist gefährdet“, soll jetzt jeder Richter ermächtigt werden, den Angeklagten in Haft zu halten. Die Armen konnten die Kautionsbühne bisher auch schon nicht zahlen. Die Regelung richtet sich deutlich gegen Vertreter von Organisationen, z.B. inhaftierte Streikposten von Gewerkschaften.

Die Strafen sollen verlängert werden. Eine bisher übliche Freilassung auf Be-



Ausbildung der US-Polizei an Schusswaffen wird intensiviert

währung soll nicht mehr zugelassen werden. Die Haftstrafe, die bisher meist als Maximumzeit festgelegt wurde, soll zeitlich festgelegt werden. Die in dem Urteil ausgesprochene Zeitstrafe wird gleich der Haftdauer sein minus einer angerechneten Zeit der „guten Führung“. Die Haftzeit war bisher

nicht festgelegt für bestimmte Straftaten, das soll durch einheitliche Richtlinien beseitigt werden.

Das Strafrecht soll bei Verbrechen, „die die Regierungstätigkeit betreffen“, ausgeweitet werden. Ein Verbrechen begehrt bisher, „wer mit Gewalt“ eine Regierungstätigkeit behindert oder beeinträchtigt. Die neue Straftatsbestimmung lautet nur noch „physische Einmischung oder Hinderung“. Jede mündliche falsche Aussage gegen die Verfolgungsbehörden, die bewußt gemacht wird, soll als Falschaussage bestraft werden. Bestimmte Straftaten gegen Energieanlagen werden jetzt zu Verbrechen erklärt, die durch Bundesrecht verfolgt werden. „Verbrechen wegen Obszönität“ sollen nun auf Grund der Normen des jeweiligen Distriktes verurteilt werden. Dies ist nur ein Teil der geplanten Verschärfung des Strafrechtes. Die Amerikanische Bürgerrechtsunion und der Gewerkschaftsbund AFL-CIO haben sich gegen diese Änderungen ausgesprochen.

Quellenhinweis: USA-Department of Justice, FBI Uniform Crime Report 1979; The World Almanac 1982; The Journal of Criminal Law and Criminology, 1981, Vol. 72, No. 2 und 3; Weekly Compilation of Presidential Documents, 5.10.81; Crime and Delinquency, April und Juli 1981; US News and World Report, 22.2.82; Congressional Quarterly Weekly Report, 27.2.82.

Jugendstrafvollzug in den USA: brutale Unterwerfung zum Lohnsklaven

Die US-Finanzbourgeoisie hält gegen Jugendliche aus den besitzlosen Klassen, vor allem den unterdrückten Nationen der USA, einen infamen Gewaltapparat bereit, um ihr Aufbegehren gegen die elende Lage und hoffnungslose Zukunft, die die US-Finanzbourgeoisie für sie vorsieht, mit brutaler Gewalt zu unterdrücken. Alljährlich kann man die Tätigkeit dieses Gewaltapparates in den „Uniform Crime Reports“, den „Zusammengefaßten Berichten über Verbrechen“ der US-Bundespolizei FBI studieren. Gewaltsame Unterwerfung der, in welcher Form auch immer, gegen die kapitalistischen Verhältnisse revoltierenden Jugendlichen unter die Lohnsklaverei ist der Zweck dieses Apparates. Wessen Unterwerfung hoffnungslos erscheint, dem droht die psychische und physische Vernichtung in den Haftanstalten, wenn er nicht auf offener Straße von den Polizeikräften erschossen wird.

Mehr als 3,7 Mio. Jugendliche unter 21 Jahren wurden 1979 nach Angaben des bislang letzten dieser FBI-Berichte von der Polizei verhaftet. 271624 davon wurden unter dem Vorwand des „unordentlichen Benehmens“ eingesperrt, 169187 wegen „Vandalismus“, 190847 wegen Fah-

rens unter Alkoholeinfluß, 286508 wegen anderer Verstöße gegen die Alkoholverordnungen, 251213 wegen Drogenmißbrauchs. Knapp 960000 saßen wegen Einbruch oder anderen Diebstahlsdelikten hinter Gittern. Von den über 2,1 Mio. eingesperrten Jugendlichen unter 18 Jahren waren 21,4% schwarze Jugendliche. Bei einzelnen Anklagen wie Glücksspiel, Raub oder Prostitution stieg der Anteil der verhafteten schwarzen Jugendlichen bis auf 74% aller festgenommenen Jugendlichen, während ihr Anteil an der gesamten jugendlichen Bevölkerung in den USA nur knapp über 12% ausmacht.

Die Jugendlichen, die als „unverbesserliche“, „career criminals“ eingestuft werden, werden spätestens mit 18 Jahren gleich in Zuchthäuser und reguläre Gefängnisse gesperrt. Fast die Hälfte aber kommt in spezielle „Jugendstrafanstalten“, die meisten davon in sogenannte „detention centers“, Zwangslagern, die in umfunktionierten Gefängnissen, ehemaligen Armeelagern, bei Forstverwaltungen, in Mooren oder auf Farmland errichtet wurden. Die US-Finanzbourgeoisie hat ein ganzes Netz solcher verschiedenartiger „Heime“ und „Lager“ eingerichtet, die von den Gemeinden und Einzelstaaten, oft sogar gleich von privaten

Kapitalisten betrieben werden. Allein die US-Bundesregierung bezuschußt in diesem Jahr nach eigenen Angaben 415 gemeindliche oder einzelstaatliche Jugendstrafanstalten und 83 private Strafheime, Forst-, Farm- und andere Arbeitslager.

Daneben existieren für kurze Gefängnisstrafen bis 90 Tage, in Einzelfällen auch bis 120 Tage, sogenannte „Halfway houses“. Auch diese Halfway houses arbeiten oft privat, mit Lizenz und Zuschüssen der Bundesregierung und der Gemeinden oder Einzelstaaten. Ein großer Teil dieser Heime ist in den Händen der „Heilsarmee“ oder anderer „privater Hilfsorganisationen“ wie der „Freiwilligen von Amerika“.

Brutale Trennung der verhafteten Jugendlichen von ihren Familien und Freunden ist ein weiterer wesentlicher Bestandteil dieses staatlichen Zwangsapparates. Rechnet man die Jugendlichen in Zuchthäusern, Gefängnissen, „detention centers“ und den anderen Heimen und Arbeitslagern zusammen, so waren 1981 nach Angaben des Justizministeriums gerade 22% der verurteilten Jugendlichen in einer Anstalt desselben Bundesstaates eingesperrt, in dem sie vor ihrer Verhaftung auch ihren Wohnsitz hatten.

Quellenhinweis: Federal Bureau of Investigation (FBI), Uniform Crime Report 1979; 96. Congress, House of Representatives, 1. Session, Hearings before a Subcommittee of the Committee on Appropriations, Part 6: Department of Justice, S. 1318f., S. 1456f, 1981.



„Die Kadetten von Bunker Hill“

Kein militaristischer Film, aber eine verlogene Kritik an Militarismus und reaktionären Verführern

„Nicht das, worin wir die Kinder und Jugendlichen unterrichten, sondern wie wir auf sie wirken, ist entscheidend.“ So kommentiert der Produzent des US-Films „Die Kadetten von Bunker Hill“, Jaffe, seine kritische Absicht – kritisch gegenüber der hurra-patriotischen Sammlung in den USA, die u.a. Reagan an die Regierung brachte.

Ort der Handlung ist die traditionsreiche Kadettenanstalt Bunker Hill, eine Militärakademie für Kinder und Heranwachsende, in der diese nebst einer Schul- auch eine militärische Ausbildung erhalten, d.h. die herrschende Klasse ihren Offiziersnachwuchs von Kindesbeinen an heranzüchtet. Kommandeur dieser Anstalt ist General Bache, einer, der die Traditionen seines „stolz-männlichen Berufes“ an die junge Generation weiterreichen will „wie die Flamme des Olymp“ und auf Vaterland, Pflicht und vor allem „Ehre, einbruchssichere, stoßfeste, idiotensichere, hundertprozentige Ehre“ hält. Damit nun das Verhängnis, das sich mit dieser Charakterisierung des alten Generals schon andeutet, seinen Lauf nehmen kann, muß der Produzent seine Geschichte allerdings so richtig an den Haaren herbeiziehen.

Der Treuhänderausschuß der Anstalt beschließt, diese aufzulösen und das Gelände als Bauland für Eigentümshäuser zu nutzen, weil dies profitabler sei. Daß der Zweck einer Stiftung nur schwer und jeden-

falls schon gar nicht ohne langwierige Vorbereitung und mit einfachem Federstrich geändert werden kann, scheint dabei nicht zu interessieren. General Bache verschwindet, nachdem er bei der Semesterabschlußfeier einen demonstrierenden Jugendlichen der Stadt versehentlich erschossen hatte, von der Bildfläche – er erliegt nach seiner Verhaftung einem Herzinfarkt. „Niemand war der alte General Bache mit Waffengewalt gegen die politischen Autoritäten, so sehr er sie auch verabscheute, vorgegangen“, so der Regisseur des Films. „Er hätte dies auch niemals seinen Kadetten befohlen oder auch nur nahegelegt.“ Genau dies aber tun die jungen Kadetten, wie sie glauben, im Sinne ihres Kommandeurs: Sie organisieren unter der Führung ihres 17jährigen Kadettenmajors Moreland die militärische Verteidigung der Anstalt, zunächst gegen den Treuhänderausschuß, dann gegen die Polizei und schließlich gegen die mit Panzern und schweren Waffen anrückende Nationalgarde.

Irgendwelche erwachsenen Lehr- oder Offizierspersonen sind in der Anstalt aus unerfindlichen Gründen nicht vorhanden, stören also auch nicht.

Noch unwahrscheinlicher mutet an, daß die Kadetten, die jüngsten sind zwölf, nach innen zwar eine straffe militärische Disziplin zu halten vermögen, trotz des gewaltigen

Drucks, dem Befehl des Nationalgarde-Kommandeurs, die Waffen niederzulegen, aber den Gehorsam verweigern, damit das oberste Gebot ihrer militärischen Erziehung brechen. Als schließlich ein Zwölfjähriger erschossen wird, beginnt Moreland zu ahnen, was er in seinem blinden Glauben an General Bache und dessen Prinzipien angerichtet hat. Er will aufgeben, kommt aber um, als ein anderer Kadettenoffizier blindwütig das Feuer auf die Nationalgarde eröffnet.

Die Moral? Sie ist trotz der kritischen Absichten ähnlich verlogen wie die Geschichte selbst. Sicher, die jungen Kadetten werden als völlig verbildet, verführt durch einen alten General mit seinen militaristischen Tugenden dargestellt, ähnlich verbildet und verführt wie die Hitlerjugend, die in den letzten Kriegswochen noch in die Schlacht geworfen wurde. Doch gerade in diesem Vergleich wird das Verlogene deutlich. Die Hitlerjungen wurden befohlen, angetrieben, gezwungen von verbrecherischen Führern – die jungen Kadetten geraten „außer Kontrolle“, und zwar erst und nur deshalb, weil General Bache verschwunden ist. Sein Gegenspieler, der Kommandeur der Nationalgarde, wird unversehens zum positiven Helden des Films, der seine Sympathie mit den jungen Kadetten nicht verbergen kann, aber ganz machtlos ist.

Versicherungskrimi: „Asphalthyänen“

Der westdeutsche Autor des Kriminalromans wird vom Verlag angekündigt als Pressesprecher einer Münchener Versicherungsgruppe. Schauplatz des Romans ist München, die Hauptfigur bildet der Pressesprecher einer Versicherungsgruppe, der sich zeitweilig als Amateurdetektiv betätigt. Er findet eines Nachts einen erschlagenen Rentner vor seinem Auto und läßt sich trotz Warnungen der Polizei nicht davon abhalten, auf eigene Faust zu recherchieren. Da seine Arbeit nicht so zeitraubend ist, daß er sie nicht in der Hälfte der Arbeitszeit erledigen kann, und er zudem ein Glückspilz voller Ideen ist, gelingt es ihm, Wesentliches zur Aufklärung des Mordes beizutragen. Der Rentner ist ermordet worden von einer Gruppe von Versicherungsbetrügern: dem Besitzer einer Autoreparaturwerkstatt, einem angesehenen Rechtsanwalt für Verkehrsfragen und dem bekanntesten und schärfsten Staatsanwalt für Verkehrsdelikte. Im Verlauf der Geschichte ermordet der Staatsanwalt noch seine Komplizen und versucht die Flucht. Die ganze Geschichte nutzt Frank geschickt, um den Ausbau des Polizeiapparats zu propagieren, der der Angelegenheit so hilflos gegenübersteht, weil die Ermittlungen so umständlich, die Zahl der Polizisten zu gering und die Polizei so nervös ist. Den Staatsanwalt ereilt zum Schluß die gerechte Strafe: Er kommt beim Fluchtversuch in den Propeller eines Flugzeugs um. Detektiv und Polizei sind die Sorge um eine erfolgreiche Anklage los.

Peter Frank, Asphalthyänen, Knaur-Krimi, 5,80 DM.

Adelsschwulst für Jugendliche ab 10

Ausflüge in die Vergangenheit direkt mitzerleben, das ist ein auch Jugendschriftsteller seit langem faszinierendes Thema. Denn die Verwicklung der Zeitreisenden, mit denen sich der Leser vom Wunsch her leicht identifizieren kann, in wichtige geschichtliche Situationen bringt mit der Frage, wie die Zeit tatsächlich war, zugleich die Anforderung an den Leser, zu entscheiden, wie er handeln würde.

Aber mit dem Verbot für die jugendlichen Zeitreisenden, in die Geschichte einzugreifen, hat die Verfasserin Johanna

von Koczian ein Mittel der Spannung und des Interesses ausgeschlossen. Über die Zeiten, in die die Jungen mit der Zeitmaschine reisen, erfährt der Leser nicht mehr, als in trockenen Schulbüchern zu finden ist.

Über die Zeitreise zu Jeanne d'Arc ist die Erzählung dadurch sicher nicht lebendiger und informativer, daß die dynastische Erbfolge des englischen und französischen Königshauses, aus dem Brockhaus abgeschrieben, von dem einen Jungen als Begründung für den Hundertjährigen Krieg vorgetragen wird.

Vorwiegend besuchen die Jungen Adlige. Der Graf Saint-Germain, den die Jungen im 18. Jahrhundert besuchen, hat denn auch „edle durchgeistigte Züge“, ist „unendlich wissend“ und beeindruckt seine jugendlichen Verehrer mit „alles bezwingender Herzlichkeit“.

Der Graf kann aus Metallen Gold herstellen. Daher hat er seinen großen Reichtum. Warum der Graf seine Erkenntnisse nicht veröffentlicht habe?

Bei der Beantwortung dieser Frage verbreitet die Erzählerin mystischen Unsinn über den Gang wissenschaftlicher Erkenntnisse. Es habe durch „alle Jahrhunderte immer wieder sogenannte Eingeweihte gegeben, die ihr Wissen für sich behielten“. Und der eine Junge bekräftigt: „Es wäre nicht ausdenken, was geschehen würde, wenn jeder einfach Gold machen und Edelsteine herstellen könnte.“ Und: „Wer weiß schon vorher, was für die Menschheit gut oder schlecht ist?“ Daß die adligen Feudalherren entmachteten worden sind, ist sicher gut.

J. v. Koczian, Der geheimnisvolle Graf. Heyne Jugendaschenbuch Nr. 241, 6,80 DM.

Roar: Ein Privatzoo

Der US-amerikanische Filmproduzent Noel Marshall, der Millionen durch den Film „Der Exorzist“ einnahm, und die Schauspielerin Tippi Hedren (Hitchcock, „Die Vögel“) besitzen in Kalifornien eine 40 Hektar große Ranch. Bereits vor Jahren wurde das Grundstück bei Los Angeles eingezäunt und wurden Löwen, Tiger, Leoparden, Panther und Pumas aus der ganzen Welt zusammengekauft. Dieser Privatzoo kostet wöchentlich alleine 15000 DM nur für Futter und noch viele tausend für Pflege, tierärztliche Betreuung und vieles mehr. Diese Art

Freizeitgestaltung soll sich vor Jahren nach Dreharbeiten in Afrika und dem Kennenlernen des Naturschutzes ergeben haben. Bereits damals gab es Pläne für einen Film über und mit Raubkatzen.

Der im Moment laufende Film „Roar, Ein Abenteuer“ ist nicht nur ein Film mit den Tieren des Privatzoos der Schauspieler Marshall und Hedren, sondern zusätzlich eine Familiengeschichte, in den Personen dargestellt durch die beiden Schauspieler und deren Kinder. Der Filmbesucher zählt also mit seinem Eintritt nicht nur den zukünftigen Reichtum solcher Leute, sondern, verpackt in einem Film, deren bisherige Freizeitgestaltung. Hat dies schon mit Geschmacklosigkeit nichts mehr zu tun, ist der Film zudem schlecht, langweilig und nicht zu empfehlen. Ob der Film ein Tierfilm, Horrorfilm, Ulk, Komödie oder ein Kinderfilm sein soll, ist nicht zu sagen – im großen und ganzen ein Unsinn:

Ein Tierpfleger lebt in Afrika mit vielen Raubkatzen zusammen. Er freundet sich mit den Tieren an und errichtet einen geschützten Lebensraum für die Tiere. Der Tierpfleger, den Noel Marshall selber spielt, wird von den Raubkatzen als Herdenmitglied anerkannt. Der Tierpfleger will damit beweisen, daß Menschen und Tiere friedlich in einer Gemeinschaft zusammenleben. Dieses friedliche Leben wird durch einen zugelaufenen Löwen gestört, der mit dem Leitlöwen einen Machtkampf beginnt. Die Tiere geraten in Unruhe und vertreiben eine Kommission von Wildhütern, die sich das Forschungsprojekt ansehen wollte.

Gleichzeitig trifft die Familie des Tierforschers ein. Durch ein Mißverständnis verpassen sich der Tierforscher und die Familie, so daß die auf der Farm ankommt und mit den vielen hektischen Tieren konfrontiert wird. Der Schutz des Tierpflegers bleibt aus. Spielend verfolgen die Raubtiere die Familie bis ins Haus, greifen sie an und verwüsten die Inneneinrichtung. Unabhängig davon beginnen einige Wildhüter die Jagd auf die Raubtiere, um die kostbaren Felle zu bekommen. Doch schließlich trifft der Tierforscher ein. Die Wildhüter werden durch einen Löwen getötet, finden ein gerechtes Ende, und die Familie kann friedlich mit den Raubkatzen zusammenleben.

Theater

Augusto Boal: „Theater der Unterdrückten“

Als sich in Brasilien Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre unter der Führung von Francisco Juliao die Bauern im Nordosten zu Ligas Camponesas zusammenschlossen und die revolutionäre Bewegung mit der Gründung von Arbeiter- und Bauerngewerkschaften einen Aufschwung nahm, schossen auch Tausende von Centres Populares de Cultura (CPCs, Volkskulturzentren) aus dem Boden. Einer ihrer Programmpunkte war die Alphabetisierung der Landbevölkerung und Slumbewohner der Großstädte.

Die ersten Versuche, ein brasilianisches Volkstheater zu entwickeln, waren eng verbunden mit dem Namen Augusto Boal und der Gruppe des Teatro de Arena de Sao Paulo, das Boal 1956 gegründet und bis 1971 geleitet hatte. Um die Arbeiter zu erreichen, spielte das Teatro de Arena auch in den Stadtrandgebieten von Sao Paulo. Die Nucleos – Kerngruppen aus Schauspielern des Arena, Mitarbeitern der CPCs und Laien – schrieben und spielten auch im Hinterland und im Nordosten gemeinsam mit Arbeitern und Bauern Agitations- und Propagandastücke. Boal: „Die Ziele des Propagandatheaters waren klar und eindeutig: Man wollte dem Volk ein Ereignis erklären, und dabei war niemals Zeit zu verlieren. So galt es z.B. den Zuschauer zu ermutigen, ... sich an einem Streik zu beteiligen oder in einer bestimmten Angelegenheit der Polizei Widerstand zu leisten.“

Nach dem Putsch rechtsgerichteter Militärs 1964 wurden politische Propaganda und Realismus in Film und Theater von der Zensur verfolgt. Neue Formen des Theaters wurden entwickelt. Von den CPCs und Teatro de Arena wurde „didaktisches Theater“ versucht, in dem es um theoretische und praktische Aufklärungsarbeit ging, wie z.B. über den Klassencharakter der Justiz. Dabei konnte das klassische Theater, Shakespeare, Lope de Vega, Aristophanes, Goldoni, Machiavelli, konnten aber auch zeitgenössische Autoren wie Brecht und Peter Weiss hilfreich sein.

Nach dem zweiten Militärputsch 1968 wurde es nahezu unmöglich, Volkstheater vor einem größeren Publikum zu spielen. Boal: „Wollten wir unsere Volkstheaterarbeit fortsetzen, mußten wir neue Wege und Formen finden.“ Mit der Gruppe Nucleo do Teatro Arena de Sao Paulo entwickelte er das „Zeitungstheater“. Dabei ging es darum, mittels verschiedener Techniken einen Zeitungstext zu bearbeiten. Z.B. „Rhythmisches Lesen: im Samba-, Tango-, Walzer- oder Marschrhythmus vorgetragen, erhalten Reden von Politikern plötzlich eine andere Bedeutung“; oder „Pantomimisches Lesen: ein Schauspieler verliest die Rede eines Wirtschaftsministers über den Ernst der Lage und sitzt dabei an einem reich gedeckten Tisch“ etc.

Unter den Bedingungen der Militärdiktatur mußten die Schauspieler Formen finden, mit denen sie sich unter den Massen bewegen und diese mobilisieren konnten, wobei sie zugleich vor Spitzeln und Geheimpolizei sicher sein mußten. Boal: Es ging darum, „die Mauer zwischen Publikum und Theater niederzureißen“. Nach seiner Verhaftung 1971 und seiner durch internationale Proteste erreichten Freilassung entwickelte Boal in Argentinien das „Unsichtbare Theater“. Eine einfache Variante dieser Form besteht darin, z.B. im Reisebus, im Zug, in Cafes etc. „heikle Themen ins Gespräch zu bringen, um eine Diskussion auszulösen und Denkanstöße zu geben.“ Da die politische Wirkung dieser Spielform von der Wahl des Gesprächsstoffs und einer geschickten Gesprächsführung abhängt, mußten auch hier die Szenen von den Schauspielern detailliert vorbereitet und geplant werden.

1973 beteiligte sich Boal, während eines längeren Aufenthalts in Peru, an dem von der peruanischen Revolutionsregierung begonnenen Alphabetisierungsprojekt ALFIN. Dabei ging es nicht nur um die Alphabetisierung in der jeweiligen Muttersprache und in Spanisch, sondern auch in allen anderen Sprachen: Theater, Marionettentheater, Fotografie, Film, Zeitung. Um den Arbeitern und Bauern beizubringen, „wie man mit den komplexen Ausdrucksmitteln des Theaters umgeht“, entwickelte Boal eigene Theater Techniken: das „Statuentheater“ und das „Forumtheater“. Dabei ging er davon aus, „daß Theater eine Sprache ist, die von jedem verwendet werden kann, unabhängig davon, ob er künstlerische Fähigkeiten besitzt oder nicht.“ Zunächst sollten die Teilnehmer durch einfache gymnastische Übungen „ihrer

körperlichen Vermögen ebenso wie der Deformationen, denen ihr Körper durch die ihnen auferlegte Arbeit ausgesetzt ist“, bewußt werden. In weiteren Übungen und Spielen sollte dann gelernt werden, den Körper als Ausdrucksmittel zu gebrauchen, z.B. durch die Darstellung von Berufen. Darauf aufbauend wurden dann die Zuschauer bzw. Teilnehmer durch „simultane Dramaturgie“, „Statuen- und Forumtheater“ Schritt für Schritt in die Erarbeitung, Gestaltung und Darstellung von Szenen eingeführt.

Boal hat später auch in den USA und Europa diese Techniken praktiziert. Als konkrete Form unter den Bedingungen brutalster Unterdrückung und politischer Verfolgung entwickelt, vermochte das „Unsichtbare Theater“ in Europa aber nicht die konkrete Politik der herrschenden Klassen anzugreifen, bestenfalls konnte es ein paar Kleinbürger in ihren Vorurteilen aufscheuchen. Auch hat Boal schließlich die unter den Bedingungen einer faschistischen Militärdiktatur oder zu dem bestimmten Zweck der Alphabetisierung entwickelte Forderung nach Aufhebung der Trennung von Theater und Zuschauer als Selbstzweck formuliert und dabei mehr und mehr auch bewußt auf aufklärerisches Theater verzichtet. Dennoch enthält das Buch „Theater der Unterdrückten“ eine Reihe von nützlichen Anregungen für die Theaterarbeit hier.

Quellenhinweis: Augusto Boal, Theater der Unterdrückten, edition suhrkamp 987. 9.- DM.

Bürgerschaftswahlen

GRÜNE Hamburg und Alternative Liste kandidieren gemeinsam

Zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 6. Juni kandidieren die GRÜNEN Hamburg gemeinsam mit der Alternativen Liste als GAL (Grün-Alternative-Liste). Unter dem Druck einer drohenden Gegenkandidatur der Alternativen Liste, d.h. sinkender Hoffnungen auf Parlamentssitze, haben die GRÜNEN Hamburg offen nationalistische Positionen und Forderungen nach „alternativer Verteidigung“ wegstecken müssen.

Noch im Oktober 1981 haben die GRÜNEN Hamburg auf dem kommunalpolitischen Kongreß folgende „Friedenspolitische Überlegungen“ vertreten:

„Die Grünen begreifen sich als Teil dieser breiten Bewegung, die sich einig ist, daß die nationalen Interessen nicht der amerikanischen Außenpolitik unterzuordnen sind, ebenso wie in der Erkenntnis, daß sich staatliche Souveränität nicht dadurch beweist, daß man auf sie verzichtet.“
Der SPD wird vorgeworfen, sie betreibe „Verzicht auf eine eigenständige Sicherheitspolitik zugunsten einer bedingungslosen Unterordnung unter die amerikanische Militär- und Außenpolitik“.

Kurzerhand folgern sie sodann, daß die „nationalen“ Interessen eigentlich „europäische“ sind. Immerhin streben die westdeutschen Imperialisten in Europa nach der Vormachtstellung und sind dabei schon weit gekommen. Die Sorge um die physische Existenz einer solchen europäischen Großmacht läßt auch in den Reihen westdeutscher Imperialisten Vorstellungen von „alternativer“ statt atomarer Kriegsvorbereitung aufblühen und findet Eingang in die „Friedenspolitischen Überlegungen“ der GRÜNEN Hamburg:

„Eine die europäischen Interessen nicht ignorierende Sicherheitspolitik kann heute nur außerhalb der NATO ihren Ausgangspunkt nehmen. Ob damit das Problem von Krieg und Frieden langfristig einer Lösung zugeführt würde, darf wohl vorerst noch mit Recht bezweifelt werden, die aktuelle Kriegsgefahr würde allerdings erheblich verringert. Und dies ist lebensnotwendig für eine dringend zu führende Diskussion über Formen alternativer Verteidigung“.

„Der derzeitige Stand der Diskussion läßt jedoch nicht absehen, welches Modell alternativer Verteidigung den konkreten Ausgangsbedingungen der bundesrepublikanischen Situation am besten Rechnung trägt.“

Im Programm der GAL sind im Gegensatz dazu eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, die sich direkt gegen die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten richten:

„- Die Vernichtung aller bakteriologischen und chemischen Waffen, - den Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien, - ein generelles Verbot von Rüstungsexport, - die schrittweise Umstellung von Rüstungsproduktion auf Friedensproduktion ...“

„Wir fordern deswegen unmißverständlich und bedingungslos, daß es keine Stationierung von Pershing 1b, Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik geben darf - unabhängig von den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen ... Es ist offenkundig, daß damit auf ein Scheitern der Verhandlungen in Genf zugesteuert wird, um dem gegnerischen Block auf diese Weise die Verantwortung für die eigene Aufrüstung anlasten zu können ...“

„Um wirksam zu sein, müssen sich die Schritte einseitiger Abrüstung in folgende grundsätzliche Richtung bewegen:

- Austritt der Bundesrepublik aus der NATO. Da dies angesichts des derzeitigen politischen Kräfteverhältnisses nicht unmittelbar verwirklichtbar erscheint, verlangen

wir zumindest, daß ein Prozeß der Herauslösung der BRD aus der NATO in Angriff genommen wird: Unmittelbar sollten dafür das Bundesgebiet für jedes NATO-Manöver gesperrt, die im Ausland stationierten oder in Manövern operierenden Einheiten der Bundeswehr vollständig zurückgezogen und gleichzeitig ein Rückzug der in der Bundesrepublik stationierten fremden NATO-Verbände eingeleitet werden - unter Mitnahme ihres gesamten Militärgüter, insbesondere der hier lagernden rund 7000 amerikanischen Atomsprengköpfe.

- Entmilitarisierung der Bundesrepublik: schrittweise Verringerung der Truppenstärke der Bundeswehr mit der Perspektive einer tatsächlich den Namen verdienenden „Nulloption“, d.h. Abschaffung der Bundeswehr. Beim Abbau der Bundeswehr und des dazu gehörenden Rüstungshaushaltes muß in den Bereichen schwerpunktmäßig begonnen werden, die für eine mögliche Angriffskriegsführung einsetzbar sind ... Von vornherein ist jeglicher, im Rahmen der Notstandsgesetze erfolgender Einsatz von Bundeswehr-Verbänden gegen die eigene Bevölkerung zu unterbinden.

- Die Maßnahmen einseitiger Abrüstung sind politisch mit der sofortigen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und ihrer Grenzen sowie der Anerkennung der Grenzen der VR Polen zu verbinden.

- Friedenspolitik heißt für uns nicht zuletzt: uneingeschränktes Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Solidarität mit den Befreiungsbewegungen ... F! Salvador ... und die Türkei ... sind für uns heute zwei Beispiele, wo wir uns zu internationaler Solidarität mit den Opfern von Militärdiktaturen aufgerufen fühlen, zu uneingeschränkter Solidarität mit einem Kampf für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit, der sich nicht nur gegen die Mörderrregime im eigenen Land richtet, sondern auch gegen diejenigen Regierungen wie die der USA und der Bundesrepublik, die solche Regime stützen helfen und sich nichts destoweniger als „Schutzmächte der Freiheit“ und „Hüter der Menschenrechte“ feiern lassen wollen.

Friedenssicherung heißt für uns außerdem, gegen jede Militarisierung der Gesellschaft einzutreten. Wir setzen uns in diesem Sinn dafür ein,

- daß die Pläne zur Einbeziehung von Frauen in den Militärdienst endlich zu Grabe getragen werden, - daß die Dienstverpflichtung für jede Frau und jeden Mann im Kriegs- und Notstandsfall aufgehoben wird, - daß der Werkundeunterricht und Unterrichtsveranstaltungen mit Jugendoffizieren an den Schulen völlig unterbleibt und einer umfassenden Friedenserziehung Platz macht, deren Aufgabe es sein muß, Militarisierungstendenzen innerhalb unserer Gesellschaft aufzuzeigen, Feindbildern abzubauen und eine kritische Aufarbeitung deutscher Geschichte zu gewährleisten,

- daß jede Zurschaustellung und Verharmlosung des Militärs durch öffentliche Gieblnisse, Paraden, Denkmäler, Patenschaften und Tage der Offenen Tür in den Kasernen unterbunden wird,

- daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung uneingeschränkt gilt und die diskriminierende Gewissensprüfung abgeschafft, der Zivildienst auf die Dauer des Bundeswehrdienstes verkürzt, die Kasernierungspflicht von Zivildienstleistenden unterbleibt und vor allem Einsatzmöglichkeiten in der Friedenspädagogik geschaffen werden,

- daß das Gesundheitssicherstellungsgesetz, das eine Erfassung von Ärzten und Krankenpflegepersonal zur Zwangsdienstverpflichtung für die Kriegsmedizin vorsieht, nicht verabschiedet wird,

- daß die Bundeswehrhochschule geschlossen wird und ebenso die Bundeswehr-Führungsakademie, und dort vor allem ab sofort keine Offiziere aus faschistischen und militaristischen Ländern mehr ausgebildet werden.

Aber in dem Programm der GAL wird auch Platz gelassen für Forderungen, die Unterstützung chauvinistischer Politik ermöglichen, wie „weltweite Vernichtung aller Atomwaffen und die sofort beginnende Schaffung einer atomwaffenfreien Zone von Portugal bis Polen“, oder „die sofort beginnende Auflösung der Militärblöcke, vor allem der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation“. Wer soll denn wie von der BRD aus von Polen bis Portugal agieren bzw. intervenieren?

Weiter heißt es im Zusammenhang der Begründung für die einseitige Abrüstung: „... weil nur so der Bedrohungsdruck gegenüber der Sowjetunion glaubhaft vermindert werden und diese so mit entsprechenden Abrüstungsmaßnahmen antworten kann.“ Wer soll es sein, der die erwarteten Abrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion „entsprechend“ bewerte und was soll geschehen, wenn sie etwa nicht „entsprechend“ befunden werden? Ist gemeint, daß der Kampf der Werktätigen in der Sowjetunion unterstützt wird durch erfolgreichen Klassenkampf in der BRD gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen? Dann soll man nicht Einfallstore für Imperialistenlogik formulieren, die noch immer eigene Kriegsvorbereitungen aus dem mangelnden Abrüstungs- und Friedenswillen der anderen als „Sicherheitspolitik“ begründet, wobei diese „Sicherheit“ nichts anderes ist, als ökonomische Expansion mit kriegerischen Mitteln fortsetzen zu können.

Mit den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Ausbeutergesellschaft, die die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten hervorreibt, mag sich die GAL nicht befassen. Dabei braucht man kein Revolutionär zu sein, um sie festzustellen. Man braucht bloß bürgerlichen Politikern oder der Generalität zuzuhören, wenn sie von der Sicherheit der BRD an den arabischen Ölleuten reden, oder den Bankiers, wenn sie von den Reichtümern Polens schwärmen, wenn sie gefragt werden, ob sie um ihre Kredite fürchten.

Weil die GAL in ihrem Programm die ökonomische Expansion als Grundlage der imperialistischen Kriegsvorbereitungen ignoriert, verbaut sie sich die Verbindung zu den Lohnbewegungen, zu den Kämpfen gegen Kürzung der Versicherungsleistungen, ge-

gen weitere Steuerplünderungen usw., die doch wesentliche Beiträge zum Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen leisten, weil den Imperialisten Mittel für die Expansion entzogen werden. Stattdessen eröffnet die GAL ihr Friedenskapitel so: „Unser Eintreten für ein menschengerechteres Leben, für eine gesunde Umwelt und sozial gerechtere Verhältnisse nützt wenig, solange die Gefahr besteht, daß unser Land jederzeit zum atomaren Schlachtfeld werden kann.“

In dem Kapitel „Wirtschaft und Finanzen“ im Programm der GAL wird die Reaktion kaum Ansatzpunkte finden können, sondern muß sich auf heftige Angriffe in der Bürgerschaft einstellen. Der Gesichtspunkt der „Dezentralisierung“, bisher meist als „alternative Lebensformen“, „Hilfe zur Selbsthilfe“ verbreitet, so auch im Programm der GRÜNEN, wird auf die Wirtschaft angewandt, die sog. Sparpolitik wird als Umverteilungspolitik angegriffen, für staatliche Investitionsprogramme wird öffentliche Kontrolle gefordert, für Versicherungsleistungen sollen Mindeststandards festgelegt werden, den Reichen soll mit höherer Besteuerung ans Leder gerückt und der Kapitalexpert abgestellt werden:

... Die kapitalistische Marktwirtschaft ordnet die Menschen ihrer Krisenentwicklung unter und opfert die natürlichen Reichtümer der Gesellschaft der Konkurrenz um immer größere Gewinne ... Unser Ziel dagegen sind Produktionsverhältnisse, in denen eine bewußte Planung der Bedürfnisbefriedigung die natürlichen Reichtümer erhält bzw. wieder herstellt, und in denen die arbeitenden Menschen demokratisch über ihre Arbeitsverhältnisse bestimmen und in Kooperation mit jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen in Stadtteilen, Krankenhäusern usw. über Produkte und soziale Leistungen entscheiden“.

„Die derzeit von der Koalition betriebene Sparpolitik ist eine Einkommensumverteilung. Aus Arbeiter- und Rentnerhaushalten werden über Steuererhöhungen und eine Senkung der sozialen Leistungen des Staates Mittel gezogen, die für Rüstungsvorhaben und zur Sicherung der Unternehmerprofite (Steuererleichterungen, Investitionszulage) genommen werden“.

„Wir verteidigen die soziale Absicherung der Rentner durch Festsetzung einer Mindestrente, die an den durchschnittlichen Einkommen in Arbeitnehmerhaushalten orientiert ist. Wir verlangen die Wiedereinführung aller ehemaligen Rechte und die materielle Sicherung der Arbeitslosen ... Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 80% des letzten Nettoentgeltes für die gesamte Arbeitslosigkeit ...“

... - Ergänzungsabgabe auf die Einkommenssteuer von 6% bei jährlichen Einkommen von 60000 DM für Alleinstehende bzw. 120000 DM für Verheiratete aufwärts, bei Angleichung der Einkommen an die Inflationsrate. Steuereinnahmen bundesweit: ca. 3 Mrd. DM.

- Ersatzlose Streichung der Einkommenssteuerparagraphen 6b und 6c, die es einigen Konzernen erlauben, bei Aktienverkäufen legal Riesensummen an Steuern zu hinterziehen, wenn sie den Erlös anschließend „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ in anderen Kapitalaufkäufen anlegen. Steuereinnahmen bundesweit: mehrere Mrd. DM.

- Streichung der Steuervorteile bei Bewirtschaftungskosten und Geschenken. Steuereinnahmen bundesweit: ca. 1,5 Mrd. DM.

- Besteuerung von Wertsteigerungen beim Grundvermögen und Neubewertung des Grundvermögens in Verbindung mit einer Reform des Bodenrechts, die den sozialen Wohnungsbau und kommunale oder sonstige öffentliche Bauvorhaben erleichtern.

- Das Verbot aller Spielarten der Abschreibungsgesellschaften, den Abbau aller Steuersubventionen, die höhere Einkommen begünstigen.

- Entziehung der Steuerrückstände, die sich bundesweit auf 10 Mrd. DM belaufen, und die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Die Einschränkung des Steuergeheimnisses und eine effektive Besteuerung aller Zinseinkommen.

- Eine Veränderung des Splitting-Vorteils bei Ehegatten (Progression und Begrenzung für höhere Einkommen), die Streichung der Kinderbetreuungskosten.

- Verdoppelung der Vermögenssteuer von 0,5% auf 1% bei natürlichen und von 0,7% auf 1,4% bei juristischen Personen, wobei kleinere und mittlere Vermögen durch Freibeträge nicht erfaßt werden. Steuereinnahmen bundesweit: ca. 5 Mrd. DM.

- Neben der Rationalisierung der Produktion und der Verwaltung reagiert das Kapital auf die Krise auch durch Verlagerung eines Teils seiner Produktion ins Ausland, besonders in Länder mit niedrigem Lohnniveau und diktatorischen Verhältnissen (wie z.B. Südafrika). Wir fordern ein Verbot von Produktionsverlagerungen ins Ausland“.

Der „Arbeiterkampf“ weist darauf hin, daß die Gründung der GAL ein Fortschritt bedeute, daß aber mit „Konflikten“ in dem Bündnis zu rechnen sei. Die GRÜNEN haben über ein Jahr lang die alternative Bewegung erpressen, sie sich – bei Übereinstimmung hinsichtlich Ausgrenzung „nicht-reformerischer“, revolutionärer Positionen – unterordnen und einverleiben wollen. Erst als die Alternative Liste mit Unterstützung des KB zu einer Konkurrenz für sie wurde, waren die GRÜNEN zu Zugeständnissen bereit. Bestimmte Sicherungen gegen ein Absinken der GRÜNEN-Kandidaten nach rechts sind vorgesehen. So müßten sich alle Kandidaten der GAL verpflichten, sich an den Interessen der außerparlamentarischen Bewegungen zu orientieren, statt „konstruktive“ Parlamentsarbeit zu betreiben. Sie sind an das Votum der gemeinsamen Mitgliederversammlung gebunden. Aber: bei Meinungsstreit zwischen beiden Organisationen behalten sich die GRÜNEN vor, „autonome Entscheidungen“ zu realisieren. Wenn sie erst im Parlament sitzen, wird sie die Drohung der AL, das Bündnis aufzukündigen, weniger beeindrucken. Öffentliche Aufmerksamkeit mag aber schon was bewirken.

Goethes Parteinahme

Für den Feudalismus, gegen das revolutionäre Frankreich

Goethe zog als Teil des persönlichen Trosses des Herzogs Carl August von Weimar in Österreichs und Preußens Krieg gegen das revolutionäre Frankreich in den Jahren 1792/93. Das Heer der Feudalen, aufgefüllt durch einige Regimenter emigrierter französischer Adliger, wälzte sich über den Rhein in die Champagne. Die revolutionären Freiwilligenheere rieben diese Truppen in Kämpfen, bei denen sie sich auf Guerillaaktionen auf dem Land stützen konnten, teilweise auf. Die Angreifer erreichten Paris nicht, sondern wurden zum Rückzug über den Rhein gezwungen.

Goethe beschrieb diesen Feldzug sowie die kurz darauf durchgeführte Belagerung von Mainz dreißig Jahre später als Teil seiner Lebenserinnerungen. Die „Campagne in Frankreich 1792“ und die „Belagerung von Mainz“ zeigen seine aufrecht erhaltene Ablehnung der bürgerlichen Revolution und sein Ankleben an dem postenverschaffenden Adel. Noch während des Feldzugs lehnte er das Angebot, Ratsherr in der Freien Reichsstadt Frankfurt zu werden, in einem Brief an seine Mutter mit der Begründung ab: „Des Herzogs Durchl. haben mich seit so vielen Jahren mit ausgezeichnete Gnade behandelt ... daß es der größte Undank sein würde, meinen Posten in einem Augenblick zu verlassen, da der Staat treuer Diener am meisten bedarf.“

In solcher Treue verteidigte er die an den Bauern verübten Schandtaten. Zu den Vorwürfen eines französischen Postmeisters, daß „die Preußen beim Einmarsch ruhige und schuldlose Dörfer geplündert“ hätten, fällt ihm, der von sich behauptete, als Dichter stehe er über den Parteien, nur die Rohheit eines Generals aus dem Dreißigjährigen Krieg ein: „Ich kann meine Armee nicht im Sack transportieren.“ Bei einem Beutezug erstreckt sich seine Parteilosigkeit auf die Bauernfamilie, bei der er sich zwangsmäßig einquartiert hat. Er gibt ihr von dem Schwein ab, das er ihren Nachbarn gestohlen hat und läßt es in ihrem Schlafzimmer schlachten und verarbeiten.

Seine Hoffnung auf leichten Sieg über ein Volk, das sich gerade mit revolutionärer Gewalt vom Feudalismus zu befreien begann, faßte er in der Ansicht zusammen, „daß ein Volk, auf solchen Grad veruneinigt, nicht einmal in Parteien gespalten, sondern im Innersten zerrüttet ... dem hohen Einheitssinne der edel Verbündeten nicht widerstehen könne.“ Er irrte. Wenig später stellte er erstaunt fest, als ein gefangener Revolutionär sich von einer Brücke stürzte: „Diese zweite heroische ahnungsvolle Tat erregte leidenschaftlichen Haß bei den frisch Eingewanderten ... Freilich hatte man sich andere Gesinnungen versprochen, und noch sah man nicht die geringste Bewegung unter den fränkischen Truppen, zu uns überzugehen.“

Er erkennt den Anfang einer historischen Entwicklung, die zum Untergang der Klasse führen wird, an die er sich angehängt hat. Nicht anders ist sein Ausspruch zu verstehen: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ In dieser Umwälzung ist er entschlossen, für Ordnung zu sorgen. Das höchste Ordnungsprinzip ist dabei die unumschränkte Gewalt der Fürsten. So schützt er nach dem mit Mainz geschlossenen Waffenstillstand einen der ausziehenden Führer der revolutionären Mainzer Bürger vor tätlichen Angriffen zurückkehrender Reaktionäre aus dem einzigen Grund, „daß man durch Selbsttrache sich schuldig macht, daß man Gott und seinen Oberen die Strafe der Verbrecher überlassen soll, wie man ihnen das Ende dieses Elends zu bewirken auch überlassen mußte.“ Gegen Kritik verteidigt er sich: „Ich will lieber eine Ungerechtigkeit begehen, als Unordnung ertragen.“ Die „Ungerechtigkeit“ bestünde offenbar darin, einen Revolutionär nicht der Lynchjustiz zu überlassen. Verdient hätte ers! Angesichts der Trümmer von Mainz, „wo in der schönsten Lage der Welt Reichtümer von Provinzen zusammenflossen und Religion das, was ihre Diener besaßen, zu befestigen und zu vermehren trachteten“, schiebt er die Schuld hauptsächlich auf den Bürgerkrieg, denn „nicht der Krieg allein, sondern der aufgelöste bürgerliche Zustand hatte ein solches Unglück bereitet“. Voll Furcht, die Ideen der Revolution könnten von den unterdrückten Klassen in Deutschland ergriffen werden, hielt er „die Verwirrung, die den Geist ergriff“, für „höchst schmerzlich“.

Quellenhinweis: Goethes Werke, Hamburger Ausgabe, Bd. 2 und Bd. 10

Wer profitiert beim Splitting?

Die Anträge zur Steuer- und Finanzpolitik, die dem SPD-Parteitag vorlagen, lassen sich so ziemlich alle unter dem Motto zusammenfassen: die Staatskassen füllen, damit neue Staatsinvestitionen und Beschäftigungszuschüsse für die Kapitalisten finanziert werden können! Auf den ersten Blick mutet es fortschrittlich an, wenn zahlreiche SPD-Gliederungen z.B. eine Anhebung des Spitzensteuersatzes oder die Streichung bestimmter Abschreibungsvergünstigungen verlangen. Aber so gut wie keine SPD-Gliederung fordert eine erhebliche Steuerentlastung oder gar Steuerbefreiung für niedrige Einkommen. Und: Kein einziger Antrag, der die SPD-Bundestagsfraktion verpflichtet, bei der für 1984 angekündigten Steuerreform bestimmte Forderungen zu verwirklichen.

Damit sind bei dieser Steuerreform, deren Volumen von ca. 9 Mrd. DM nicht einmal die seit 1981 eingetretenen „heimlichen Steuererhöhungen“, den Steuerraub mittels Inflation, ausgleichen kann, schon die Weichen gestellt, „das Steuersystem leistungs- und investitionsfreundlicher zu gestalten“ (Graf Lambsdorff), d.h. wie bei der letzten Reform 1981 die erhebliche Steuerlast auf den niedrigen Einkommen nicht zu mindern.

Zahlreiche Anträge – darunter der wohl auch beschlossene – sehen die Einschränkung bzw. Abschaffung des Ehegattensplitting vor, weil der Splittingvorteil überproportional mit steigendem Einkommen wachse und davon vor allem kinderlose, einkommensstarke Ehepaare mit nur einem Berufstätigen profitieren würden. In einer Broschüre („Unsere Steuer von A – Z, Ausg. Dez. 1978) erläutert das Finanzministerium das Splitting: „Bei der Zusammenveranlagung werden die von den Ehegatten erzielten Einkünfte zusammengerechnet, den Ehegatten gemeinsam zugerechnet und die Ehegatten grundsätzlich gemeinsam als Steuerpflichtige behandelt. Die Einkommenssteuer wird in diesem Fall nach dem Splitting-Verfahren ermittelt. Dabei wird für die Hälfte des gemeinsamen Einkommens die Steuer nach der Grundtabelle berechnet und die Steuer dann verdoppelt. Regelmäßig wird dieses Verfahren eine niedrigere Steuer als bei getrennter

Veranlagung ergeben.“ Das Splitting-Verfahren wird auch auf die nur Lohnsteuerpflichtigen angewandt, das Splitting ist bei der Erstellung der Lohnsteuertabellen berücksichtigt.

Zur Überprüfung dieses „Familienlastenausgleichs“ per Splitting haben wir die Steuerbelastung in den Stkl. I und III (nur ein Ehepartner berufstätig, keine Kinder) nach Lohnhöhe verglichen und dabei den Splitting-Ertrag in DM und in % des Bruttoeinkommens ermittelt. Für die niedrigen Familieneinkommen bis etwa 2200 DM ist der Splitting-Ertrag gering, liegt um 100 DM, und der Prozentertrag fällt sogar zwischen 1000 und 2000 DM Familieneinkommen. Dabei liegen nach der Steuerstatistik 1977 allein in dieser Zone über 1 Mio. Steuerpflichtige nach Stkl. III, also Familien, in denen nur ein Ehepartner berufstätig ist. Zudem steigt die Steuerquote (tatsächliche Steuerlast in % des Bruttoeinkommens) gerade hier am stärksten an. Für die Familieneinkommen in der Progressionszone wächst der Splitting-Ertrag mit zunehmender Progression absolut und prozentual, der Prozentertrag erreicht das Maximum bei etwa 6000 Monatseinkommen, während der DM-Ertrag bei über 16000 DM Monatseinkommen sich schließlich bei ca. 1400 DM einpendelt.

Die Infamie dieses „Familienlastenausgleichs“ per Splitting – kaum gemilderter Steuerraub bei den Ärmsten, staatliche Förderung für die Gattin, die dem hochbezahlten Manager das Haus führt – birgt Ansatzpunkte für politische Spaltung: So würde die in der SPD diskutierte Einschränkung des Splitting – bis zu Familieneinkommen zwischen 60000 und 70000 DM – einen bedeutenden Teil der AT-Angestellten, der Selbständigen und – bei zwei Berufstätigen – auch viele Lohnabhängige mit tarifierten Löhnen und Gehältern treffen. Für die niedrigen Familieneinkommen wäre ohnehin nichts gewonnen. Und an dem steilen Anstieg des Splitting-Ertrags, je höher das Einkommen, wäre infolge der Steuerprogression nichts geändert.

Die SPD hat die seltene Kunst entwickelt, mit ihrer Steuerpolitik ihre eigene soziale Basis zu schwächen und mit den Angriffen auf „Besserverdienende“, AT-Angestellte, Freiberufler und Bauern, diese in Scharen ins Lager der Reaktion zu treiben.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16 (Löhne und Gehälter), Reihe 2.1 und 2.2; Bundesminister der Finanzen: Programmablaufplan für die maschinelle Berechnung der Lohnsteuer (30.9.1981)

Aus dem Antragsmaterial zum SPD-Parteitag zur Steuerpolitik

Antragskommission:

„Um zur Verbesserung der Beschäftigungssituation zusätzliche öffentliche Investitionen und die Förderung privater Investitionen finanzieren, das soziale Netz sichern und arbeitsmarktpolitische Instrumente stärker nutzen zu können, sind folgende Finanzierungsmöglichkeiten zu überprüfen, und zwar im Hinblick auf ihre Verteilungsgerechtigkeit und ihre ökonomischen Wirkungen:

1. die Einführung einer finanziellen Zusatzleistung aller im Berufsleben Stehenden, einschließlich der Beamten und Selbständigen (Arbeitsmarkt-Abgabe)
2. weitere Einschränkung der Steuervorteile für Abschreibungsgesellschaften
3. Einschränkung des Ehegattensplittings
4. die Abschöpfung der sogenannten „windfall-profits“
5. die Verschärfung der Bodengewinn-Besteuerung
6. eine funktionsgerechte Steuerverwaltung durch eine Personalaufstockung des Steuerfahndungs- und Betriebsprüfungsdiensates
7. Wegfall der Abzugsfähigkeit von Bewirtungskosten und Geschenken als Betriebsausgaben
8. Einführung einer zeitlich befristeten Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen und Gewinne
9. Anhebung der Vermögenssteuer
10. gewerbesteuerähnliche Abgaben auf alle Gewinneinkünfte (z.B. freie Berufe)
11. Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung im Luftverkehr
12. Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und des Körperschaftssteuersatzes“

Kreisverband Böblingen:

„Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die steuerlichen Ungerechtigkeiten des Ehegatten-Splitting durch die nachstehenden Änderungen zu revidieren:

1. Für den zu unterhaltenden Ehegatten soll ein einkommensunabhängiger Pauschbetrag von der Steuerschuld abgezogen werden.
2. Ferner ist der Abzug eines prozentualen Anteils von der Steuerschuld, der von der Anzahl der Kinder abhängig ist, vorzusehen ...
3. Diese Maßnahme hat bei künftigen Haushaltskonsolidierungen vor jeder weiteren Kürzung von Sozialleistungen Vorrang.“

Unterbezirk Worms:

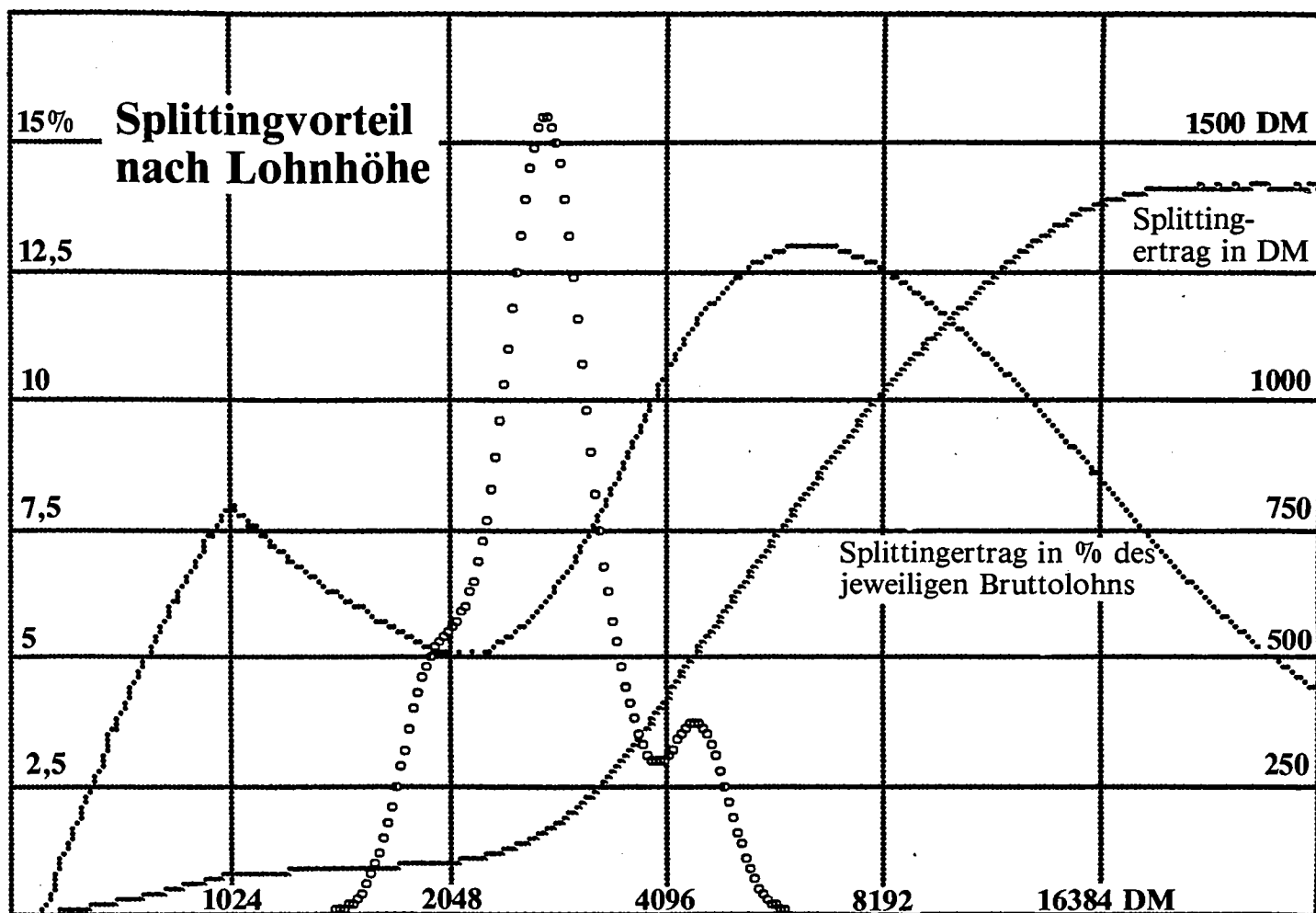
„Der Steuerausfall durch das Ehegatten-Splitting wird 1982 über 30 Mrd. DM betragen. Der Splittingvorteil wächst überproportional mit steigendem Einkommen ... Der ‚Steuerparteitag‘ der SPD 1971 faßte einen Beschluß zur ‚Begrenzung des Vorteils von Ehegattensplitting‘, wonach der Splittingvorteil bis zu einer Einkommenshöhe von (damals) 40000 DM voll beibehalten werden sollte, während bei darüberliegenden Einkommen er allmählich abzubauen sei.

Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, gemäß den Leitlinien des Bundesparteitagsbeschlusses 1971 im Rahmen einer strukturellen Verbesserung des Familienlastenausgleichs darauf hinzuwirken, daß die Progressionswirkung der Steuerentlastung durch das Ehegattensplitting gedämpft wird.“

Ortsverein Würzburg-Sanderau:

„Wir Sozialdemokraten verlangen von zukünftigen Änderungen des Steuertarifs, daß sie folgenden Grundsätzen gerecht werden:

1. Regelmäßige Anhebung des Grundfreibetrags mindestens mit dem gleichen Prozentsatz, um den der Preisindex der Lebenshaltungskosten steigt, und Einarbeitung des erhöhten Grundfreibetrags in den Proportionaltarif. Diese Maßnahmen verhindern, daß im Laufe der Jahre sogar die lediglich mit der Geldentwertungsrateschritt haltenden Einkommen der Proportionalzone mit ständig steigendem Steueranteil belastet werden.
2. Verlängerung der Proportionalzone im gleichen Maße ...
3. Verschärfung der Progression vor allem im Bereich über 60000/120000 DM Jahreseinkommen, d.h. schnelleres Anwachsen des Grenzsteuersatzes auf den Höchstsatz von 56% ...“



Zur Ermittlung des Splitting-Ertrags wurde die Steuerbelastung in den Steuerklassen I und III (0 Kinder) berechnet für 301 Lohnwerte zwischen 512 und 32000 DM monatlich. Linke Skala: Prozentertrag (DM-Ertrag in % des Bruttoeinkommens); rechte Skala: DM-Ertrag. Der Rechnung liegt der geltende Steuertarif für 1982 zugrunde.

– Der steile Anstieg des Splitting-Ertrags für Einkommen bis zu 1000 DM kommt dadurch zustande, daß in Skl. III die Besteuerung erst ab 1060 DM einsetzt. – Unterlegt („o“-Kurve) ist die Lohnverteilung Investitionsgüterindustrie vom Oktober 1981.

Bezirk Mittelrhein:

„Um eine Steigerung der Nachfrage zu erreichen, ist die Stärkung der Massenkaufkraft durch verteilungspolitische Maßnahmen zugunsten der unteren Einkommensgruppen anzustreben. Hierbei können folgende steuerliche Initiativen hilfreich sein und gleichzeitig einen Beitrag zur Finanzierung staatlicher Beschäftigungs- und Infrastrukturprogramme leisten:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 56% auf 60%, der bei einem Jahreseinkommen von 200000 DM erreicht wird
- Einführung einer befristeten Ergänzungsabgabe auf die Steuerschuld (DM 36000,- Ledige/DM 72000,- Verh. und darüber) ...
- Einkommensgrenzen bei Begünstigungen von Einfamilienhäusern §7b EStG (DM 60000,-/DM 120000,-) ...
- Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes auf 60%
- Verdoppelung der Vermögenssteuersätze von 0,5 auf 1% (Private) und von 0,7 auf 1,4% (Körperschaften)
- Einführung einer Luxussteuer in Form eines verdoppelten Mehrwertsteuersatzes für ausgesprochene, katalogmäßig zu nennende Luxusgüter ...
- Einführung von Einkommenssteuergrenzen bei Kindergeldbezug (DM 36000,-/DM 72000,-) ...“

Bezirk Westliches Westfalen:

„Die Finanzierung beschäftigungspolitischer Programme sollte sowohl für die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte als auch über die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes erfolgen. Die SPD schlägt die Erhebung einer Sondersteuer vor, mit der ausschließlich ein Beschäftigungsprogramm finanziert wird.

- Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 6% der Steuerschuld ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 60000/120000 DM
- Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen.

Des weiteren Beseitigung von ungerechtfertigten Steuervorteilen von Unternehmen, z.B.

- ersatzlose Streichung der §§6b und 6c EStG (Veräußerungsgewinne)
- Wegfall der Durchschnittsbesteuerung der Landwirte sowie die Neuregelung der bei der Landwirtschaftsbesteuerung eingeführten Steuervergünstigung bei gleichzeitiger Einführung einer allgemeinen Buchführungspflicht als Voraussetzung für gezielte Stützungsmaßnahmen ...“

Bezirk Hannover und Antragskommission:

„Zur Entlastung der Berufspendler, die durch die Benzinpreiserhöhung der Erdölproduzenten und durch die jüngste Mineralölsteuererhöhung besonders belastet werden, und um weitere Energieeinsparungen zu begünstigen, fordert der Bundesparteitag die SPD-Bundestagsfraktion auf, die rechtlichen Hindernisse für Fahrgemeinschaften zu beseitigen: Die Kilometerpauschale muß auch von Mitfahrern legal beansprucht werden können ...

Auch die Umsetzungsmöglichkeiten des Beschlusses des Bundesparteitages 1979 zur Einführung einer Entfernungspauschale, die allen Arbeitnehmern gewährt wird, die außerhalb ihres Wohnortes ihren Arbeitsplatz haben, müssen geprüft werden ...“

Unterbezirk Kassel-Stadt:

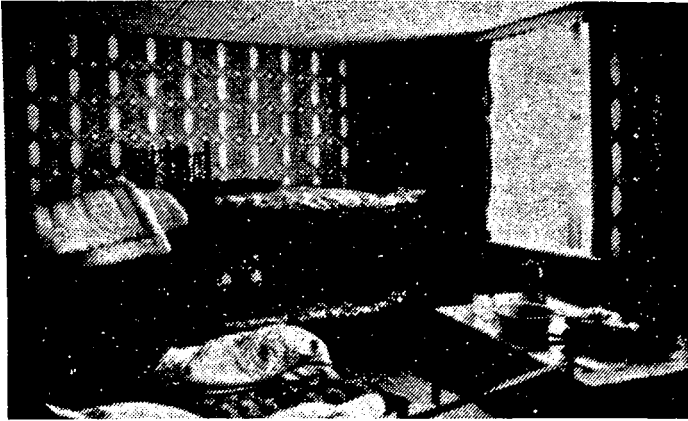
„Die SPD-Mandatsträger werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß alle Schritte unternommen werden, im Interesse der um ihre Existenz kämpfenden Klein- und Mittelbetriebe im Handel und Handwerk ein einfacheres, gerechteres Steuersystem zu verwirklichen.“

Ortsverein Bad Honnef:

„Der Bundesparteitag möge beschließen: Es ist nicht länger hinnehmbar, daß durch das Ehegatten-Splitting (Besteuerung jedes Ehegatten nicht nach seinen tatsächlichen Einkünften, sondern nach der Hälfte der zusammengerechneten Einkünfte beider Ehegatten, selbst wenn ein Ehegatte keine Einkünfte hat und unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind) im Steuerrecht vor allem kinderlose, einkommensstarke Ehepaare begünstigt werden, bei denen nur ein Partner berufstätig ist. SPD-Partei-vorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden deshalb aufgefordert, in einer Novellierung des Einkommenssteuerrechts die Abschaffung des unsozialen Ehegattensplittings zu verwirklichen. Stattdessen soll eine sozial gerechte Individualbesteuerung eingeführt werden.“

Ausländer

Zwangsmaßnahmen und Schikanen werden ausgeweitet



Am 29.4. tagt die Innenministerkonferenz in München. Ausländerfragen stehen im Mittelpunkt der Tagung. Über weitere Aufnahmen von Flüchtlingen aus Südostasien wird beraten. Die Familienzusammenführung von Ausländern soll erörtert werden, nachdem es heftige Proteste gegen die Beschränkung der Familienzusammenführung gegeben hat. Der Zwangseinsatz von Asylanten im öffentlichen Dienst wird nicht in Frage gestellt.

Rentenversicherung

Die Reaktion fordert: Künftig nur noch Nettolohnanpassungen

Die Rentenversicherungen würden in den kommenden Jahren ständig große Defizite machen, wenn die Zahlungen an die Rentner nicht erneut und drastisch gekürzt werden, kann man heute überall in der bürgerlichen Propaganda vernehmen. Ein „Umdenken in der sozialen Sicherungspolitik“ und der Übergang zur Nettolohnanpassung seien unabdingbar, verkündet die Bun-

desvereinigung der Arbeitgeberverbände. Nachdem der „Zumutbarkeitserlaß“ der Bundesregierung die Versicherungsansprüche in der Arbeitslosenversicherung drastisch beschnitt, will die Reaktion jetzt die Rentenversicherungen für ihre Expansionspläne plündern. Gewerkschaften und Rentnerorganisationen stehen vor schwierigen Kampfaufgaben.



Militärelektronik-Messe IDEE

Breite Aktionen gegen größte militärtechnische Messe



Vom 18. bis 20.5.82 findet die IDEE in Hannover statt. „Die Wünsche der Industrie nach einer engen Verbindung zwischen IDEE und der gleichzeitigen Internationalen Luftfahrtschau (die von Bundeskanzler Schmidt eröffnet wird) sind berücksichtigt worden“, so Pressesprecher Lange zum Standort Hannover. Die Proteste gegen die IDEE sollen,

wie 1980 in Wiesbaden, erreichen, daß die Messe ver- oder so behindert wird, daß Hannover als Durchführungsort nicht mehr interessant ist. Stillstand des Nahverkehrs am 30.4., eine DGB-Protestaktion, richtet sich u.a. gegen die IDEE. Die Landesregierung hat den Veranstaltern den geforderten Schutz zur Durchführung der Messe zugesagt.

Israel

Palästinensischer Widerstand verschärft die inneren Widersprüche

Die Widersprüche im Inneren des zionistischen Siedlerstaates nehmen zu. Der offene Annexionskurs der Begin-Regierung erfordert hohe Militärausgaben, die Aufbringung dieser Mittel angesichts der zerrütteten Wirtschaftslage wird immer schwieriger. Anfang April demonstrierten in verschiedenen Städten Israels über zehntausend mit der Forderung: „Besetzung nein – Frieden ja“ gegen die Annektierung weiterer Gebiete.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457